

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis wöchentlich 1.20 RM. monatlich 1.10 RM.
...
Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne
...
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 31. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Internationale gegen den Krieg.

An die Arbeiter aller Länder!

Das Internationale Sozialistische Bureau spricht seinen tiefsten Abscheu aus vor dem
Massenmord, der sich zurzeit auf dem Balkan vollzieht, und sendet den Sozialisten der Balkan-
länder die warmste Anerkennung für den Heldennut und die Prinzipientreue, die ihnen die
Kraft verliehen hat, unter den schwierigsten Verhältnissen gegen den Krieg zu protestieren.
Wir erklären, daß hinter den berechtigten Bedürfnissen der Völker des Balkans nach nationaler
Einigung und Selbstbestimmung und nach Beendigung des bisherigen Zustandes, der sie zu
Vasallen Rußlands und Oesterreichs degradiert, sich die Interessen der Dynastien und die
Vogelheit der Kapitalisten verbergen. Es sind nicht die Interessen der arbeitenden Klassen,
sondern der Kapitalisten und Fürsten des Balkans, die dahin drängen, politische Ver-
änderungen auf dem Wege des Krieges herbeizuführen. Die Interessen der arbeitenden
Klassen, die auch die Selbstbestimmung der Nation in sich schließen, erheischen nicht den
Krieg, sondern die fortschreitende Demokratisierung und Revolutionierung der Staaten des
Balkans — eingeschlossen die Türkei. Nur auf diesem Wege war ohne Völkerverheerung,
ökonomischen Ruin und Blutvergießen so viel an Völkeremanzipation auf dem Balkan zu
erreichen, als unter den gegebenen Verhältnissen überhaupt möglich ist.

Die kapitalistischen und monarchischen Interessen waren unvereinbar mit dieser
Methode der Befreiung der Balkanvölker; schon dies machte den Krieg unvermeidlich, für
dessen Grauel jene herrschenden Klassen verantwortlich sind. Außerdem trägt daran eine
schwere Schuld der russische Absolutismus, der seit jeher sich der nationalen Aspirationen der
Balkanvölker bediente, um aus ihrem Blut, wie im eigenen Lande aus dem seiner Völker,
Kräfte zu fangen.

Endlich klagen wir an als Schuldige die kapitalistischen Mächte Europas überhaupt, die
durch ihre Habgier und Brutalität, Gewalttaten und Treulosigkeiten in Marokko, Bosnien
und Herzegowina, Tripolis und Persien, durch ihre perfide Lähmung jeder Bestrebung zur
Wiedergeburt der Türkei, sowie durch das Wechelspiel zwischen den Intrigen des Jazismus
und den Gelüsten der österreichischen Monarchie ihrerseits die Entstehung des Krieges
gefördert haben.

Dieser Konflikt kann jeden Augenblick die Schreden eines Weltkrieges gebären.
Die Pflichten aller Proletarier, aller Parteien der Internationale, sind in dieser Stunde
größer wie je. Im düstern Feuerschein der Ereignisse müssen auch dem Rückständigsten die

tiefen Ursachen dieses Regimes der Unsicherheit, der Brutalität und des Raubes, das die
Welt zerfleischt, klar werden. Daraus muß die Pflicht des Proletariats erhellen, alle Kraft daran
zu setzen, die Verwirklichung des Sozialismus zu beschleunigen, der allein die Beziehungen
der Nationen zueinander auf die dauernde Grundlage der Ehrlichkeit stellen wird, während
diese Beziehungen heute preisgegeben sind der kapitalistischen Anarchie, der Habgier der hohen
Finanz, dem chauvinistischen Wahwitz, dem Ränkespiel der Diplomatie und den Gewalt-
tätigkeiten der Reaktion.

Es ist dringend notwendig, daß die Klassenbewußten Proletarier sich jedem Versuch, den
Krieg auszudehnen, und jeder interessierten und selbstsüchtigen Intervention, die ihn aus-
dehnen würde, mit aller Kraft widersehen, und daß das Proletariat der kriegserzeugenden
Politik mit der ganzen Kraft seiner Organisation und mit tüchtigen Kundgebungen entgegen-
tritt. Das sozialistische Proletariat muß mit größtem Nachdruck seine Stimme erheben und
durch sein Verhalten bezeugen, daß es sich nicht in die Politik der rohen und blutigen Konflikte
hineinziehen läßt.

Um diesem Protest und diesem Vorgehen gegen den Krieg die höchste Einheitslichkeit und
Wirksamkeit zu sichern, hat das Internationale Sozialistische Bureau die Einberufung eines

Außerordentlichen Internationalen Kongresses

beschlossen.

Die beste Vorbereitung des Kongresses wird in einer systematischen und intensiven
Agitation aller sozialistischen und proletarischen Organisationen gegen alle jene Elemente
bestehen, die an dem Verbrechen des Konflikts schuld tragen.

Die nächste Zukunft wird wahrscheinlich an die sozialistischen und proletarischen Parteien
die größten Anforderungen stellen. Wir zweifeln nicht, daß sie sich auch dem Schwersten
gewachsen zeigen werden, mit dem Mute, dessen glänzendes Vorbild uns bereits die Genossen
im Brennpunkt des Konflikts gegeben haben.

Mögen die Regierungen eingedenk sein der Gefahren, die das Spielen mit dem Feuer
mit sich bringt, und daß dies Feuer instande ist, die ganze kapitalistische Welt in Brand
zu setzen.

Krieg dem Kriege! Hoch die Internationale!

Brüssel, 30. Oktober 1912.

Das Internationale Sozialistische Bureau.

Und was sagt Deutschland?

Aus Wien wird uns vom 29. Oktober geschrieben:

Zu den erstaunlichsten Dingen, die im Gefolge des
Balkankrieges wahrzunehmen sind, gehört ohne Zweifel die
Haltung der bürgerlichen Presse im Reich. Daß die Reichs-
regierung mit ihrer Meinung über das, was nun auf dem
Balkan werden will, über unbestimmte und oberflächliche
Redensarten nicht hinausgeht, ist am Ende noch zu begreifen.
Denn einerseits ist der Zusammenbruch der Türkei ein furcht-
bares Gottesgericht auch über die deutsche Politik, die ihr
Spiel im Orient ausschließlich auf die Karte der Unerklär-
barkeit des Osmanenreiches gesetzt hatte, und die militärische
Unzulänglichkeit der Türkei, die der Verlauf des Krieges so
schrecklich enthüllt hat, ist ein Fiasko auch für ihre deutschen
Lehrmeister, auf deren Schulung sich vorwiegend die gute
Meinung über die türkische Armee aufbaute und deren mili-
tärische Erziehungskunst in die türkischen Niederlagen deshalb
mitverflochten ist. Und zum zweiten ist die deutsche Re-
gierung in der Lage, dem österreichisch-ungarischen Verbünde-
ten auch ohne Benutzung der Öffentlichkeit reinen Wein ein-
zuschenken und ihm ihre Abneigung, wegen der Balkanhändel
in kriegerische Unternehmungen hineingerissen zu werden, so
deutlich als nötig kundzugeben. Aber warum redet das in-
offizielle Deutschland nicht, warum nimmt sich insbesondere
die bürgerliche Presse des allerersten Bedürfnisses des Reiches,
von den Fährlichkeiten der Balkanwirren verschont zu bleiben,
nicht mit der gebotenen Entschiedenheit an?

Denn die Gefahr, in diesen Strudel zu geraten, scheint
für Deutschland in höherem Maße zu bestehen, als die öffent-
liche Meinung noch ahnt. Welche Situation bildet sich auf
dem Balkan heraus? Die Möglichkeit, daß sich die Türken
der vier Gegner, die sie von allen Seiten überfallen haben,
die sie überfielen, da sie zur Gegenwehr am schwächsten war,
noch erwehren werden, die schwindet immer mehr und bevor
zehn Tage vergehen, können die siegreichen Scharen des
Balkanbundes, die kein ernstlicher Widerstand mehr hemmt,
vor den Toren Konstantinopels sein. Daß sich nun die
Balkanstaaten, die sich um die Meinung Europas nicht ge-
kümmert hatten, als sie den Krieg begannen, von dieser
Meinung nicht mehr ansetzen lassen werden, da sie gesiegt
haben, ist selbstverständlich; zumal da sich die Großmächte über

eine eigene Formel, unter der der Balkanstreit zu schlichten
wäre, noch lange nicht geeinigt haben, wahrscheinlich gar nicht
einigen werden können.

Von der Wiederherstellung des Statusquo wird also
natürlich keine Rede mehr sein; die guten Großmächte würden
ja ausgelacht werden, wenn sie sich mit der Forderung, daß
etwas gelten solle, was der Krieg beseitigt hat, ernstlich her-
vorbringen würden.

Wie ja überhaupt nur die Diplomatie der Albernheit
fähig war, zu meinen, die Balkanstaaten an ihr „Versprechen“,
sie wollten keinen Landwerb, nur Reformen, nach einem
Siege mit Erfolg erinnern zu können. Die Wahrheit zu sagen,
hat in Europa auch keine Macht, und noch weniger ein vernünftiger Mensch, ein Interesse an dem Statusquo oder über-
haupt ein Interesse daran, daß die Türkei „erhalten“ werde,
und daß den Balkanstaaten das, was sie sich erobert haben,
nicht verbleibe. Man könnte den ganzen Balkanhandel ruhig
dem Balkanbund zur Lösung überlassen — er würde ihn jeden-
falls besser lösen als die Herren Diplomaten — und man
würde ihn den Siegenden auch wahrscheinlich ruhig über-
lassen, wenn eben nicht Oesterreich-Ungarn seine albernen Sandschakwünsche in den
Vordergrund stellte. Daß die Vereinbarungen dahin
gehen, daß Serbien den Sandschak und so viel dazu bekomme,
als nötig ist, daß sein heißester Wunsch, ans Meer zu gelangen,
erfüllt werde, wird wohl nirgends mehr einem Zweifel unter-
liegen. Es wird um so deutlicher, je gründlicher die Serben
den Sandschak erobern und sich dort, wie es schon geschieht,
häuslich niederlassen. Dagegen will nun Oesterreich-Ungarn
um des sagenhaften „Weges nach Saloniki“ willen Einspruch
erheben und dann könnte allerdings ein gefährlicher Moment
kommen. Denn daß die Serben vor einem bloßen Ein-
spruch zurückweichen, sich auf das Diktat vom Wallplatz zu-
rückziehen werden, ist nicht zu erwarten, ist nach allem, was
man sieht, ausgeschlossen. Wenn sich aber die Großmacht auf
das gefährliche Gebiet des Forderens einmal begeben hat,
wenn sie die grenzenlose Torheit schon begangen, etwas zu be-
gehren, worauf sie erstens kein Recht hat und was ihr ohne
Zweifel verweigert werden wird, dann könnte es leicht sein zu
sagen: denn dann könnte ihr Verzicht der Großmacht
als Zurückweichen vor Serbien gedeutet werden. Die Auf-
gabe ist also die, Oesterreich-Ungarn von seinem unverständigen
und unberechtigten Einspruch zurückzuhalten, die
Schwarzgelben, die weder fähig noch willens sind, den Not-

wendigkeiten Rechnung zu tragen zur Vernunft zu
bringen. Und das ist nun die Aufgabe, die allein
Deutschland leisten kann und darum auch leisten soll.

Denn es ist selbstverständlich und es wird auch kein Fehl
daraus gemacht, daß bei der schwarzgelben Rechnung der
Hauptposten die militärische Kraft Deutsch-
lands ist. Man rechne hier eigentlich auf eine Wieder-
holung der Situation, wie sie sich im Jahre 1909, nach dem
Abenteuer mit der Annexion, ergeben hatte. Damals
glätteten sich die brandenden Wogen, wie man weiß, auf das
Geheiß der Wilhelmstraße: daß Deutschland den Machhabern
in Petersburg erklärte, die Sache Oesterreichs gegebenen Falls
zu der seinen zu machen, reichte aus, um Rußland zur Aner-
kennung der Annexion zu veranlassen, was mit der Abrüstung
Serbiens und mit der Erledigung der ganzen Sache identisch
war. Die guten Leute, die da meinen, die Weltgeschichte werde
sich für die schwarzgelbe Herrlichkeit alle fünf Jahre bemühen
und wiederholen, vergessen bei dieser Annahme freilich die
nicht unwesentliche Kleinigkeit: daß die Sache heute eben
nicht die gleiche wie vor fünf Jahren ist. Mit der Um-
wandlung der Okkupation in die Annexion hatte Oesterreich-
Ungarn an bestehenden Machtverhältnissen faktisch nichts ge-
ändert — was man sagen kann, wieweil man die An-
nexion für einen politischen Fehler hält —, weshalb ja der
Widerpruch, den die Annexion entsefelt hat, nicht besonders
ernst und in gar keiner Hinsicht tiefgehend war, eigentlich nur
ein diplomatisches Manöver der Tripelentente gewesen ist; am
allerwenigsten hatte Serbien Grund zur Klage. Aber mit
dem Einspruch, den Oesterreich-Ungarn jetzt erheben will, steht
es ganz anders. Da steht reale Macht auf Seite des Balkan-
bundes, und Serbien kann für sich heute mehr anführen als
die lärmvollen und schwindelreichen Demonstrationen in
Belgrad im Jahre 1908, kann sich heute auf blutig erkämpfte
Siege berufen und ist überdies nicht allein, sondern ihm zur
Seite steht das Waffenglück des gesamten nichttürkischen
Balkans. Wer nun meint, daß sich Rußland einem Eintreten
Deutschlands für Oesterreich so blindlings fügen müßte und
würde, wie es dessen Rat im Annexionsjahre gefolgt ist, der
würde die gründlich geänderte Sachlage verkennen und könnte
sich gräßlich irren. Und in diesem Irrtum darf Deutschland
nicht verfallen und die öffentliche Meinung Deutschlands wäre
berufen und verpflichtet, die Reichsregierung vor
der Begehung dieses Irrtums eindringlich
zu warnen. Deutschland darf sich nicht bloß auch für die

romantischen Phantasieren der Schwarzgelben nicht begreifen — es gibt, so unglücklich das scheint, auch Zeitungen in Deutschland, die das nur — es muß nicht bloß ihre Uebernahme auf das deutsche Konto ablehnen, es muß auch den überstürzten Schwarzgelben rechtzeitig klar machen, daß es diese Uebernahme höflich, aber entschieden ablehnt. In den achtziger Jahren war es eine beliebte Wendung in Deutschland, wenn die unruhigen Franzosen verwahrt wurden, von einer „kalten Dusche“ zu sprechen. Diese kalte Dusche würde den Schwarzgelben sehr nötig sein, und von Berlin aus gute Wirkung üben.

Um so mehr ist zu ihr ein Anlaß, als das Gerücht von dem „Weg nach Saloniki“ wirklich nur ein Gerücht ist, ein romantisches Hirngespinnst, in dem nicht ein Hauch ernstlicher Interessen steckt. Ist es nicht einfach Tollheit, daß die Schwarzgelben von der absoluten Unerläßlichkeit dieses „Weges“ erst jetzt, also just in dem Augenblicke zu reden begannen, da er endgültig verrammelt wird? Vor fünf Jahren hat Oesterreich den Sandschak, durch den der besagte Weg doch führt, freiwillig geräumt, hat Oesterreich auf den Besitz aus eigenem Willen und ohne jede Nötigung von außen verzichtet; und nun soll der türkische Sandschak Oesterreichs Lebensinteresse sein! Vor fünf Jahren hat Lehrenthal über den angeblichen Weg nach Saloniki als von einer von den Feinden Oesterreichs genährten Legende gesprochen, der ein Ende zu machen Oesterreichs Bedürfnis sei und nun soll um dieser Legende willen Oesterreich, und womöglich auch Deutschland, wenn es nicht anders geht, in den Krieg ziehen! Dieser Weg nach Saloniki ist von den Einbildungen der Schwarzgelben Hausmacht die letzte und die wichtigste: und wenn sie von den früheren, wie es die Bewahrung ihrer Herrschaft in Italien und die Bewahrung ihrer Vorkherrschaft in Deutschland waren, nur mit blutigen Kriegen kuriert werden konnte, so wird man ihr diese letzte ihrer Ueberspanntheiten wohl schon durch eine ernste Mahnung austreiben können. An dieser ernstesten, gemessenen und entschiedenen Mahnung sollte es aber in Deutschland nicht fehlen!

Vor dem Ringen am Ergene-Fluß.

Der erwartete Kampf am Ergene-Fluß hat noch nicht begonnen, da der Aufmarsch der Hauptstreitkräfte offenbar noch nicht beendet ist. Die Konstantinopeler Meldungen über den Beginn der Schlacht entspringen der Absicht, die öffentliche Meinung zu beschwichtigen. Zumeist mag es zwischen vorgehobenen Detachements schon zu Gefechten gekommen sein. Ueber die Zustände und die Kampffähigkeit in den einzelnen Heeren läßt sich nichts Bestimmtes sagen, da beide Teile mit tendenziös gefärbten Nachrichten arbeiten. Beachtenswert ist, daß der bisherige Oberbefehlshaber der türkischen Dinararmee abgesetzt worden ist. Das Kommando hat der Generalissimus Kasim Pascha übernommen.

Die europäische Diplomatie tut unterdessen sehr geschäftig. Aber es ist sicher, daß vorläufig nichts dabei herausgekommen ist. Bemerkenswert ist nur, daß die öffentliche Meinung Englands jede Intervention zugunsten des Balkanbundes mit Entschiedenheit verwirft und es scheint, daß auch die englische Regierung dieselbe Haltung einnehmen will.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die türkische Stellung.

Sofia, 29. Oktober. Nach hier vorliegenden Meldungen soll sich die türkische Hauptmacht in der Linie Tschorlu-Karischira (südlich von Vüle-Burgas) konzentriert haben und dabei eine große Verteidigungsstellung beziehen, so daß dort die Hauptschlacht zu erwarten ist.

Wechsel im türkischen Oberbefehl.

Konstantinopel, 30. Oktober. An Stelle von Abdullah hat Kasim Pascha das Kommando über die Dinararmee übernommen.

Ein Ausfall aus Adrianopel.

Konstantinopel, 30. Oktober. Am Dienstag machten die türkischen Truppen aus Adrianopel einen Ausfall an der westlichen Seite gegen Karasch und warfen die Bulgaren, die ungefähr die Stärke einer Brigade hatten, mit vielen Verlusten in der Richtung auf Serail und Stenalksoj zurück. (?) In demselben Tage hat die türkische Armee auf dem östlichen Flügel bei Bifa die Offensive ergriffen und hat den Feind zurückgeschlagen. Die bulgarische Division, die im Zentrum vorging, wurde auch zurückgedrängt. Die türkische Armee hatte 800 Tote und Verwundete.

Die bulgarische Meldung.

Sofia, 30. Oktober. Die türkischen Truppen von Adrianopel machten mehrere Ausfälle nach verschiedenen Richtungen, wurden aber überall von den Bulgaren zurückgeschlagen.

Eine türkische Darstellung der Schlacht bei Kirklisse.

Konstantinopel, 30. Oktober. Ueber den Verlauf und die Bedeutung der Schlacht bei Kirklisse liegen nunmehr nachfolgende Einzelheiten von privater Seite vor: Am Tage vor der Schlacht von Kirklisse standen in Adrianopel etwa 30000 Mann als Besatzungsarmee dieser Festung. Unabhängig hiervon standen in der Linie Kirklisse—Baba-Eski drei Korps in der Reihenfolge drittes, erstes, zweites, wobei das zweite nur zwölftausend Mann, die beiden anderen je zwanzigtausend Mann stark waren. Die Front war also parallel dem Vostorus. Südwestlich von Baba-Eski bei Tschorlu und Tcherleköi standen vier weitere Armeekorps, die zum Teil noch im Aufmarsch begriffen waren. Zwischen Kirklisse und Adrianopel standen nur schwache Vorposten. Nach dem Kriegsplan sollte die Armee von Kirklisse ohne erstere Kämpfe auf die Linie Bifa—Vüle-Burgas zurückgehen, nachdem die Bulgaren zur Entwidlung gezwungen und durch den Angriff auf die Verschanzungen bei Kirklisse geschwächt waren. Dort waren am 20. und 21. Oktober in ununterbrochener Arbeit ausgedehnte Feldbefestigungen aufgeworfen worden. Zwei Flugapparate sollten aufklären, konnten jedoch wegen andauernden Regens nicht aufsteigen. Die Apparate verbarben im andauernden Regen infolge des Mangels an einem Schuppen. Am Dienstag, den 22. Oktober, war in Kirklisse noch alles ruhig, nur nördlich und nordwestlich war Kanonendonner zu vernehmen. In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober hat nun anscheinend Kasim Pascha den Feind selbstständig angegriffen und sich dabei zu stark exponiert. Als er zurückgehen mußte und die ersten bulgarischen Granaten in Kirklisse einschlugen, begann unter den Bewohnern der Stadt, die bereits in hellen Haufen auf Ochsenwagen und Maulsele aus der Stadt flüchteten, eine große Panik, in die auch einige zurückgehende Redifregimenter hinein-

gerissen wurden. So wälzte sich am Mittwochnachmittag, wie Augenzeugen berichten, ein kilometerlanger Zug von Flüchtlingen aus Kirklisse. Ein mit Zivilflüchtlingen besetzter Wagnzug wurde von Redifs gestürmt und zur Abfahrt gezwungen, obgleich noch ein anderer Zug auf der Straße vor Baba-Eski lag. Ersterer fuhr auf abspüriger Straße, da er ohne Bremse war, auf den anderen auf und zertrümmerte dessen letzte Wagen. Die wilde Flucht erstreckte sich bis Vüle-Burgas. Während bei Baba-Eski zeitweilig vollkommene Verwirrung herrschte, vollzog sich offenbar der Rückzug der regulären Truppen unter Mahmud Mukhtar, wie vorher festgelegt, in Ordnung nach Bifa. Die Linientruppen sollen sich vorzüglich geschlagen haben. In diesem und dem folgenden Tage zeichnete sich besonders Oberst Hilmi aus, der zum General ernannt wurde. Hilmi hat in Deutschland gedient, das Exzerzier-Reglement übersetzt und galt immer als einer der befähigten Offiziere. Von den geschlachteten Redifs wurden vorgestern mehrere Offiziere und Mannschaften standrechtlich erschossen.

Auf bulgarischer Seite wurde der Erfolg vom Mittwoch in keiner Weise ausgenutzt. Anscheinend haben die Bulgaren weder gemerkt, wie die Dinge lagen, noch die Kraft gehabt, weiter zu kämpfen. Ihre Unfähigkeit in den folgenden Tagen deutet darauf hin, daß sie sehr gelitten haben. Ob sie Kirklisse wieder verloren haben, ist allerdings sehr zweifelhaft, da die Türken jetzt eine Entscheidungsstellung Wida—Tschorlu eingenommen haben und bei Bifa und Vüle-Burgas angegriffen werden wird. Die Türken mußten ihre beiden Flugapparate beim Rückzug aus Kirklisse verbrennen. Ihr Hauptquartier liegt jetzt rückwärts von Tschorlu unweit Tcherleköi. Die Bulgaren sind in vier großen Kolonnen vormalshier, eine westlich Adrianopel, eine bei Adrianopel und die beiden anderen westlich und östlich von Kirklisse. Die Entscheidungsschlacht soll unmittelbar bevorstehen. Vielleicht in Rücksicht darauf, vielleicht auch, weil anscheinend von jungtürkischer Seite Anrufen geplant sind, wurde gestern Abend der Belagerungszustand in Konstantinopel verschärft. Alle Zeitungen sind der strengsten Zensur unterworfen. Ganze Stadtteile waren bereits gestern nach 10 Uhr gesperrt und heute Abend ist auch in Pera nach 10 Uhr verboten, auf die Straße zu gehen. Da in Saloniki sich ernste Ereignisse abgespielt haben müssen, will man hier anscheinend vorbeugen. Seit drei Tagen fehlen fast alle Nachrichten aus Saloniki. In dem Stadtviertel Fatich in Stambul sind vorgestern Nacht bedeutende Schlägereien vorgekommen.

Zensurverschärfungen.

Konstantinopel, 30. Oktober. Die fremden Kriegskorrespondenten beklagen sich über die ihnen von der Behörde bereiteten Schwierigkeiten. Die verstärkte militärische Zensur der Zeitungen ist jetzt auch auf die nichttürkischen Zeitungen ausgedehnt.

Der Kommandant von Konstantinopel veröffentlicht eine Verordnung zur Verschärfung des Belagerungszustandes.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Serbische Schlachtberichte.

Belgrad, 30. Oktober. Aus Branja wird amtlich gemeldet: Die ganze türkische Armee Macedoniens in einer Stärke von 80000 Mann hat an der Schlacht von Rumano vo teilgenommen. Die Serben hatten 400 Tote und 2000 meist leicht Verwundete. Die Türken hatten 16000 Tote; sie verloren fast ihre ganze Artillerie. — Im Kampfe bei Belesch (Nöprülü), der kurz aber erbittert war, hätten die Türken 5000 Tote. Die türkischen Truppen wurden von neuem in Verwirrung gebracht und in die Flucht geschlagen.

Die Kämpfe der bulgarischen Westarmee.

Sofia, 29. Oktober. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Nach vom „Wir“ veröffentlichten Detailberichten war die Schlacht vor Kotschana (im Bregalnihatale) eine der mörderischsten unter allen Kämpfen und dauerte beinahe drei Tage und zwei Nächte. Während des ersten Tages und der darauf folgenden Nacht leisteten die Bulgaren, welche anfangs aus nur wenigen Abteilungen bestanden, 12 türkischen Bataillonen Widerstand, welche nach und nach durch Truppen von Jidip verstärkt worden waren. Der Kampf wurde besonders infolge zahlreicher Bajonettangriffe erbittert. Die Türken wurden trotz ihres Widerstandes zerprengt und flüchteten in voller Unordnung. Vor dem Kampfe hatten die Türken 200 Bulgaren gefangen genommen, welche von den siegreichen Truppen befreit wurden. Der Einmarsch der bulgarischen Truppen in Kotschana löste bei der Bevölkerung großen Jubel aus.

Türkische Ueberläufer auf österreichischem Gebiete.

Wien, 29. Oktober. Die „Neue freie Presse“ meldet aus Serajewo: Heute trafen hier mit zwei Militärsügen 1300 türkische Soldaten mit 80 Offizieren ein, die aus dem Sandschak geflüchtet sind. Sie wurden am Mittwoch zusammen mit den übrigen hierher geflüchteten türkischen Soldaten über Vostus-Brod weiterbefördert. Unter den Offizieren befindet sich auch ein Oberstleutnant.

Vom südlichen Kriegsschauplatze.

Griechische Siegesmeldungen.

Athen, 30. Oktober. Der König hat aus Kotschana an den Ministerpräsidenten Venizelos folgende Depesche gerichtet: Nachdem der linke Flügel der Armee heute den Feind geschlagen hatte, verfolgte er ihn bis nach Kalbanköi. Nach erbittertem Kampfe hat er die Fahnen von zwei türkischen Bataillonen erobert, die mir ein Abgesandter hierher gebracht hat. Auch der Kronprinz hat mir eine türkische Fahne des Bataillons von Drama zugesandt, die in der Schlacht von Serbidische erbeutet worden ist. Diese ruhmreichen Trophäen der tapferen Armee haben mich mit Freude und Stolz erfüllt, und ich beeile mich, Sie und mein Volk daran teilnehmen zu lassen. Nach der dreistündigen Schlacht vom letzten Sonntag wurde Katerini gestern Morgen von der griechischen Armee besetzt, die die Verfolgung des Feindes fortsetzt. Die Zahl der in der Schlacht bei Kalbanköi Verwundeten beläuft sich auf etwa 100.

Die Griechen nähern sich Saloniki.

Athen, 30. Oktober. Wie aus Kotschanej telegraphiert wird, ist Berria gestern durch die griechische Armee ohne Widerstand besetzt worden. Die muslimanischen Familien sind in der Stadt geblieben. Die muslimanischen Notabeln erschienen vor dem Kronprinzen, um ihre Unterwerfung zu bezeugen. Die Eisenbahnverbindungen zwischen Berria und Monastir sind unterbrochen.

Ein letzter Freundesdienst.

Konstantinopel, 30. Oktober. Auf Bitte der türkischen Regierung hat sich das Schiff „Doreley“ mit Genehmigung Kaiser Wilhelms nach Saloniki begeben, um eventuell den Exulanten Abdul Hamid, dessen persönliche Sicherheit in Saloniki gefährdet scheint, nach Konstantinopel zu bringen. Hier soll ihm ein Palast am Vostorus als Aufenthalt angewiesen werden.

Die Brüsseler Friedensdemonstration.

Brüssel, 29. Oktober. (Sig. Ver.) Ueber die bereits telegraphisch heute gemeldete internationale Protestkundgebung gegen den Krieg wollen wir noch folgendes nachtragen. Nach den Vertretern Russlands, Englands, Hollands, Italiens sprach für Oesterreich:

Viktor Adler:

Der österreichische Staat ist an den Dingen im Balkan sehr beteiligt. Die Südbalkan sind die Blutsverwandten derer, die unten am Balkan kämpfen.

Die Diplomaten behaupten, Oesterreich habe große wirtschaftliche und politische Interessen am Balkan und daran, daß sich die Serben, Bulgaren usw. der Herrschaft der Türken entziehen. — Gewiß, auch wir sagen, es gibt keinen größeren Feind alles dessen, was uns heilig ist, als den Panismus. Die Gegenwart hat in der Tat keinen größeren Feind. Es gibt kein Verbrechen, wo das Jazat nicht seine schmutzigen Hände drin hätte. Aber das soll nicht zu der Ansicht verführen, zu glauben, daß der russische Zar und Rußland die einzigen Schuldigen sind. Die Herren sprechen von der Herstellung des Friedens, von einer Vermittlung zugunsten des Statusquo. Ja, wir fragen: auf Grund welcher moralischen Autorität wollen die Leute vom Frieden reden? Ich spreche nicht von Rußland, das blutbedeckt ist vom Wirbel bis zur Sohle. — England hat seine Hände in Indien und Ägypten und hätte sie morgen gern in Areta; Frankreich hat das Abenteuer von Marokko noch nicht erlebt und Italien — hat die tripolitische Räubererei am Weißsein. Und nun unter Oesterreich—Ungarn, das vor vier Jahren kein Anhänger des Statusquo war und deponierte Provinzen gestohlen hat! Wer damals nicht für den Frieden war, hätte es mit Oesterreich zu tun gehabt. — Diese Länder besitzen keine Autorität, vom Frieden zu reden. Es könnte geschehen, daß die siegreichen Montenegriner, Serben usw. ihnen die Antwort gäben: heute sind wir für den Statusquo!

Es ist kein Zweifel: wenn es uns nicht gelingt, einen Sturm, eine moralische Erhebung in ganz Europa zu erzeugen, sind wir in Gefahr, daß der Krieg die Grenzen überschreitet und wir einen Vernichtungskampf erleben, der uns eine Probe geben würde dessen, was die modernen Vorkriegszustände zu leisten imstande sind. Es wäre ein Norden, ein Verderben, eine Vernichtung, wie sie in der Welt noch nicht da war, gegen die das Wüten der Gorden Attilas, Amerians wie eine klägliche Idylle erscheint. In den verzweifeltsten Sorgen von heute: der Lebensmittelpreuerung, dem Wohnungsnot, der Not in allen Formen läßt man den Krieg mit allen Konsequenzen und Graus! Und es wäre ein Krieg ohne Ende, weil jedes dieser Verbrechen automatisch ein neues mit sich zöge. In all dem bleibt der Sozialismus als einzige zielstrebende wirkende Macht. Allen Respekt vor den Friedensfreunden! Aber bei allem Einfluß nach oben und allen Verbindungen haben sie nicht vermocht, die Raubtiere in Vegetarier zu verwandeln.

Ich fürchte, daß der Krieg, der uns droht, nicht in Haag entschieden würde. Da obliegt dem sozialistischen Proletariat die Aufgabe, in jedem Lande seine Pflicht zu tun und dem Kriege entgegenzutreten. Auch wir in Oesterreich haben alles getan, um der Regierung klar zu machen, daß es das größte Verbrechen wäre, wenn sie den Sandschak reklamirte, die Völker aufhiele, in ihren Kampf sich einmischte und den Bedrängten zu Hilfe eilte. Hände weg vom Balkan, sagen wir, und den Balkan den Balkanvölkern! Wir sagen aber, „Hände weg“ nicht nur zu Rußland, sondern ebenso sehr zu Oesterreich, nicht nur den Balkanvölkern zuliebe, sondern auch den Völkern zuliebe, die in Oesterreich leben. Die beschlossene Konferenz wird die Einheit des Proletariats befestigen und den Staatsmann, der so gewissenlos wäre, den Brand in Europa zu werfen, würde der Fluch des internationalen Proletariats treffen.

Gaule.

Ueber dem ganzen Proletariat Europas lastet schwere Sorge. Die europäische Diplomatie freilich geberdet sich, als wenn kein Wölfinchen dem Himmel trübe und verfinstere, daß die Völker Europas ein Herz und eine Seele sind. Und sie verkündete weiter, daß es ihr gelungen ist, den Frieden zu sichern — bis die Kanonen donnerten. ... Nein, wir haben das tiefste Mißtrauen gegenüber der europäischen Diplomatie. Von ihr die Lösung des Konflikts erwarten, ist der Suche nach der Quadratur des Kreises gleichzustellen. In dieser Hoffnungslosigkeit bleibt uns nur die Macht und das Gewicht des Proletariats — an diesem Fels werden sich die Kriegswogen brechen. Je stärker diese Macht unwächst, je fester die Teile des Proletariats zusammengehämmert sind, um so stärker wird das Gewicht sein, das es in die Waagschale des Friedens werfen wird; um so sicherer wird dann der Frieden sein. Der Imperialismus erweckt bei dem Proletariat nur tiefsten Abscheu und es bleibt von der patriotischen und chauvinistischen Woge unberührt. Die vier Millionen sozialistischer Kämpfer werden in Deutschland das Ihre tun, die Ausbreitung des Kriegesbrandes zu verhindern. Das Proletariat kennt allen politischen Vorstellungen gegenüber nur eine Treue: die Treue zu dem Bruderproletariat. Und wo den Herrschenden ein solches Proletariat entgegentritt, werden sie es sich überlegen, ihr frivoles Spiel mit dem Leben der Völker zu treiben.

Der Redner schloß in französischer Sprache: Das deutsche Proletariat verdammt den Krieg gleich Ihnen und wird mit allen Kräften den Kampf der Völker gegen den Krieg unterstützen. Unsere Devise ist: Rieder mit dem Kriege! Rieder mit dem Kapitalismus!

Janus:

Unsere Gegner erklären sophistisch, es sei ein Widerspruch, für den Frieden zwischen den Völkern und den Krieg zwischen den Klassen einzutreten. Aber der Kampf der Arbeiterklassen gegen politische und soziale Unterdrückung und ihr Kampf gegen den Krieg dienen beide der Kultur. Welchem Fortschritt dient aber der Krieg? Die Werra der großen Kriege für Ideen ist geschloffen, es gibt keine nationalen Kriege mehr, sondern nur noch Kriege der Gabel. Man hält uns den Balkan entgegen. Ich bestreite nicht die Gewalt der Gefühle, die dort ihren Ausdruck gefunden haben. Aber mit den Gefühlen der Völker mischt sich der Ehrgeiz der Herrscher, die von einer Krönung in Konstantinopel träumen und die Pohgler der Kapitalisten. Europa könnte ohne Gewalt und Blutvergießen den Balkanvölkern ein wohlthätiges Haus bieten — unter einer Bedingung: nämlich, wenn es einzig wäre. Die Balkanfrage ist zur Gewalttat und Verwirrung geblieben, weil Europa uneinig und ohne moralische Autorität ist. Ich bestreite es im Interesse der menschlichen Kultur, daß vielleicht der Tag kommt, wo der Islam nach Athen, in die endlose Nacht des sonatischen Oases, zurückgeworfen wird. Europa ist der Schuldige. Gegenüber der Türkei war Europa gefällig, als es Abdul Hamid zu den blutigen Rügen lag. Er verteilte ja Eisenbahnen und Hafenkonzessionen. Der Balkan, der auf dem Balkan flieht, hat seine Quelle im Hirn unserer Finanzleute. (Beifall.) Ich weiß nicht, welche Wendung die Dinge nehmen werden, aber was ich weiß, ist, daß der Kreis des Schreckens immer größer wird. Western hieß es Marokko und Tripolis, heute Balkan — was wird morgen sein? Ich weiß nicht, ob der Krieg kommt. Man würde ja lieber ohne Krieg Leute machen. Ein deutscher Staatsmann hat vor einigen Tagen gesagt: Es ist die Minorität, die den Krieg macht. So verkündet man,

daß unter der Herrschaft einer Scheindemokratie die Bourgeoise Anarchie so groß ist, daß Gruppen in Stande sind, den Krieg zu entfesseln. Und da wähet man, daß sich die Völker in einen Kampf hineintreiben lassen werden! Nein, das wird nicht geschehen! Das internationale Proletariat wird doppelt wachsam sein. Unser Kongreß wird den Staatsmännern und Herrschern die notwendigen Warnungen erteilen. Und nicht durch eitle Prahlereien bereiten wir uns auf die Verantwortlichkeiten von morgen vor. Mit Stolz dürfen wir sagen, daß wir unsere Pflicht erfüllt haben: in Italien, in Serbien und Bulgarien. Schwere Prüfungen harren auch auf unsere Herrschenden. Adler sagte: Ich prophezeie nicht, aber ich erinnere mich. Ich erinnere mich, daß dem Krieg von 1870 die Kommune folgte, dem russisch-japanischen Kriege die russische Revolution. Wenn die Herrschenden uns die Hoffnung rauben wollen, eine friedliche Revolution zu vollbringen, wenn sie den Boden auf dem sie stehen, unterminieren, sind sie nicht nur Verbrecher, sondern auch Wahnsinnige. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung schließt in großer Bewegung mit dem Gesänge der „Internationale“.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Oktober 1912.

Sturm im Abgeordnetenhaus.

Feierlich hielt am Mittwoch Herr Mugdan, der von den Wohlhabenden des Tiergartenviertels, soweit sie gläubige Christen sind, zu ihrem Vertreter Erforene, seinen Einzug ins Dreiklassenparlament.

Ob die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände das jüngste Mitglied des Hauses sonderlich interessiert haben, wissen wir nicht. Der Gesegentwurf betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, dessen zweite Lesung zunächst zu Ende geführt wurde, gelangte im wesentlichen nach einem Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien zur Annahme. Ein sozialdemokratischer Abänderungsantrag, der festgelegt wissen wollte, daß von den zur Verwendung stehenden Sparkassenbeträgen in allen Fällen die Hälfte zur Erhöhung des Zinsfußes der Spareinlagen zu verwenden ist, fand keine Gnade vor den Augen der Mehrheit, die für die kleinen Sparer nichts übrig hat. Eine Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei, die die Regierung ersucht, möglichst noch in dieser Session einen Gesegentwurf vorzulegen, durch welchen die öffentlichen Sparstellen gegen das Kursrisiko tunlichst sichergestellt werden, das ihnen der Zwangsbestand an Inhaberpapieren aufbürdet, wurde einer besonderen Kommission zur Vorberatung überwiesen. Diese Resolution bildet im Grunde genommen die schärfste Beurteilung des Gesetzes, und es ist charakteristisch für die Art der preussischen Gesetzesmacherei, daß man sich in derselben Sitzung, wo man eine Vorlage genehmigt, für die Notwendigkeit ausdrückt, ein neues Gesetz zur Beseitigung der durch das eben geschaffene Gesetz zu erwartenden Schäden zu schaffen.

In vorgerückter Stunde erhielt der Pole Korsantny das Wort zur Begründung der Interpellation über die Entzignung ländlicher Besitzungen zu An siedlungs zwecken. Seine Rede war eine flammende Anklage gegen die gewaltsame, gegen Recht und Verfassung verstoßende Kolonialpolitik der Regierung, deren unheilvolle Folgen für den Staat er in scharfen Worten brandmarkte. Der Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer beschränkte sich auf die Befolgung einer kurzen Erklärung des Staatsministeriums, die das Vorgehen der Regierung formell als zu Recht bestehend anerkennt. Ihm schlossen sich in zunehmenden Erklärungen die Vertreter der beiden konservativen und der national-liberalen Parteien an. Die vollzählig erschienenen polnische Fraktion begleitete die Ausführungen sowohl des Ministers als auch der harkistischen Redner mit stürmischen Wut-Rufen. Wenn es trotzdem am Ende der erregten Sitzung zu keinen Szenen gekommen ist, wie sie unter Kröcher und Erffa an der Tagesordnung waren, so ist das der beste Beweis dafür, wieviel von der präsidialen Führung abhängt.

Die Besprechung der Interpellation wird am Donnerstag fortgesetzt. Dann folgen Petitionen.

Der neue Erzbischof von Köln.

Wir haben gestern bereits der Meldung, daß der bisherige Bischof von Münster, Dr. Felix v. Hartmann, zum Erzbischof von Köln erwählt sei, die Charakteristika hinzugefügt, daß der Neuwahlte der intransigenten ultramontanen Richtung angehöre und keine Wahl einen Sieg der Berlin-Breslauer Richtung über die Wächtern und ihre geistliche Gefolgschaft bedeute. Diese Auffassung wird jetzt von verschiedenen rheinischen und westfälischen Zeitungen bestätigt. So schreibt die „Rhein.-Westf. Stg.“, die sich bisher immer als sehr genau unterrichtet über die Vorgänge im hierischen Lager erwiesen hat:

„Die Wahl des neuen Erzbischofs bedeutet die größte Ueberraschung für die Führer der Kölner Richtung. Die Wahl ist ein Beweis, daß Rom nicht gewillt ist, ihnen irgendwelche Konzessionen zu machen. Dr. Felix v. Hartmann auf den Kölner Erzbischofsstuhl, heißt nichts anderes, als einen Vertreter der strengsten kirchlichen Richtung zum päpstlichen Wächter über die Kölner Richtung zu machen. In der Margaretenstraße in Köln kennt man ganz genau die Gesinnung des Neuwahlten, der langjährigen rechten Hand des verstorbenen ministeriellen Bischofs Dingeldey. Von dieser seiner intimsten Gegnerschaft gegen die „Kölnische Volkszeitung“ hat er auch mit seinem Freunde Domkapitular Professor Hüls und dem früheren Seminarregens, jetzigen ministeriellen Weihbischof Wigns, niemals Hehl gemacht. Jedermann kennt ebenso die Stellung, die der von diesen drei Freunden nebst dem verstorbenen Bischof gestützte „Westfälische Merkur“ dem Kölner Blatt gegenüber eingenommen hat und noch einnimmt. Es ist zweifellos, daß die Wahl nicht die erste Willensäußerung des Kölner Domkapitels darstellt. Schon im August wählte bereits der Raitland liberale „Corriere della Sera“, der sehr häufig durch die Prälaten direkt aus dem Vatikan bedient wird, daß die Kurie einen von dem Domkapitel in Aussicht genommenen Kandidaten nicht wünsche. Dieser war Weihbischof Dr. Müller, entschiedener Anhänger der Kölner Richtung. Nun hat Rom, wie die wiederholten außerordentlichen Sitzungen des Kapitels in den allerletzten Stunden beweisen, dem Kapitel seinen Willen aufgedrängt.“

„Kehulich“ schreibt die „Köln. Stg.“: „Wir haben zur Zeit der Berufung Felix v. Hartmanns auf den Bischofsstuhl von Münster einer Zufahrt Raum gegeben, die im Interesse des Friedens zwischen Staat und Kirche sowie im Interesse unseres modernen Kulturlebens die Kandidatur des Herrn v. Hartmann um deswillen bekämpfte, weil unter ihm ein äußerst strenger, allen modernen Regierungen feindlicher Ultramontanismus in der Diözese Münster um sich gegriffen hatte. Wir erinnern nur

an die Haltung, die sich die Herren v. Hartmann nahe stehende Presse gegen den Pösterkursus in Münster erlaubte, und an die schroffe Stellungnahme, die er zum Modernismus einnahm. Würde doch von den Professoren der Theologie in Münster verlangt, daß sie trotz des erhaltenen päpstlichen Dispenses den Bischofsstuhl leiteten. Es kommt mit ihm ein Mann auf den Kölner Bischofsstuhl, dem man gerade nicht nachsagen kann, daß er ein Anhänger der Kölner Richtung wäre. Insofern bedeutet seine Wahl eine Ueberraschung, und seine Wirksamkeit wird gewiß in manchen Dingen von der des verstorbenen Erzbischofs verschieden sein.“

Kardinal Kopp wird nicht mehr über den „faulen Westen“ zu klagen haben; er hat einen Partner erhalten.

Pfarrer Hadenberg gestorben.

Der national-liberale Landtagsabgeordnete Hadenberg ist am Mittwoch vormittag einem Herzleiden erlegen. Hadenberg war seit 1898 Mitglied des Abgeordnetenhauses, zu dessen besten Rednern er gehörte. Er vertrat namentlich in pädagogischen und religiösen Fragen seine Fraktion und verstand jedesmal durch seine geistvolle, nichts weniger als pastorale Art das Haus zu fesseln. Die noble und verbindliche Form, in der er sich mit seinen politischen Gegnern auseinandersetzte, sicherte ihm auch bei der sozialdemokratischen Fraktion lebhafteste Sympathien. War es doch Herr Hadenberg, der, als einmal Herr von Kröcher während einer Rede Hadenbergs einen sozialdemokratischen Abgeordneten um Unterlassen seiner Zwischenrufe ersuchte, sofort bemerkte, daß er sich durch die Zwischenrufe keineswegs belästigt fühle. Die anständige Form seiner sachlich doch durchaus entschiedenen Polemik, die sich allerdings von den ultramontanen Kopfschüttelern himmelweit unterschied, fand freilich nicht überall Beifall. Brachte es doch der Zentrumsabgeordnete Dr. Well einmal fertig, Herrn Hadenberg vorzuwerfen, daß er einen sozialdemokratischen Redner wie seinen Lieblingssohn behandle. Herr Hadenberg war freilich nicht nur bei den bürgerlichen Parteien überhaup, sondern auch innerhalb seiner eigenen Fraktion ein weißer Hase.

Die Sozialdemokratie empfindet angesichts des überraschenden Hinscheidens des geistig so rüstigen Mannes nicht nur menschliches Mitleid, sondern sie bedauert auch aufrichtig das Ausbleiben eines so ritterlichen Kämpfers aus der parlamentarischen Arena.

Eine neue Reichstagserversammlung.

In der vergangenen Nacht ist im Alter von 69 Jahren der Reichstagsabgeordnete v. Wonnin gestorben, der den Wahlkreis Reutlingen seit 1898 im Abgeordnetenhaus und seit 1898 im Reichstag vertreten hat. Bei der letzten Wahl erhielt er 8748, der sozialdemokratische Kandidat 1410 und der Nationalliberale 2943 Stimmen.

Kriegsbege und Rüstungsmanie.

Die Alldeutschen und Leiter des neugegründeten Wehrvereins scheinen die gespannte Lage, in die Europa durch den Balkankrieg geraten ist, für eine günstige Gelegenheit zu halten, eine rege Agitation für Heeres- und Flottenvermehrungen zu betreiben. Sie haben eine Anzahl von austrangierten Offizieren auf die Agitation ausgespickt, die als militärische Wandercapitel von einer Stadt zur anderen reisen und das schöne Evangelium von der segensreichen Wirkung vermehrter Rüstungen verkünden. Darunter befindet sich der Generalleutnant v. Brochem. Er reist zurzeit am Niederrhein umher. In Mülheim a. d. Ruhr, wo er am Sonntage im „Deutschen Wehrverein“ redete, trat er auf, als ob Deutschland bereits am Vorabend eines Krieges stände. Natürlich war es England, auf das er es abgesehen hatte; aber auch einem Kampfe mit Frankreich ist er nicht abgeneigt. Nicht länger mehr dürfe sich, erklärte er, Deutschland der englischen Machtprobe unterwerfen. Frankreich habe wenigstens Grund, uns zu zürnen, da es sich seit 1870 in seiner Ehre verlehrt fühle. Seit dieser Zeit beweise es auch eine Opferwilligkeit für die Stärkung des Heeres, die beispiellos dastehet. Es werde deshalb bestimmt früher oder später mit Frankreich zum Kampfe kommen. Aber auch aus Rußland weih merkwürdigerweise der Herr General für Deutschland nichts Gutes zu melden. In Rußland sei, erzählte er, das Offizierkorps dem Panflawismus verfallen und der haffe Deutschland. Also habe Deutschland drei Großmächte gegen sich. Dazu sei Italien ein sehr unzuverlässiger Bundesgenosse und Oesterreich nicht imstande, uns Rußland dem Halbe zu schaffen.

Der Herr Generalleutnant sieht also den politischen Horizont Deutschlands für äußerst bedrohlich unumstößt an. Diese Situation findet er aber keineswegs betrübend, denn eine lange Friedenszeit könne Deutschland nicht vertragen. „Die Welt“, sagte er, „muß wissen, daß wir den Krieg zwar nicht wollen, aber auch nicht fürchten, der jeden Tag eintreten kann.“

Den Gipfel der Generalsphilosophie aber erreichte der Herr Generalleutnant, als er meinte: „Der gerechte Krieg ist nicht ein Hebel, sondern ein großer Kultur- und Machtförderer. (!) Der ewige Friede würde bald zur Entartung führen.“

Schließlich ließ der Redner folgende Resolution annehmen, die dem Reichstage, dem Reichskanzler und dem Kriegsminister zugesandt werden soll:

„1. Die bei der jüngsten Wehrvorlage bewilligten 106 Maschinengewehr-Kompagnien nicht allmählich in mehreren Jahren, sondern sofort jezt aufzustellen. Es hat in der Armeestärke Befremden, im Volke lebhafteste Unruhe erregt, daß dieses am 1. Oktober nicht geschehen ist; 2. dem Beispiel der Franzosen entsprechend die deutsche Kavallerie schon im Frieden in Divisionen zu gliedern und diese mit Infanterie mit Mädeln oder Kraftwagen auszustatten; 3. den ungeheuren Verschwendung, welchen Frankreich in der Friedensspannung seiner sämtlichen Geschütze und Munitionswagen vor uns hat, durch eine bedeutende Erhöhung des Pferdebestandes bei unserer Feldartillerie einzuholen und auch für sämtliche deutschen Geschütze schon im Frieden die Bespannung zu schaffen. Vor allen Dingen verlangt das deutsche Volk, zu der nötigen Rekrutierung bereit, daß zum Ausgleich des zahlenmäßigen Uebergewichts unserer mutmaßlichen Gegner alsbald im Deutschen Reich das Gesetz der allgemeinen Wehrpflicht zur vollen Durchführung kommt.“

Eine recht ansehnliche Agitationsleistung. Fragen möchten wir nur den Herrn General v. Brochem, woher er weiß, daß das Volk zu der nötigen Wehrleistung bereit ist. Gerade jener Teil des „Volkes“, der dem Wehrverein nahesteht, hat es bisher immer weiserhaft verstanden, sich zu drücken, wenn es galt, dem Vaterlande finanzielle Opfer zu bringen. Jedemfalls sind die Wehrvereine am allerlehten befugt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Vertagung des bayerischen Landtages.

Der bayerische Landtag hat heute seine Session beendet. Der Minister des Innern verlas die Botschaft, durch welche der Landtag bis auf weiteres vertagt wurde.

Wieder ein christlicher Schwindel zertreten.

Nach dem letzten Reichstagswahlkampf wurde von den „Christen“ im Kreise Essen geflüstert, die Lage verbreitet, der dortige

Konsumverein „Eintracht“ habe der sozialdemokratischen Partei in Essen 1800 M. zu Verfügung gestellt. Zweck der Uebung war, dem durch das Erlernen der „Eintracht“ stark ins Hintertreffen geratenen „Christlichen Konsumverein“ „Wohlfahrt“ Mitglieder zuzutreiben. Obwohl die Behauptung vor dem Schöffengericht in Essen als lächerlich erwiesen wurde, kam dieses zur Freisprechung. Die Strafkammer als Berufungsinstanz beurteilte hingegen den Urheber des Schwindels zu 20 M. Geldstrafe.

Oesterreich-Ungarn.

Parlamentsöffnung unter dem Schutze der Bajonette.

Budapest, 30. Oktober. Abgeordnetenhause. Für die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses waren von seiten der Quästor entsprechende Vorkehrungen getroffen worden. Um einer Ueber-rumpelung vorzubeugen, waren noch gestern abend Polizeimannschaften im Parlamentsgebäude untergebracht worden, die heute früh abgelöst wurden. In den frühen Morgenstunden nahmen Abteilungen von vier Infanterie-Regimenten vor dem Parlamentsgebäude Aufstellung, ferner 200 Schutzleute zu Fuß und 60 berittene Schutzleute. Die oppositionellen Abgeordneten versammelten sich um 9 Uhr im Klublokal der Justizpartei, von wo sie geschlossen vor das Abgeordnetenhause zogen. Sie erschienen unter Führung der Abgeordneten Apponyi, Valtiansky und des Grafen Michael Karolyi. Der Kommandant der Militärabteilung, die den Eingang absperrt hielt, kommandierte: „Bajonett auf!“ Es entspann sich ein kurzer Wortwechsel zwischen den Abgeordneten und dem Offizier. Aus der Menge von Reugierigen, die die Abgeordneten begleiteten, erschollen Rufe gegen die Soldaten: „Schämt Euch, Ihr seid ja auch Ungarn, Ihr seid ja unsere Brüder!“ Man hörte auch Rufe: „Es lebe die Republik!“ Schließlich entfernten sich die Abgeordneten vor 11 Uhr. Von den oppositionellen Abgeordneten betrat Graf Julius Andrássy als einziger das Haus. Um 10 1/2 Uhr eröffnete Präsident Graf Stephan Tisza die Sitzung. Die Regierungspartei und das Kabinett sind vollzählig erschienen.

England.

England und Deutschland.

London, 28. Oktober. (Sig. Ver.) Der alte Lord Roberts verfiel in den Fehler so mancher Unglückspropheten, an deren Reden man sich allmählich gewöhnt, ohne eine Gänsehaut zu bekommen, und die man eben aus Achtung vor ihrem Alter reden lassen muß. Seine letzte Rede hat wohl in Deutschland mehr Beachtung gefunden als in England. Der Versuch, die Zurück vor den angebliehen Plänen Deutschlands zur Förderung des Dankens der allgemeinen Wehrpflicht auszunutzen, beweist nur, daß all die schlagenden Argumente, die von den ersten Hochmännern gegen die Vorschläge der Militaristen angeführt worden sind, auf den alten General nicht den geringsten Eindruck gemacht haben. Das liegt sicher nicht an der Güte der Gründe. Die Alternative zu der Politik, die England von all den angebotenen Schreden erlösen soll, wird heute sehr klar und deutlich in dem „Manchester Guardian“ skizziert. Dieses fortschrittlichste und am höchsten zu wägende Organ des englischen Liberalismus schreibt heute zu der Rede: „Je ernsthafter wir das Wachstum der deutschen Macht betrachten, um so größer sind die Gefahren, denen diejenigen Engländer, die den unvermeidlichen Krieg predigen, ihr Land aussetzen. Zwar schlägt auch Lord Roberts eine Versicherung gegen die Gefahren des Geredes vor, dem er selbst frönt. Aber wie würde uns die allgemeine Wehrpflicht für die Landesverteidigung helfen?“

Wenn der Dienstzwang wirklich für den Zweck der Landesverteidigung ist, würde er an unserer Stärke nichts ausmachen, bis unsere Flotte besiegt wäre. Zu der Zeit würde es für uns keine Hoffnung mehr geben. Und wenn andererseits das Heer der allgemeinen Wehrpflicht für den Dienst im Auslande bestimmt wäre, würde es uns viel eher in einen Krieg verwickeln, als uns davor bewahren. Denn die verhältnismäßige Schwäche unseres Heeres und der insulare Charakter unseres militärischen Systems sind die eine Bedingung, zu der man sich in unsere Vorkriegszeit zur See fügt.

Wir könnten nur eine kontinentale militärische Macht werden, indem wir unsere insularen Vorrechte verlieren und unsere Vorkriegszeit zur See gefährden. Als Versicherung gegen das Risiko des Krieges mit Deutschland sind Lord Roberts Vorschläge aus diesen und anderen Gründen, die wir oft in einzelnen diskutiert haben, fast wertlos. Was bleibt uns nun übrig? Gewiß dürfen wir nicht fortfahren, wie jezt vom Kriege zu reden und mit einem europäischen Allianzsystem gegen Deutschland zu kokettieren.

Wir erkennen vollkommen die Gefahren dieser Politik. Wir würden ihr ein freimütiges Einvernehmen mit Deutschland über alle Punkte, wo sich unsere Interessen berühren, entgegenstellen. Das ist zu einem weit geringeren Preise zu haben als dem, den wir jezt für das Einvernehmen mit Rußland bezahlen, und es würde ungeheuer viel schwerer in die Waagschale fallen als irgend etwas, was uns Rußland geben kann. Die Rivalität zwischen England und Deutschland ist zu weit gegangen, als daß sie durch schöne Worte oder den Glauben an die guten Absichten des andern gemildert werden könnte. Taten und nicht Worte sind notwendig und irgendeine Regierung, ob liberal oder konservativ, die so wenig Sinn für politische Realitäten besitzt, daß sie keine Grundlage für ein politisches Uebereinkommen mit Deutschland finden kann, ist des Vertrauens des Landes unwürdig.“

Rußland.

Die Dumawahlen.

Petersburg, 30. Oktober. (W. L. V.) Heute wurden die Reichsdumawahlen zweiten Grades in sämtlichen Gouvernements des europäischen Rußland beendet. Es sind 6012 Wahlmänner gewählt worden. Davon sind 2542 Nationalisten, 180 gehören der gemäßigten Rechten an, 247 sind russische Nationalisten, 58 unabhängige Nationalisten, 508 Okzobristen und Progressiven, 424 Rabetten und 249 Wilde. Die anderen politischen Gruppen sind nur schwach vertreten. Die Vertreter jeder dieser Gruppen stellen höchstens ein Prozent der Gesamtzahl der Wahlmänner dar. Die Rechte erzielte eine Majorität in 20 Gouvernements, die Nationalisten und Oppositionellen hatten in je acht Gouvernements eine Majorität. In 15 Gouvernements hängt der Wahlausgang von den Okzobristen ab. In Sibirien, dem Kaukasus und in Polen gehört die Majorität wie früher den Oppositionsparteien, deren Vertreter in der Wehrzahl einheimische Nationalisten sind.

China.

Das Verhältnis zu Tibet.

Peking, 29. Oktober. Hier ist ein Urtag veröffentlicht worden, durch den der Dalai Lama in seine früheren Würden und Titel wieder eingesetzt wird. Das Amtsblatt erklärt, das mongolische und tibetanische Bureau, das unter der Leitung des Kabinetts steht, fordere die notwendigen Mittel für die Einsetzung von Agenten nach Tibet, die die Lage untersuchen und sich bemühen sollen, die Tibetaner zu überreden, in das Lebensverhältnis zu China wieder einzutreten. Es wird vorgeschlagen, daß diese Agenten, die tibetanisch sprechen müssen, tibetanische Kleidung anlegen und von drei Seiten in Tibet einziehen sollen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Vereinsgesetz.

Eine große behördliche Aktion gegen verschiedene Saganer Gewerkschaften wegen Einreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis ist im ersten Akt zugunsten der Arbeiter entschieden worden. Die beiden Polizeibeamten, die in der Sache vernommen wurden, sagten aus, über die Organisation der Verbände in Sagan wüßten sie nichts, die Polizei habe sie als politische Vereine nicht angesehen. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß in den Gewerkschaften Politik betrieben werde, da politische Organisationen vorhanden seien, in den es den Gewerkschaftlern freistehe, Politik zu treiben. Diesen ganz vernünftigen Deduktionen setzte der Amtsanwalt entgegen, die Politik der Gewerkschaften bestehe darin, daß sie einen Druck auf die Unternehmer ausübten. Außerdem hätte die Polizei zu bestimmen, ob die Gewerkschaften politische Vereine seien oder nicht. Dieser „Bestimmung“ müßten die Verbände nachkommen und deshalb die Statuten und das Mitgliederverzeichnis der Polizei ausliefern.

An dieser amtsanwaltschaftlichen Anschauung dürfte manches auszuweichen sein. Möglicherweise, sogar wahrscheinlich ist es, daß es beim Entscheid erster Instanz nicht bleiben wird. Der Amtsanwalt hat erklärt, er werde die Sache dem Staatsanwalt unterbreiten, ob nicht Verurteilung eingelegt werden solle. Und hierzu dürfte es voraussichtlich kommen, da hinter der großen Aktion anscheinend geheime und einflussreiche Kräfte wirken.

Berlin und Umgegend.

Tarifabschlüsse im Gastwirts- und Metzgereigewerbe Groß-Berlins.

Trotz aller gegenteiligen Bestrebungen gewisser scharfmacherischer Kreise, kristallisiert im „Interessensverband der Gastwirte und verwandten Berufe E. V.“, schreibt der Verband der Gastwirtsgehilfen mit seinem Bestreben auf tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von Erfolg zu Erfolg. Von den zahlreichen Tarifabschlüssen der letzten Wochen mit einzelnen Unternehmern seien als besonders erfreulich hervorzuheben: Ein Vertrag mit dem Inhaber des Ausschanks der „Grossen Schiffsbrauerei“ in Friedrichshagen, Herrn Gastwirt Richard Wätner, Secte 22, welcher allerdings erst nach langwierigen Verhandlungen zustande kam. Nicht minder bedeutungsvoll ist ein Vertragsabschluss mit Herrn Traiteur Ludwig Pöber, Berlin W., unter den Vindern 17/18, welcher für die beteiligten 25 Kellner außer den üblichen Nebenabmachungen die Gewährung einerbaren Entschädigung für die bisher in natura gewährte Beförderung brachte.

Deutscher Bauarbeiterverband. Nach dem Bericht in Nr. 253 des „Vorwärts“ über die Mitgliederversammlung unserer Organisation, die am Sonntag, den 27. Oktober, in Kellers Festsaal tagte, soll ich gesagt haben: „Eine Beitragserhöhung ist zunächst nicht beabsichtigt.“ Und zwar soll dieser Ausdruck im Zusammenhang mit meinen Ausführungen über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung im Bauarbeiterverband gefallen sein.

Hierzu muß ich den Berichterstatter geirrt haben. Ich habe vielmehr ausdrücklich hervorgehoben, daß der jetzige Beitrag zur Erhaltung der Kampfesfähigkeit unserer Organisation unbedingt notwendig sei. Wollen wir die in unserem Berufe sehr schwer einzuführende Arbeitslosenunterstützung durchführen, so ist hierzu eine Beitragserhöhung notwendig, die der Hauptvorstand mit 20 Pf. pro Woche berechne. Ich ging dann auf die Einzelheiten der in Berlin sich hierdurch notwendig machenden Beitragserhöhungen ein, die aus örtlichen Ursachen auf 30 bis 35 Pf. pro Woche berechnet werden müßten und nannte ausdrücklich als fünfjährige Beitragsklassen 35 Pf., 110 Pf. und 125 Pf. als Höchstmaß. Dieser Satz werde wahrscheinlich nicht erreicht, jedoch wolle der Zweigvereinsvorstand später sich nicht den Vorwurf machen lassen, er hätte die Dinge zu rosig gemacht, um dadurch der Vorlage des Vorstandes zur Annahme zu verhelfen.

Nur wenn die Mitglieder gewillt sind, auch diese neue Last auf sich zu nehmen, sei es möglich, die Erwerbslosenunterstützung durchzuführen.

Da die sehr stark besuchte Versammlung bei der Darlegung der zu erwartenden Beitragsätze zeitweise so unruhig wurde, daß ich am Weiterreden verhindert war, ist es sehr erklärlich, wenn der Berichterstatter meine Ausführungen falsch aufgefaßt hat. Es liegt aber im Interesse der ganzen Sache, dies richtigzustellen, um in den Lesern aus unseren Mitgliederkreisen kein falsches Bild hervorzurufen. Otto Hanke.

Streik der Messingpuher der Firma Carl Regel. Die Firma Carl Regel scheint von der Absicht abgekommen zu sein, von ihren Lehrlingen die Arbeit der streikenden Messingpuher verrichten zu lassen. Sie hat sich aber an einen der sauberen Streikbrecheragenten gewandt, der dann auch mit einem Trupp Wassermännlicher Gestalten ins Feld rückte. Daß diese die Firma Regel, soweit Messingpuharbeit in Frage kommt, nicht aus der Parochie reißen, ist wohl hinlänglich bekannt. Den Herren Arbeitswilligen ist es ja in der Hauptsache darum zu tun, in Streikfällen mühelos Geld zu verdienen, im übrigen aber der Arbeit soweit wie möglich aus dem Wege zu gehen. Wer Gelegenheit hatte, diese Herren bei der Arbeit heute zu beobachten, wird das Vorhergesagte bestätigt gefunden haben. Aber selbst diesen „nützlichen“ Elementen scheint man nicht recht zu trauen, da man sie doppelt und dreifach beaufsichtigt. Hier wie so oft zeigt es sich aber, daß man für die Arbeitswilligen böselei bejagt ist. Ihren ständigen, gut eingearbeiteten und anständigen Arbeitern verweigert die Firma Regel den geforderten Tariflohn, der wie schon gestern berichtet, von allen anderen Unternehmern Berlins anstandslos gezahlt wird. Jenen Elementen zahlt man aber weit über den Tariflohn. Wie uns gemeldet, sollen die Arbeitswilligen je 7,50 M. und der Streikbrecheragent 10 M. pro Tag erhalten. Wundert man sich nur, daß die Kundshaft der Firma Regel, die durchweg als bessere bezeichnet werden muß, es sich gefallen läßt, wenn derartige Wassermännliche Gestalten ihre Schaulustler verunglimpfen, selbst der gestern von uns benannte Kolonnenführer Müller schämte sich, mit den Arbeitswilligen zusammen zu arbeiten. Wenn die Firma Regel aber glaubt, die Streikenden nutzlos zu machen, so irrt sie sich ganz gewaltig. In den Reihen der letzteren herrscht musterhafte Ordnung und sie sind gewillt, in Ruhe der weiteren Entwicklung der Dinge zuzusehen. Nach wie vor wird gebeten, strengste Solidarität zu üben und Zuzug fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Der Streik der Vergolder mit Erfolg beendet!

Nach einer Dauer von drei Wochen ist der Streik der Vergolder mit Erfolg beendet worden. In einer Branchenversammlung, die am Dienstagabend in der „Alhambra“ stattfand, legte Westphal die Ergebnisse der Bewegung vor. Die Unternehmer haben in der Frage der Arbeitszeit von 50 Stunden pro Woche nachgegeben müssen. Trotzdem der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe es als Sache des Prinzips erklärte, nicht unter 51 Stunden als Arbeitszeit zuzugehen. Die Unternehmer haben nach manchen schwierigen Verhandlungen den Spezialtarif anerkannt, und in einzelnen Betrieben sind Lohn erhöhungen und andere Verbesserungen durchgeführt worden. In der Frage der Ablaufdauer des Tarifs haben die Arbeiter nachgeben müssen: sie forderten die Dauer bis zum Februar 1916, während der abgeschlossene Tarif bis zum 15. Februar 1917 gilt. — An der Bewegung waren etwa 400 Personen beteiligt, die sämtlich wieder eingestellt wurden. Bei dem Abschluß des Vertrages auf dem Gewerbegericht wurde dem Abschluß der Arbeiter die Verpflichtung auferlegt, dafür zu sorgen, Benantw. Redakt.: Alfred Dielepp, Neudöln. Inseratenteil verantw.: Th. Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

daß die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen wird. Diese Verpflichtung übernehmen die Verbandsvertreter, forderten aber, daß aus Anlaß des Streiks keinerlei Maßregelungen stattfinden dürften, was von den Vertretern der Unternehmer zugestanden wurde. Die Verfürgung der Arbeitszeit scheint bei den Unternehmern besonders schwer empfunden zu werden, und manche verjagten sich dadurch schädlos zu halten, daß sie auf die Ausfüllung jeder Minute achten und auch die bisher bewilligte Waiszeit fortlassen lassen. Das letztere bezeichnete der Branchenleiter als nicht zulässig und forderte dazu auf, an der Waiszeit die bisher festzuhalten, denn nach dem Vertrag bleiben alle günstigeren Arbeitsbedingungen in Geltung, Pflicht aller Arbeiter sei es, an den Bestimmungen des Tarifs streng festzuhalten und auch dafür zu sorgen, daß die tarifliche Regelung auf alle Betriebe ausgedehnt werde, die bisher noch nicht davon erfährt werden konnten.

Kaufstreik. Die Kollfischer bei der Speditionsfirma A. Kinkel, Hamburger Innenbahnhof, Invalidenstr. 51, haben am Dienstag einmütig die Arbeit niedergelegt. Anlaß zur Arbeitsniederlegung war die Entlassung eines Kaufmanns, der bereits über 4 Jahre im Betriebe der Firma tätig war und als Betriebsvertrauensmann fungierte. Nach Ansicht der Kollfischer ist die Entlassung zu unrecht erfolgt, sie sehen darin eine Maßregelung ihres Vertrauensmannes. Da auf die Vorstellung der Kollfischer die Firma auf eine Jurisdiktion der Entlassung nicht einging, legten die Leute die Arbeit nieder. Als darauf ein Vertreter des Transportarbeiterverbandes bei der Firma zu vermitteln suchte, lehnte dieselbe jegliche Verhandlung ab. Die Firma sucht durch Annoncen in bürgerlichen Blättern und durch Säulenanschläge unorganisierte Kollfischer als Arbeitswillige. Die Kollfischer Berlins werden ersucht, Solidarität zu üben.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In Mannheim erzielte die Freie Vereinigung einen schönen Achtungserfolg. Sie erzielte 909 Stimmen, während es der Hauptauschuss auf 1498 Stimmen brachte. Die Verbände, die sich letzterem angeschlossen, beteiligten sich getrennt an der Wahl. Die Freie Vereinigung erhielt 2 Vertrauensleute und 3 Ersatzmänner, der Hauptauschuss 2 Vertrauens- und 5 Ersatzleute. An der Wahl beteiligten sich 30 Proz. der Wahlberechtigten.

In Augsburg entfielen auf die Liste des Hauptauschusses (Deutschnationaler Verband und weitere 14 Vereine) 1078 Stimmen, auf die Liste der Freien Vereinigung und der damit verbundenen Liste des Vereins deutscher Kaufleute 511 Stimmen. Der Hauptauschuss erhält 2 Vertreter und 4 Ersatzmänner, die Gegner des Hauptauschusses 1 Vertreter und 2 Ersatzmänner. Das Resultat ist für die Freie Vereinigung sehr erfreulich, wenn man bedenkt, daß gerade in Augsburg jeder freibüchlich denkende Beamte in der rücksichtslosesten Weise bekämpft wird.

In Nordhausen übten von 913 Wahlberechtigten 521 ihr Wahlrecht aus. Wie nicht anders zu erwarten war bei dem in den Angestelltenkreisen Nordhausens vorherrschenden Kleinbürgerlichen Geiste, siegen die bürgerlichen Verbände. Die Freie Vereinigung konnte nur 43 Stimmen auf ihre Liste vereinen. Die Deutschnationalen, der Leipziger Verband, der SSB-Verband, eine vereinigte Liste des Deutschen Technikerverbandes, die Werkmeister und der Deutsche Bureaubeamtenverband erhielten je einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann.

Zu den Wahlen für den Stadtkreis Krefeld erschienen von 3300 Wahlberechtigten 1772 oder etwa 53 Proz. zur Wahl, darunter 430 weibliche Angestellte. Auf die sämtlichen Listen des Hauptauschusses entfielen 1480 Stimmen, während die Liste der Freien Vereinigung 287 Stimmen auf sich vereinigte. Auf die Liste der Freien Vereinigung entfiel ein erster und ein zweiter Ersatzmann, die verbundenen Listen des Hauptauschusses erhielten 4 Vertrauensmänner und 6 Ersatzmänner.

In Eisenberg erhielt die Liste des Hauptauschusses 177 Stimmen, die der Freien Vereinigung 38; die Freie Vereinigung erhält einen Ersatzmann.

In Arnstadt i. Th. erhielt der Hauptauschuss 229, die Freie Vereinigung 87 und eine Liste der Grundbesitzer 42 Stimmen; die Freie Vereinigung hat einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann zu stellen.

Der Teppichweberstreik in Oelsnik i. B. bei der Firma Koch u. de Rod ist beendet. Der Firmeninhaber und die Kommission der Streikenden haben sich dahin geeinigt, daß die Arbeit wieder aufgenommen wird. Es wird ein Arbeiterauschuss gewählt, mit dem Herr Koch sofort in Verhandlung tritt, um über die strittigen Punkte eine Verständigung herbeizuführen. Von 278 Webern stimmten 237 dieser vorläufigen Verständigung zu. Die Arbeit ist wieder aufgenommen.

Die gelben Gewerkschaften.

Wie die „Arbeiterbewegung“, das neueste Organ der gelben Organisationen mitteilt, sollen diese zurzeit rund 175 000 Mitglieder in mehr als 500 gelben Vereinen zählen. Diese Vereine sind zu acht Verbänden zusammengeschlossen, die auf je 5000 Mitglieder einen Vertreter in den sogenannten Hauptauschuss, der die Führung der gesamten gelben Bewegung in der Hand hat, entsenden.

Zum „Hauptauschuss“ gehören zurzeit 1. Der Bund deutscher Werkvereine. 2. Der Bund vaterländischer Arbeitervereine. 3. Der Verband der vaterländischen Arbeitervereine des Herzogtums Altenburg. 4. Deutsches Arbeiterpartei „Unterelbe“. 5. Der Zentralverband seemannischer Berufsvereine. 6. Der Bund der Bäder- (Konditoren-) Gesellen Deutschlands. 7. Der deutschnationale Fleischer-Gesellenbund. 8. Der Bund der Handwerker der kaiserl. Igl. techn. Institute Deutschlands.

Wenn auch die angegebenen Zahlen stark übertrieben sein werden, so ist doch der gelben Bewegung Beachtung zu schenken. Nicht, weil diese Organisation der Schmierlappen und Angsthäsen den freigewerkschaftlichen Verbänden gefährlich werden könnte, immerhin aber ist nicht aus den Augen zu lassen, daß die ehemaligen unorganisierten Streikbrecher jetzt als solche organisiert auftreten. Gefährlich werden für die Arbeiter die gelben Organisationen, sobald sie sich brüderlich mit den christlichen Gewerkschaften, mit denen sie ja sehr nahe verwandt sind, zusammenfinden, wie sich das beim Vergarbeiterstreik gezeigt hat. Die freien Verbände tun also gut, die gelbe Bewegung unter Kontrolle zu halten und im Kampfe gegen sie nicht zu erlahmen.

Nebenebei wollen wir mitteilen, daß das genannte Organ der Gelben, „Die Arbeiterbewegung“, ein kleines, inhaltloses wie geistloses gelbes Produkt ist, aber den Unternehmern für einen Abonnementspreis von 5 M. vierteljährlich angeboten wird. Dabei erscheint das Blättchen wöchentlich nur zweimal. Wir sehen, die Gelben stellen an ihre Geldgeber, die Unternehmer, nicht geringe Ansprüche. Das Organ ist nach seinem Inhalt und Umfang zu rechnen, selbst unter Brüdern gerachtet, jährlich keine 50 Pf. wert.

Ausland.

Straßenschlacht in Marseille.

Unter dieser Überschrift berichtet die „Freh-Centrale“ mit dem Datum vom 30. Oktober: Zu einer förmlichen Straßenschlacht kam es gestern zwischen der Polizei und ausländischen Werkarbeitern. Seit einigen Tagen befinden sich die Arbeiter der Werften von Chagnaud wegen Lohnhöhen im Streik. Gestern versuchten mehrere Ausländer, die Streikbrecher tätlich anzugreifen, und es kam daraufhin zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen beiden Parteien. Der Polizei gelang es aber, die Kämpfenden auseinanderzutreiben und mehrere Verhaftungen vorzunehmen. Jetzt zog der ganze Trupp der Ausländer, ungefähr 400 Mann, vor das Polizeigebäude, wo die Verhafteten interniert waren, und

versuchten, ihre Kollegen zu befreien. Als die Polizeimannschaften keine machen, gegen die Streikenden vorzugehen, fiel plötzlich aus deren Reihen ein Revolverknall. Dies war das Signal zu einem regelrechten Feuergefecht. Über 100 Schüsse wurden hin und her geschossen. Ein Arbeiter wurde durch einen Schuss in die Brust sofort getötet, mehrere andere wurden schwer verletzt, doch hofft man, die Verletzten sämtlich am Leben zu erhalten. Auf Seiten der Ausländer müssen zahlreiche verwundet worden sein, denn der Platz, auf dem sie standen, weist mehrere Blutlachen auf. Die Polizei nahm bei dem Handgemenge noch 20 weitere Verhaftungen vor. Doch haben die Streikenden ihre verwundeten Kollegen vom Kampfplatz mit fortgeschleppt, um sie einer Verhaftung zu entziehen.

Nach anderen Mitteilungen ist die Ursache der Vorkommnisse ein Streik unter den Arbeitern am Rhonakanal in Sinoque. Auch diese Mitteilungen bestätigen, daß einer der Streikenden das Leben bei dem Gemetzel einbüßte.

Der Balkankrieg.

Ein türkischer Ueberfall.

Rjea, 30. Oktober. Unweit von Bardansolt, östlich von Slutari, unternahm gestern die Türken einen Ueberfall auf montenegrinische Truppen, die Aufklärungsdienst versehen. Eine größere Abteilung von Weis-türken, die zwar serbischer Zunge, doch Anhänger des Islam sind, gab durch mehrere weiße Fahnen ihre Bereitwilligkeit zu Unterhandlungen kund, worauf ein starker Trupp von Montenegro-Truppen vorging. In einer Entfernung von dreißig Schritt gaben die Weis-türken unvermittelt eine Salve ab. Hierzu Montenegro-Truppen getötet, mehrere hundert verwundet. Das Feuer der Angreifenden wurde sofort erwidert. Die Weis-türken, die große Verluste erlitten, wurden zersprengt.

Rjea, 30. Oktober. Bei dem Zwischenfall von Bardansolt standen zwei montenegrinische Bataillone der Division Riffne dem Feind gegenüber. Die Verluste der Montenegro-Truppen sollen 300 Mann an Toten und Verwundeten betragen. Die Türken wurden umzingelt und bis auf den letzten Mann niedergemacht. Die Verwundeten wurden zum Teil dem Spital in Cetinje zur Pflege übergeben.

Türkische Tendenznachrichten.

Konstantinopel, 30. Oktober. Eine amtliche Depesche des Kriegsministers von gestern meldet, daß seit Mittag die Armee in eine Schlacht verwickelt sei. Die Armee zeige Widerstandskraft und Entschlossenheit, was beweise, daß der die Truppen befehlende Geist ausgezeichnet sei. Eine zweite Depesche des Kriegsministers von gestern meldet, daß die mittags begonnene Schlacht mit Heftigkeit fortgesetzt werde. Die Schlacht entwickele sich für die türkischen Truppen sehr günstig, die im Vorrücken begriffen seien. Der Kriegsminister drückte die Hoffnung aus, daß die türkischen Armeekorps mit Gottes Hilfe die Schlacht gewinnen werden.

Türkische Siegesmeldung.

Frankfurt a. M., 30. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel von 1 Uhr 20 Minuten nachmittags, daß der rechte Flügel der türkischen Armee unter Mahmud Ruffhar Pascha, wie nach Konstantinopel berichtet wurde, nach zwölfstündigen Kämpfe am Abend die Bulgaren unter starken Verlusten zurückgeschlagen hätte.

Freigabe der Dardanellen?

London, 30. Oktober. (B. T. Z.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel zieht die türkische Regierung die Entfernung der Minen aus den Dardanellen in Erwägung.

Die Situation am Tarabosch.

Cetinje, 30. Oktober. (B. T. Z.) Die unter dem Kommando des Generals Jurawitsch stehende Division hat gestern von Obilja aus ein Vorwärt der Tarabosch geklärt und den Türken große Verluste beigebracht. Gestern wurde auch das Bombardement von Udica fortgesetzt. Die Umzingelung des Tarabosch und Slutari wird immer erdrückender und der Widerstand der Türken immer unmöglicher.

Türkische Ausfälle aus Adrianopel.

Stara Zagora, 30. Oktober. (B. T. Z.) Im Verlauf des heutigen Tages unternahm die in Adrianopel eingeschlossenen türkischen Truppen mehrere Ausfälle nach verschiedenen Richtungen, wurden jedoch immer zurückgeschlagen.

Letzte Nachrichten.

Bürgermeisterwahl in Charlottenburg.

Zum zweiten Bürgermeister ist heute Magistratsyndikus Dr. Maier-Charlottenburg mit 66 von 67 abgegebenen gültigen Stimmen gewählt worden.

Keine Beschränkung der Fleischausfuhr aus Rußland.

Frankfurt a. M., 30. Oktober. (B. T. Z.) Dem Agenten des kaiserlich russischen Handels- und Industrieministeriums für Südwest- und Süddeutschland in Frankfurt a. M. ist ein Telegramm von dem Direktor des kaiserlich russischen Handelsdepartements zugegangen, nach dem die im Auslande verbreiteten Gerüchte über ein angebliches Verbot oder eine Einschränkung der Fleischausfuhr aus Rußland jeder Begründung entbehre.

Eine Amnestie.

München, 30. Oktober. (B. T. Z.) Der Prinzregent begnadigte aus Anlaß seines Namensfestes eine Anzahl von zurzeit ihre Strafe verbüßenden Verurteilten. Die Begnadigten werden am 31. Oktober entlassen. Unter ihnen befinden sich zwei Gefangene, die zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden waren.

Brandkatastrophe in Texas.

New York, 30. Oktober. (B. T. Z.) Durch eine tiefe Feuersbrunst ist das römisch-katholische St. Johns Waisenhaus in San Antonio (Texas) vollständig zerstört worden. Fünf Schwestern, die in das brennende Gebäude drangen, um die noch in demselben befindlichen Kinder zu retten, sind verbrannt, unter ihnen die Vorsteherin des Waisenhauses Mary Koffler. Eine Schwester namens Mildare wurde von der Feuerwehre noch lebend aus dem Gebäude herausgeholt, doch hatte sie bereits tödliche Brandwunden erlitten. Das Waisenhaus selbst ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die Kinder konnten sämtlich gerettet werden.

Unruhen auf San Domingo.

Washington, 30. Oktober. (B. T. Z.) Angeichts der zunehmenden Unordnung auf San Domingo und der verheerendsten Straßenkämpfe in den äußeren Straßenvierteln von Puerto Plata, wobei Leben und Eigentum amerikanischer Bürger gefährdet sind, hat das Marine-department angeordnet, daß sofort zwei Kriegsschiffe dorthin abgehen sollten.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Berliner Wahlkampf.

Die Privatangestellten und die Sozialdemokratie.

Eine Versammlung mit diesem Thema hatten die Parteigenossen des ersten Wahlkreises am Dienstag nach Dräfels Saal in der Neuen Friedrichstraße einberufen. Der sehr gute Besuch der Versammlung gab Kunde von dem lebhaften Interesse, welches der Wahlkampf im ersten Kreise hervorruft. Als Referent fungierte Julian Worchardt. Er betonte, daß es sich im Wahlkampf nicht um die Person des Kandidaten handelt, sondern um die politischen Grundanschauungen, welche auf der einen Seite die fortschrittliche Volkspartei, auf der anderen Seite die Sozialdemokratie vertritt. Dann legte der Redner dar, daß sich die fortschrittliche Volkspartei zu den staatsferhaltenden Parteien rechnet und daß sie von den Privatangestellten erwartet, sie, als gebildete Männer könnten sich doch nicht auf die Seite der Sozialdemokratie stellen. Der Redner zeigte nun, wie der Staat beschaffen ist, den die fortschrittliche Volkspartei erhalten will. Es ist der kapitalistische Staat, in welchem mehr als die Hälfte der Einwohner ein Einkommen von weniger als 900 Mark haben und 94 Prozent Einkommen von weniger als 3000 Mark jährlich haben, während sich der Reichtum in wenigen Händen anhäuft. Auch die Privatangestellten gehören zum weitaus größten Teil zu denen, deren Einkommen nicht ausreicht, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Wenn man fragt, ob ein gebildeter Mann sich der Sozialdemokratie anschließen kann, so muß man auch fragen, ob ein gebildeter Mann für die Erhaltung eines solchen Staates sich entscheiden kann. Vor dem Zukunftsstaat, den die Sozialdemokratie „machen“ will, sucht man die Privatangestellten hänge zu machen. Kann denn ein gebildeter Mann annehmen, daß die Entwicklung bei den Verhältnissen, die wir heute haben, stehen bleibt? Die Entwicklung geht ihren Gang. Sie wird gegenwärtig durch die großen Geldmänner und Finanzmächte beeinflusst. Unter der Herrschaft dieser Mächte geht die Entwicklung dahin, daß Kapital auf Kapital, Profit auf Profit, Zins auf Zins gehäuft wird, und die soziale Folge dieser Kapitalanhäufung ist in immer weniger Händen ist die, daß die Zahl der selbständigen Existenzen abnimmt, während sich die Zahl der wirtschaftlich Abhängigen vermehrt. So kommen wir zu einer vollständigen Vermehrung der freien Persönlichkeit. Die größte Zahl der Privatangestellten sind bereits ebenso abhängig wie die Arbeiter. Wenn die Entwicklung in dieser Weise weiter geht, dann kommen wir zu den grauenhaften sozialen Konsequenzen des kapitalistischen Zukunftsstaates. Es fragt sich, was wir tun können, um diese schauerhaften Konsequenzen zu vermeiden und die Rechte der freien Persönlichkeit zu erhalten. Da gibt es nur eine Antwort: Wir müssen die wirtschaftlichen Vorteile dieser Entwicklung beibehalten, aber ihre sozialen Konsequenzen vermeiden, und dazu gibt es nur ein Mittel: die Enteignung der Kapitalisten im Interesse der Gesamtheit. Das ist das große Ziel der Sozialdemokratie, die durch die kapitalistische Entwicklung verloren gegangene Freiheit der Persönlichkeit zu retten und wieder zu gewinnen. In diesem großen Kampf mußte sich jeder Gebildete auf die Seite der Sozialdemokratie stellen.

Denselben Gedankengang vertrat Genosse Düwelle. Unter anderem zeigte er, daß die Privatangestellten, die früher Vertrauensleute der Unternehmer waren, heute in ihrer überproportionalen Mehrzahl nichts anderes sind als Arbeiter, die meistens nicht besser bezahlt, aber schlechter behandelt werden wie die industriellen Arbeiter. Auch die Angestellten werden, wenn sie ihre Kräfte im Dienste des Unternehmers verbraucht haben, einfach auf die Straße gesetzt. Die Ausübung des Koalitionsrechts wird ihnen unterlagert. Die Fabrikanten und Vandalen, welche den Angestellten das Koalitionsrecht verweigern, sind Anhänger des Freisinn. Die Konkurrenzklause, die diese Fessel für die Handelsgewerbetreibenden hält, die freisinnige Volkspartei für notwendig. Der Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei auf dem Handwerkskammertag hat den dort angenommenen reaktionären Forderungen ausdrücklich gestimmt. Die Befehlsbestimmung, welche die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen der Arbeiter und Angestellten, soweit es 8000 Mark nicht übersteigt,

der Steuerbehörde anzugeben, damit die niedrigsten Einkommen bis zum letzten Pfennig versteuert werden können, während die Leute mit höheren Einkommen einer solchen Kontrolle entzogen sind, verdanken wir dem Freisinn. Immer war der Freisinn dabei, wenn es galt, reaktionäre Taten zu verurteilen. Deshalb kann niemand, der für Freiheit und Fortschritt ist, der fortschrittlichen Volkspartei seine Stimme geben.

Die Ausführungen der Redner fanden allseitigen Beifall. Ein Ingenieur erklärte in der Diskussion, er sei kein Sozialdemokrat, aber den Ausführungen Worchardts über die wirtschaftliche Entwicklung stimme er zu, er erlaube auch alle Privatangestellten, dem sozialdemokratischen Kandidaten Düwelle ihre Stimme zu geben.

Die Partei der zweideutigen Politik!

Der Freisinn, als die ausgesprochene Vertretung des Börsen-, Bank- und Handelskapitals, sucht aller Welt Sand in die Augen zu streuen. Er spielt sich auf als Dulder des Koalitions- und Streikrechts und gibt seinen Segen dazu, daß die freisinnigen Fabrikanten und Bankdirektoren das Koalitionsrecht mit Füßen treten. Durch seinen Hansfubund und die ihm ergebenden Handelskammern fordert er sogar verschärften Schutz für streikbrecherische Dingebrüder. Die tollste Komödie spielt er in der Frage der Lebensmittelzölle. Den schutzgollbegeisterten Bauern gibt er sich als Anhänger der Schutzzöllerei, die Konsumenten dagegen sollen glauben, er kämpfe nach wie vor gegen Lebensmittelversteuerung. In Wirklichkeit treibt er mit dieser doppelgesichtigen Politik Stimmen- und Wählerfang. Auf diesen zweideutigen Wegen hat er sich bei dem Wahlkampf in Berlin 1. ertappen lassen und steht nun vor der ganzen Welt als politischer Heuchler, der nirgends Vertrauen verdient. Wie unwahr sein Verhalten in der Frage der Lebensmittelzölle ist, das hat der Abgeordnete Wiemer in der schon gestern glossierten Verteidigung des Rannheimer Schauffelpieles wider Willen gezeigt. Enttäuscht behauptet er, der Fortschritt sei nicht zur agrarischen Schutzpolitik abgelenkt. Kurz vorher aber sagte er auseinander, daß die Bildung einer Agrarkommission notwendig sei, um über die als schädlich zu erachtenden Wirkungen der Getreidezölle in den einzelnen Landesteilen und nach der Größe des landwirtschaftlichen Festes Erhebungen zu veranstalten und das Ergebnis bei den Vorarbeiten für das geplante ausführliche Agrarprogramm zu vertuteln. Wochardt hatte der Freisinn sich als unentwegter Freihändler gegeben. Nun aber einmal hält er es erst noch für notwendig, eine Agrarkommission zu bilden, die die Wirkungen der Getreidezölle untersuchen soll. Demnach hat der Freisinn bis dahin in unverantwortlicher, leichtfertiger Weise den Freihandel propagiert, um gegen die Agrarier hegen zu können, oder aber, die Einsetzung der Agrarkommission ist eine freche Komödie zu dem Zwecke, die Bauern für den in der Stadt allen Vertrauen baren Freisinn als Wähler einzufangen. Dem Freisinn mit der Politik der Zweideutigkeiten muß ganz eindeutig der Stuhl vor die Tür gesetzt werden.

Die Teuerung.

Agrarische Angebote.

Vom Nachrichtenamt des Magistrats Berlin erhalten wir folgende Zuschrift:

„Die Deutsche Tageszeitung“ verbreitet sich in ihren Ausgaben vom Montag, den 28. d. M. abends und Dienstag, den 29. d. M. morgens eingehend über Verhandlungen, welche zwischen dem pommerischen Viehwerterverband und der Stadt Berlin über die Lieferung von Schweinen angeknüpft sein sollen. Dem gegenüber muß zunächst festgestellt werden, daß Verhandlungen überhaupt nicht stattgefunden haben, sondern daß dem Magistrat lediglich ein Angebot des Verbandes vorliegt. Dieses Angebot wird man für die Stadt als zu ernsthafter Erwägung geeignet nicht bezeichnen können. Der Verband bietet nämlich der Stadt Berlin wöchentlich

1200 Schweine zum Preise von 66 M. für 100 Pfd. Lebendgewicht abzüglich 20 Proz. Tara frei Viehhofstrampe Berlin bei einem fünfjährigen Lieferungsvertrag an. Wenn man den Preis von 66 M. für 100 Pfd. Lebendgewicht für 100 Pfd. Schlachtgewicht umrechnet, so ergibt sich unter Hinzurechnung der auch für die Stadt Berlin durch den Weiterverkauf entstehenden Kosten, die mit 4,05 M. pro Zentner nicht zu hoch berechnet sind, ein Schlachtgewichtspreis von 68,30 M. Die Jahresdurchschnittspreise für fleischige Schweine haben in ganzen Zahlen für 100 Schlachtgewicht betragen:

Jahr M.	Jahr M.
1902 69	1907 55
1903 50	1908 56
1904 49	1909 72
1905 64	1910 66
1906 57	1911 57

289 = 57,80 rd. 58 M.
308 = 61,60 rd. 62 M.

Der Durchschnittspreis der letzten 10 Jahre beläuft sich demnach auf 59,70 oder rd. 60 Mark. Die Stadt Berlin soll also dem Verbands gegenüber sich auf eine Lieferung für fünf Jahre zu Preisen binden, welche den Durchschnitt aller Preise seit dem Jahre 1902 weit übersteigen und in diesem ganzen Zeitraum nur ein einziges Mal überholt worden sind. Bei Annahme des Angebotes würde die Mitwirkung der Stadt dazu dienen, die Fleischpreise zu verteuern, anstatt sie zu verbilligen. Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt in ihren Ausführungen selbst zu, daß die Durchschnittspreise für Schweine in den letzten 10 Jahren am Berliner Schlachthofmarkt niedriger gewesen seien, als der im Angebot normierte Preis. Sie meint dazu, daß die Preise in den letzten Jahren zu niedrig gewesen seien und hält es für notwendig, daß den Schweinezüchtern höhere Preise zugesichert würden, als diese in den letzten Jahren erhalten hätten. Hierbei mitzuwirken lehnt die Berliner Stadtverwaltung entschieden ab. Sie hält es nicht für ihre Aufgabe, das in ihrem Gemeindebereich anfallige Fleischnetzwerk wie den Zwischenhandel überhaupt auszuscheiden und dagegen den Produzenten höhere Preise zu verschaffen.

Die deutschen Fleischer in Warschau.

Das „Berliner Tageblatt“ teilte gestern mit, daß der Verband russischer Fleischer nach Berlin neuen Schwierigkeiten unterliege, da die dort weilenden deutschen Fleischergehilfen in den Streik eingetreten wären. Die Tatsache selbst wie auch die vermuteten Gründe sind falsch. Tatsächlich liegt folgendes zu Grunde: Nach Warschau waren acht Fleischergehilfen mitgegangen, um dort die Schlichtung zu überwachen. Sie sollten 100 M. Lohn pro Woche und außerdem noch „Viergeld“ (Prozente für Abfälle) erhalten. Es wurden ihnen aber nach einer Woche bloß 75 M. gezahlt und ein „Viergeld“ überhaupt nicht gewährt. Dennoch einigten sich die Fleischer mit dem Vermittler Kron. Ein anderer russischer Händler Silbermann hat nun billigere Arbeitskräfte besorgt. Die Berliner Fleischer wurden darauf regelrecht entlassen, und sind gestern in Berlin eingetroffen. Von einem Streik ist nie die Rede gewesen. Falsch ist auch die Nachricht, daß die deutschen Fleischer die Arbeit niedergelegt hätten, weil sie von den russischen bedroht worden wären. Durch einige jüdische Gesellen, die gebrochen deutsch sprachen, hatte sich vielmehr ein sehr freundliches Verhältnis zwischen den russischen und deutschen Fleischergehilfen gebildet. Von einer Konkurrenz der Berliner konnte um so weniger die Rede sein, als überhaupt nur acht deutsche Gesellen in Warschau tätig und auch sie hauptsächlich mit der Beanspruchung beim Verladen des Fleisches beschäftigt waren. Vermutlich hat der deutsche Händler die Notiz in bürgerliche Blätter lanziert.

Der Wille der Agrarier ist maßgebend.

Die Stadt Allenstein, eine große Garnisonstadt Ostpreußens, darf kein Fleisch aus Rußland einführen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte einen Antrag von 15 000 M. zur

Kleines feuilleton.

Was Konstantinopel vom Kriege hört. Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Ja, ihr in Konstantinopel, ihr habt jetzt immer die neuesten Meldungen über die Kriegslage aus erster Hand. Ihr seid nun am nächsten dabei! So klinge aus den Briefen der Freunde, die das ernste Wappenschild aus weiterer Ferne betrachten. O ja, wir sind am nächsten dabei! Und jeden Morgen, ehe wir an die Tagesarbeit gehen, bringt uns unser kleiner Türkenjunge, der natürlich selbst nicht einen Buchstaben lesen kann, den „Domanischen Lloyd“. Und wir lesen von den neuen Siegen und Marschen ins Feindesland hinein. Und bald nach Mittag laufen wir uns auf der Straße den „Stamboul“, der die französischen Interessen mit derselben Lebhaftigkeit vertritt, wie der „Lloyd“ die deutschen. Oder wir laufen den englischen „Levant Herald“ oder den französischen „Moniteur oriental“. Wer's lesen kann, nimmt auch wohl den „Tachydromos“ oder den „Amero-Lyptos“, eine der meistgelesenen griechischen Blätter. Seltenere sieht man einen Europäer, der die türkischen Schriftzeichen zu entziffern vermag. So bilden wir uns denn auf Grund der Zeitungslektüre, die hier sehr billig ist (eine Zeitung kostet immer 10 Para gleich 5 Centimes), unsere „Ansicht“ über den Verlauf des Krieges.

Dann aber kommt dreimal wöchentlich der rumänische Dampfer hier an, unsere einzige schnelle Verbindung mit Europa; und kaum liegt er am Kai, so springen schon die Abgesandten der fremdländischen Konsulate an Bord und eilen, mit großen Postkisten beladen, zu den Konsulaten. Dann bekommen wir auch die europäischen Zeitungen und lesen nun zu unserem größten Erstaunen, daß die anderen Staaten — nein, wirklich? Die haben auch von Siegen zu melden? Die Türken sind nicht Sieger auf der ganzen Linie? Sie sind noch nicht auf den Straßen Bulgariens? Ah so! Und wir lernen, daß wir unsere hiesigen Zeitungen mit etwas kritischen Dienen, mit ein klein wenig Skepsis und Vorsicht lesen müssen.

Es läßt sich nicht leugnen: die Türken haben von Anfang an mit einem Angriffskrieg gerechnet. Sie haben an einen schnellen Spatzenzug nach Sofia geglaubt. Und da legen die türkischen Zeitungen ein und berichten vom ersten Tage an und dann systematisch weiter vom Vormarsch der Türken. Und nur Siege gab es. Wenn alle Wollenerfolge, von denen die türkischen Blätter schon berichtet haben, wenn alle gesungenen und gefallenen Bulgaren, Serben, Montenegriner, wenn alle eroberten Geschütze, Munitionskisten, Bewehre usw. zusammengezählt würden, die Feinde hätten nach wenigen Kriegstagen schon nicht mehr viel übrig behalten. Und wie ein nach jeder Strophe wiederkehrender Refrain stand unweigerlich am Ende jeder Notiz über ein Zusammenreffen der Heere der Say: Der Feind wurde vollständig geschlagen und mußte die Flucht ergreifen. Aber eines Morgens steht im Morgenblatt die biggedruckte Ueberschrift: Die Kämpfe um Adrianopol. Adrianopol? Was Philippopol? Nein nicht Philippopol! Adrianopol ist aber doch türkisches Gebiet, gar nicht weit von Konstantinopel! Ganz richtig! Hätten wir nur besser verstanden, die Zeitungen zu lesen, wie man sie in Kriegszeiten lesen muß, dann wären wir nicht gar so überroft.

Die Ursachen des Krampfes. Es ist eine alte Volksanschauung, daß das Auftreten der Krampfkrankheit, die in manchen Gegenden, z. B. Steiermark, epidemisch ist, mit dem Trinkwasser zusammenhängt. Man hat deshalb das Wasser jener Landstriche auf seine chemische Zusammensetzung untersucht, um Anhaltspunkte dafür zu gewinnen, ob die troppige Entartung der Schildkröte durch einen Mangel eines wesentlichen Wasserbestandteiles verursacht wird. Neuerdings aber macht sich mehr die Anschauung geltend, daß man es hier mit einer durch einen Mikroorganismus hervorgerufenen Infektionskrankheit zu tun hat. Dieser soll seinerseits in gewissen Beziehungen zu den in jenen Gegenden vorkommenden Gesteinsarten stehen, so daß in der Tat auch die geologische Beschaffenheit des Bodens, die man bisher in letzter Linie für das Entstehen des Krampfes verantwortlich machte, einen Einfluß ausübt. Daß es sich aber um eine Infektion handelt, machen die Untersuchungen der Erlanger Professoren Schittenhelm und Wochardt in den Krampfgegenden Bayerns wahrscheinlich. Die Forscher haben zwar nicht den Bazillus der Krampfkrankheit entdeckt, allein es gelang ihnen, nachzuweisen, daß mit Krampfwasser behandelte Tiere in ihrem Wasserum Antikörper bildeten, die die von der Wasserarmen Reaktion bekannte Kongementation zeigten. Diese Erscheinung weist auf eine organische Ursache hin, sei es, daß es ein Bakterium oder ein Protozoon sei. — Im übrigen sind schon früher Beobachtungen gemacht worden, die ähnliche Schlüsse ziehen ließen. Durch tropfkranken Kretins wurden z. B. gesunde Hunde mit Kretinismus angesteht.

Theater.

Lessing-Theater. „Gabriel Schillings Flucht“ von Gerhart Hauptmann. Das Stück, für das Hauptmann die Motive dem Schicksal eines ihm in der Jugend befreundeten Künstlers entnahm, wurde schon vor einer Reihe von Jahren geschrieben. Ueber die Erstaufführung in dem kleinen Landstädtchen Theater im Sommer ist hier ausführlich berichtet. Damals hieß es, Hauptmann gebente sein Werk, bei dessen ganz intimen Charakter den großen öffentlichen Bühnen überhaupt nicht anzukommen. Nun ist es, wenige Monate später, in dem Dresdener und jetzt im Berliner Lessing-Theater, das alle anderen Dramen Hauptmanns aus der Taufe hob, erschienen. Das Publikum hat am Schluß demonstrativ applaudiert, doch war die Führung offenbar eine Dankbezeugung für Hauptmanns ganzes Schaffen, schwerlich Widerhall eines unmittelbar lebendigen Ereignisses.

Wohl leuchtet, namentlich in den zwei ersten Akten im Dialoge Worte von edler Hauptmannischer Gepräge auf, Wendungen, in denen Stimmung und Charakter der Personen zu tiefem, dem die Abstände des Hörers in mitschwingende Bewegung legenden Ausdruck gelangt. Das Liebesglück der beiden geliebten Menschenkinder, des schaffensfrohen fest auf sich selber stehenden Bildhauers und seiner starken, ihr Gefühl vor jeder eifersüchtigen Entartung haltenden Freundin; die Kraft, die ihnen auf einmalem Inselstrand vom Meere aufströmte; ihre Hilfsbereitschaft dem armen Freunde und verpflanzten Vater gegenüber, der sich in selbstgeschaffenen Fesseln windet — all das ist dichtend geschaut und festgehalten. Aber es kann doch nur ein Einzelflag im Gewebe sein, ein Moment in dem Gemälde, das das Schicksal Schillings und die Notwendigkeiten, aus denen es erwuchs, vor unserem Blick entfalten soll. Und hier in dem Entscheidenden verlagert das Werk. Merkwürdig ist, wie Hauptmann sich

verhehlen konnte, daß dieser Stoff dramatischer Formung widerstrebt. Der Jank der beiden Rivalinnen, der lamentierenden spießbürgerlichen Gattin und der strupellos brutalen russischen Jüdin am Krankenbett des Sterbenden, diese grausige Szene kann mit voller Wucht nur wirken, wenn sie als Schlüsselpunkt einer Entwicklung auftritt, die uns der Dichter zwingend mitzulerben läßt. Mit der Darstellung der Katastrophe zugleich die vielgliedrige Bergangshandlung, in der sie wurzelt, zu überzeugend klarer Anschauung zu bringen, dazu hätte es einer Jüdischen Kunst dramatisch konzentrierender Verdichtung bedurft, die Hauptmann nicht gegeben ist. Nur in dem freien nobelstilistischen Rahmen, der vom Zwang fortlaufender zeitlicher Einheits entbindet, hätte er die Aufgabe meistern können. In seinem Drama hört man vom Vergangenen nur erzählen, man sieht es nicht. Die Russin bleibt in einer vagen Unbestimmtheit, die unerklärlich läßt, wie sie diesem Menschen zum Verhängnis werden konnte. Alles was Gabriel dem Freunde über sie sagte, atmet Abscheu. Kalt weist er die aufdringliche Verfolgerin, die ihm nachgeschlichen, zurück, um sie dann eine Viertelstunde später plötzlich beraubt an seine Brust zu ziehen. Der Umschlag macht den Eindruck eines Zufalls, keines Schicksals. Das psychologische Interesse, das die Schilderung von Schillings seltsam zerrissenem Wesen am Anfang wahrhaftig verflüchtigt sich nach dieser Szene, die absolute Verne seiner Willenslosigkeit mit dem endlos wiederholten Selbstwörterchen fällt peinigend auf die Nerven. Und dabei redt und deutet Hauptmann die Situationen, um den Theaterabend auszufüllen.

Die Aufführung bot Treffliches. Ausgezeichnet traf Theodor Loos das unflät Flackernde, die Mischung von Eklisse, hoffnungsloser Depression und zynischer Ironie in Gabriel. Ebenbürtig fand Warrs gulerzige freundschaftlicher, erdenschwerer Bildhauer ihm als Partner zur Seite. Una Löffens Lucie strahlte in festlich seelenvollem Schönheitschimmer. Die kleine, nur mit ein paar Strichen angezeichnete Rolle der hysterischen Frau Schilling wurde von Mathilde Euffin mit graham Feingefühl ausgeführt; sie dämpfte den Eindruck des Abstoßenden durch Lebenszüge, die warmes Mitgefühl hervorriefen. Frau Durieux hatte die Russin zu einem Typus extremer tierischer Häßlichkeit stilisiert. Sie fesselte durch Eigenart, aber die Macht, die die Person im Stück über Gabriel ausübt, mußte so noch ungreiflicher erscheinen.

Horizen.

— Dichteraend. Im Charlottenburger Schilleraal findet am Sonntag ein Gerhart Hauptmann-Abend statt zur Feier des 80. Geburtstages des Dichters.

— Euripides im Circus. War schreibt uns aus Hamburg: Im Hamburger Circus Busch gollerte am Sonnabend und Sonntag das Ensemble des neuen, mit nicht allzu großem Glück ersetzten Berliner Schauspielhauses. Man spielte die Hippolyt-Tragödie des Euripides, der damit auch in die Reihe der glücklichen Autoren gerückt ist, die reis für den Circus geworden sind. Das Ergebnis war nicht sehr erfreulich. Vermochte schon die weitab von unserem modernen Empfinden liegende Tragödie des griechischen Klassikers nicht zu fesseln, so brachten Regie und Darstellung Enttäuschung und Mißstimmung. Das Ganze erwies sich als eine ziemlich plumpe und gedankenlose Reinhardt-Imitation mit unzulänglichen Mitteln.

Einfuhr russischen Schmelzeisens bewilligt. Dem Magistrat wurde jedoch die nachgesuchte Erlaubnis zur Einfuhr von Fleisch aus Russland nicht erteilt. Die Regierung erklärte dem Magistrat einfach, sie gebe das Gesuch an die Minister nicht weiter, da sie es nicht befürworten könnte! Man führt dieses Verhalten der Regierung auf den aus agrarischen Kreisen laut gewordenen Protest gegen die Fleischzufuhr zurück. Das ist geradezu unerhört, zumal in den ostpreussischen Städten die Fleischpreise genau so hoch sind, wie in den Großstädten.

Eine auffällige Bummellei.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Serne, die sich mit den von der Stadt ergriffenen Maßnahmen gegen die Teuerung befahte, teilte der Vorsitzende die kaum glaubliche Tatsache mit, daß trotz der Verordnung des Reichskanzlers bereits seit drei Wochen die Zoll- und Eisenbahnbeamten an der holländischen Grenze noch keine Anweisung über die Zoll- und Frachtermäßigung erhalten hätten. Die Stadt habe Zoll und Fracht voll bezahlen müssen.

Regierungshilfe für die Junker.

Der Landwirtschaftsminister lehnte den Antrag der Stadt Osnabrück auf Einfuhr holländischen Schlachtwiehs ab.

Aus der Partei.

Internationales Sozialistisches Bureau.

Am Schlusse der Sitzung vom Dienstag wurde mit allen Stimmen gegen die der tschecho-slavischen Delegation beschlossenen, die zentralistische tschechische Partei als Untersektion der tschechischen Sektion der Internationale anzuerkennen.

Ein Abtrünnige.

Wir lesen in der „Medlenburger Volkszeitung“: Paul Bröder, der jetzt eine Zeitschrift „Der Hamburger“ herausgibt, deren Verlag auch die Flugblätter des Hamburgischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie druckt, war einstmalig Sozialdemokrat, wenigstens behauptete er es zu sein, als er von der sozialdemokratischen Partei eine Stellung wünschte. In den neunstündigen Jahren hatte er für den „Wahren Jakob“ eine preisgedrönte Waisenerziehung geschrieben, und auf Empfehlung der Preisrichter, der Genossen August Bebel, Clara Zetkin und Franz Mehring wurde er Redakteur am „Hamburger Volksblatt“. Als er dort fürs Arbeiten nicht zu gebrauchen war und mehrere Monate sein Gehalt ohne Gegenleistung eingezahlt hatte, wurde ihm gekündigt. Wieder auf Empfehlung der genannten Genossen kam er dann an unser Solinger Parteiblatt. Doch auch hier dauerte die Herrlichkeit nicht lange. Er kam in Wrist mit seinem Kollegen, indem er es schließlich sogar zu einer Handlung brachte, die einer Denunziation des Kollegen und Parteigenossen bei der Polizei mindestens sehr ähnlich sah. Daß damit auch seine Solinger Laufbahn ein Ende nahm, ist selbstverständlich. Aber er hatte den Geschmack, doch noch drei Monate sein Gehalt von der sozialdemokratischen Partei entgegenzunehmen, ohne etwas dafür zu leisten. Als weitere Versuche, in der sozialdemokratischen Partei und ihren Instituten und Organen Geld zu verdienen, fehlgeschlagen, wandte er sich der bürgerlichen Journalistik zu, freilich einem durchaus unpolitischen Genre, das ihn mit seiner ehemaligen Parteigezogenheit nicht in Konflikt brachte. Aber der Mensch wußte mit seinen höheren Zwecken. Jetzt hat er in Hamburg sein Herz ganz entdeckt. Und er haut mit Karsten Brand, Günther, Thomas Hübbe und Konsorten auf den dortigen Jugendschriften-Ausschuh wegen dessen angeblich vaterlandslöser Bestrebungen los. Und wörtlich sagt der Sozialdemokrat: „Wir wollen gerade Bestoff für unsere Jugend, der die Erziehung zur vaterländischen Bestimmung tendenziös anstrebt.“

Gemeinderatswählerfolge in Baden.

In der industriellen Gemeinde Kirchheim bei Heidelberg eroberte die Sozialdemokratie bei den Bürgerauswahlgewahlen, die nach dem Dreiklassenproporz stattfinden, 21 Mandate, die Nationalliberalen ebenfalls 21, die Bürgervereine (Konservative und Zentrum) 18, die Fortschrittler 5. In der dritten Klasse erhielt die Sozialdemokratie 226 von 367 Stimmen. In der zweiten Klasse eroberte unsere Partei sechs Sitze.

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Breßprozeß.

Zu 50 M. Geldstrafe wurde vom Schöffengericht in Hof i. W. der verantwortliche Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, der Genosse Seidel, verurteilt, weil die „Oberfränkische Volkszeitung“ in einem Bericht über die Entlassung eines Arbeiters in der Spinnerei und Weberei zu Schwarzengrub a. S. den Ausdruck gebraucht hatte, die Entlassung sei „in wenig humaner Weise“ erfolgt. Dem Angeklagten wurde der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches versagt, obwohl das Landgericht Hof im Mai 1911 in einem ähnlichen Falle dem Redakteur des lokalen Teiles der Arbeiterpresse das Recht zugestanden hatte, Mißstände in der Behandlung von Arbeitern in Hoyer Betrieben zur Wahrung der Interessen der Arbeiter in der Zeitung zu besprechen und zu kritisieren.

Soziales.

Der erprobte Ausgleichsverder.

Es kommt leider immer noch recht häufig vor, daß Arbeitgeber bei sofortiger Entlassung eines Schöpfen die Auszahlung des verdienten Gehaltes vom dem Unterzeichneten eines Ausgleichsverweres abhängig machen. Eine derartige Abhängigkeit einer Ausgleichsquote kennzeichnet das Landgericht Leipzig in einem Urteil in der Berufung entschiedenen Urteil als eine „unberechtigter Drohung“, da der Prinzipal kein Recht hat, eine Verzichtserklärung zu verlangen. Die betreffende Firma, gegen die sich die Klage richtete, hatte einen Arbeiter sofort entlassen, und ihm bei der Entlassung erklärt, sie würde ihm den Restlohn von 38 M. nur zahlen, wenn er sich mit allen Ansprüchen für abgefunden erklärt. Wollte er das nicht, dann ließe sie es auf eine Klage ankommen.

Das Landgericht sprach dem Kläger trotz des erteilten Ausgleichsverweres den Lohn bis Ablauf der Kündigungsfrist zu, und zwar mit folgender Begründung: Der Kläger hat diese Verzichtserklärung mit Erfolg aus § 123/124 angefochten. Unstreitig hat die Beklagte die Auszahlung des verdienten Lohnes von der Abgabe der Verzichtserklärung abhängig gemacht. Darin aber liegt die Inanspruchnahme eines Urteils gegenüber dem Kläger, die wohl geeignet war, ihn zur Abgabe der geforderten Verzichtserklärung zu veranlassen. Bei Verweigerung der Unterschrift mußte er befürchten, auf Auszahlung seines verdienten Lohnes länger zu warten oder ihn gar erst im Klagewege einfordern zu müssen. Daß die Drohung für den Kläger tatsächlich bestimmend war, zu unterzeichnen, ist angesichts der Tatsache, daß er seinen Lohn zum Lebensunterhalt nötig brauchte und als gewerblicher Arbeiter andere Mittel zur christlichen Lebensführung offenbar nicht besaß, außer Zweifel.

Es wäre zu wünschen, daß Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die noch oft der „Ausgleichsquote“ entscheidenden Wert beilegen, ihre Rechtsprechung revidieren. Ein Arbeitgeber hat ein

Recht auf eine Quittung über die geleistete Zahlung, aber nicht auf eine Generalquittung oder Ausgleichsquote. Wird eine solche dennoch verlangt, so spricht die Vermutung dafür, daß sie dem Arbeiter durch Drohung widerrechtlich abgenötigt ist, auch wenn nicht ausdrücklich mit Nichtzahlung des verdienten Lohnes für den Fall gedroht ist, daß die Unterschrift nicht geleistet werde. Wiederholte haben wir Urteile auch aus den hiesigen Gerichten als irrig bezeichnet, die den Kläger mit seinem Anspruch auf Zahlung mit Rücksicht auf die „Ausgleichsquote“ abwiesen.

Glücksbilder aus dem Klassenkauf.

Vor dem sächsischen Oberverwaltungsgericht in Dresden schwebt zurzeit ein Prozeß, der auf das heutige System der Armenpflege ein großes Streiflicht wirft. Die Frau des Invalidenrentenempfängers J. in Freiberg nahm die im September 1897 geborene Elise T. (ihre Nichte) etwa vier Monate nach der Geburt zu sich und zog das Kind groß. In der ersten Zeit zahlte der Vater des Kindes einen kleinen Erziehungsbeitrag, der aber bald wegfiel. Trotzdem und obwohl die Pflegeeltern selbst in dürftigen Verhältnissen lebten, sorgten sie für das Kind weiter, ohne fremde Unterstützung zu beanspruchen. Das ging bis zum Jahre 1910, da wurde der Pflegevater invalide und konnte nunmehr natürlich von seiner künftigen Rente nicht noch das Kind unterhalten. Der Stadtrat gewährte vom 1. März ein Pflegegeld von 80 M. jährlich, verlangte aber vom Landarmenverband, als dem endgültig zur Fürsorge Verpflichteten, Ersatz, jedoch nicht den tatsächlichen Aufwand, sondern nach Höhe des 1878 er Tarifs (täglich 40 Pf.). Auf diese Weise würde also der Stadtrat mit seiner Armenfürsorge ein glänzendes Geschäft machen; während er die Pflegeeltern mit einer Unterstützung von 80 M. abweist, würde er 144 M. in die Tasche stecken, also ein Plus von jährlich 64 M. machen. Man kann es deshalb begreifen, daß der Landarmenverband nur den tatsächlichen Aufwand erstattete und sich wegen der Mehrforderung verklagen ließ. Die Kreishauptmannschaft wies Freiberg mit seiner Klage ab, weil die 80 M. auf keinen Fall zur vollen Verpflegung des Kindes ausreichten (nur in diesem Falle würde nach dem Tarif Ersatz zu leisten sein), sondern nur als Erziehungsbeihilfe angesehen werden könnten.

Auf die Berufung des Stadtrats zu Freiberg hörte das Oberverwaltungsgericht die Pflegemutter als Zeugin, die natürlich bestätigten mußte, daß man von 80 M. nicht ein 13-jähriges Kind kleiden und sattfüttern, daß man mindestens noch 100 M. mehr rechnen könne. Der Vertreter des Ortsarmenverbandes, Bürgermeister Dr. Raabe, behauptete demgegenüber steif und fest, daß mit 80 M. sehr wohl das zum Lebensunterhalte eines Kindes unbedingt Notwendige beschafft werden könne. 70 Pf. täglich für den Unterhalt eines Kindes (sowie hatte die Pflegemutter in Anrechnung gebracht), sei viel zu hoch gegriffen. Im Waisenhause würden pro Kopf und Tag nur 20 Pf. berechnet, und da gebe es sogar viel Fleisch und Butter. Die öffentliche Armenpflege dürfe nicht über denjenigen Betrag hinausgehen, den die ärmsten der armen Familien für ihre Kinder aufzubringen vermögen. In Freiberg gäbe es zahlreiche Arbeiterfamilien mit sechs Kindern und mehr und mit nur einem Einkommen von 900 bis 1000 M., die also noch nicht einmal 80 M. für ein Kind auswenden könnten. Wäre also nicht mit 80 M. auszukommen, müßte die Mehrzahl dieser Familien der Stadt zur Last fallen. Es gäbe auch immer Leute, die bereit seien, für 80 M. ein Kind in Pflege zu nehmen. Wer nicht mit 80 M. zufrieden sei, besomme eben kein Pflind. Der Bürgermeister erbot sich, eine Anzahl Freiburger Arbeiterfamilien namhaft zu machen, die sich in den geschilderten traurigen Verhältnissen befinden.

Das Oberverwaltungsgericht ging auf diesen Beweisanspruch ein und so wurden im neuen Termin drei der bezeichneten Familienväter als Zeugen vernommen. Der Bergarbeiter Sch. hat noch acht schulpflichtige Kinder zu sorgen; er arbeitet auf der königlichen Grube Himmelsfahrt und erzielt bei zehnstündiger Schicht einen Tageslohn von 3 M., was einem Jahresarbeitsverdienst von 840 M. entspricht. Im Jahre 1911 habe er das aber noch gar nicht einmal gehabt, da 131 Krankheitsstage abgingen. Sein Einkommen stellte sich mit der Krankenunterstützung auf rund 700 M., das zum Lebensunterhalt einer zehnköpfigen Familie (zwei Erwachsene, acht Kinder) ausreichen mußte. Die Frau kann bei der großen Zahl der Kinder selbstredend nichts mitverdienen. Für Miete zahlt der Mann 60 M. jährlich. Was das für ein Loch von Wohnung sein mag, in der zu vegetieren zehn Menschen verurteilt sind, kann man sich vorstellen. Auf die verwunderliche Frage eines Richters, wie es denn überhaupt möglich sei, mit einem solchen kleinen Einkommen bei den vielen Kindern durchzukommen, antwortete der Zeuge: „Unsere Nahrung besteht hauptsächlich in Kartoffeln, Oering und Leinöl; Fleisch und Butter kommt gar nicht auf den Tisch.“ Nicht besser liegen die Verhältnisse bei den beiden anderen Zeugen, von denen einer als Schuhmacher wöchentlich 16 bis 18 M. verdient und für neun schulpflichtige Kinder zu sorgen hat, und der andere, der Zigarrensortierer ist, einen Jahresarbeitsverdienst von 736 M. erzielt; er hat ebenfalls neun Kinder im Alter bis zu 14 Jahren. Als das Gericht einen der Zeugen über seine Wohnungsverhältnisse näher befragen wollte, bat er, davon abzusehen, das sei ihm unangenehm; er gab aber zu, daß Betten in der Familie überhaupt nicht existieren.

Das Beweisergebnis war also ein Triumph für den Bürgermeister. Eine andere Frage ist es allerdings, ob sich nicht eine Behörde genieren sollte, auf solche skandalösen Zustände Bezug zu nehmen, um in der Genüßung von Erziehungsgeldern zeigen zu können. Der Vertreter von Freiberg blieb dabei, daß mit 80 M. das schlechterdings zum Lebensunterhalt eines Kindes Unentbehrliche zu beschaffen sei. Es wäre volkswirtschaftlich und erzieherisch ein großer Fehler, wenn die Pflegeeltern besser gestellt würden als die Leute, die sich ohne fremde Hilfe durchs Leben schlagen. Man würde dann die ganze Arbeiterbevölkerung auf den Hals bekommen.

Für das Oberverwaltungsgericht scheint der vorliegende Streitfall eine harte Nut zu sein: es konnte sich noch zu keiner Entscheidung durchbringen, setzte diese vielmehr aus.

Gerichts-Zeitung.

Majeität Arbeitswillige.

Der Spandauer Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Richter, hatte sich wieder vor dem Landgericht wegen angeblicher Verletzung des Arbeitswilligen Böhld aus Spandau, Seeburger Straße, zu verantworten.

Die Anklage legte ursprünglich dem Angeklagten zur Last, Anfang September 1910, zur Zeit des Klempnerstreiks, auf einem Neubau Rohrleger durch Ehrverletzung an der Teilnahme zum Streik zu bewegen versucht zu haben. Rohrleger Böhld, ein Mitglied des katholischen Gesellenvereins, auf dessen Verreiben die Anklage zustande gekommen ist, soll von Richter beleidigt worden sein. Genosse Richter stellte unter Beweis, daß er vom Postler Galinowski die Erlaubnis zum Verreiben des Baus erhalten hatte und nach Verreiben des Baus, um einen Auftrag des Berliner Verwaltungsausschusses, nur erklärt hatte: „Alle, die hier arbeiten, sind Arbeitswillige.“ Die Beweisführung drehte sich hauptsächlich darum,

ob das Wort Arbeitswillige vom Genossen Richter in hämischer Weise gebraucht worden ist.

Vom Spandauer Schöffengericht war Genosse Richter in dieser Sache am 4. Februar 1911 wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Strafkammer hatte seinerzeit das Urteil bestätigt. Auf eingelegte Revision hob das Kammergericht das Urteil auf, weil keine Richtigungsverfügung vorlag und wies die Strafsache an das Landgericht zurück.

Die jetzige Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III endete abermals mit der Beurteilung des Genossen Richter zu 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht nahm nur formelle Beleidigung als vorliegend an und warf demnach die exorbitant hohe Strafe aus.

Der Verurteilte hat auch gegen dies Urteil durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, Revision eingelegt.

Aus der Frauenbewegung.

Der verweigerter päpstliche Segen.

Der katholische Frauenbund, der vom 13. bis 16. Oktober in Strahburg seine 5. Generalversammlung abhielt, hatte den Papst antelegraphiert und seinen Segen erbeten. Die Antwort darauf war nicht der erbetene Segen, sondern ein kühlendes Telegramm des römischen Kardinal-Staatssekretärs, daß der Heilige Vater den Ausdruck kindlicher Ergebenheit genehmige und dafür danken lasse.

Weßhalb die katholischen Frauen auf den päpstlichen Segen verzichteten, verrät Lenore in Opperdorschs „Wahrheit und Klarheit“, indem sie fragt, ob die Frauen denn geglaubt hätten, „der Apostolische Stuhl“ sei über jene Bestrebungen innerhalb des katholischen Frauenbundes nicht orientiert, die darauf abzielen, die päpstlichen Weisungen unwirksam zu machen? Dann hat hoffentlich das Telegramm des Kardinal-Staatssekretärs die nötige Aufklärung gebracht.

Lenore findet die Verweigerung des Segens selbstverständlich. Die Leitung des katholischen Frauenbundes betätige sich in der Gewerkschaftsfrage in striktem Gegensatz zu den Weisungen des Apostolischen Stuhls, indem sie für die christlichen Gewerkschaften einsetze. Auch gegen die Freimaurer habe der Bund keine entscheidende Stellung eingenommen, aus Angst, daß dann dieser „Leider so mächtiger und in allen Kreisen vertretenen Organisation“ vielleicht mehr Anhänger in Deutschland erwüchsen, als das heute der Fall sei.

Aus dieser Segensverweigerung darf man wohl schließen, daß der Papst keine Courage hat, in den betreffenden Fragen entscheidende Schritte zu tun, daß er aber doch den unböhmischen Kindern seine Unzufriedenheit ausdrücken will.

Sozialdemokratie und Lehrerinnen.

Es ist gewiß eine interessante Erscheinung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, daß bürgerliche Kreise, die sonst der Sozialdemokratie gleichgültig oder direkt feindselig gegenüberstehen, nun in ihr ihren Retter erblicken und ihr deshalb öffentlich Dankbarkeit und Anerkennung bezeugen müssen. Das ist jetzt geschehen im Kanton Zürich von den Lehrerinnen, deren Lebensinteressen in der Volksabstimmung vom 20. September nur durch das totrückige Eintreten der sozialdemokratischen Partei für sie gerettet wurden. Denn ohne die schweizerische Sozialdemokratie wäre das Lehrerinnenkollegiat nicht abgelehnt worden. Zu der sozialdemokratischen Rettung der verheirateten Lehrerin schreibt die „Schweizerische Lehrerinnen-Zeitung“ u. a.: „Am den Versammlungen den Besuch der Stimmberechtigten zu sichern, suchten wir die Hilfe einflussreicher Referenten. Nachdem die Versammlungsorte bestimmt waren, gelangten wir an die politischen Ortsvereinigungen, um sie zur Mitunterzeichnung des Einladungsinwertes zu gewinnen.“ Wir fanden auch hier freundliches Entgegenkommen bei der Arbeiterpartei, hiesige Adressierung bei den bürgerlichen Vereinen. Wenn auch die Versammlungen nicht überall sehr zahlreich besucht waren, so gelang es doch den überzeugenden Gründen der Referenten, die wählungsstrahlige Weisung zu widerlegen. Wir sind auch in unserer besonderen Propaganda wieder fast ausschließlich von Referenten der sozialdemokratischen Partei unterstützt worden. Wir haben bei dieser Gelegenheit erfahren, daß die sozialdemokratische Partei mit einer ihrer Programmforderungen, der Gleichstellung von Mann und Frau, wirklich Ernst macht.“ — Von der angestrichelten Scheidung der deutschen Lehrer und Lehrerinnen von der Sozialdemokratie scheidet diese Haltung wohlwollend ab.

Die bürgerlichen Frauenvereine haben in dieser Kampagne mit ihrer bürgerlichen Politik geradezu Bankrott gemacht. Die Männer dieser bürgerlichen Frauen im Kantonsrat, in der Regierung, in den bürgerlichen Parteien, ihren Vereinen und Zeitungen haben sie im Kampfe für die Gleichberechtigung beider Geschlechter schmächtig im Stiche gelassen. Arbeiter, Sozialdemokraten waren es, die die von bürgerlichen Frauen einberufenen Versammlungen füllten, und Sozialdemokraten waren es, die referierten und die ausstimmende Diskussion führten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute, Donnerstag, 19 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Diskussionsabend über den Vortrag: „Die Frau und die Qualitätsarbeit“. Referenten sind anwesend. Montag, den 4. November, 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße Nr. 96/97, Vortrag: „Die Fabrikarbeit der verheirateten Frau.“ Referentin: Luise Bieh. Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

Versammlungen.

Zigarbeiterverband. Eine Branchenversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Zigarettenindustrie beschäftigte sich nach einem instruktiven Referat des Reichstagsabgeordneten Alwin Kärfen über: „Die Bedeutung des Arbeitsnachweises“ mit der beendeten Lohnbewegung in der Zigarettenfabrik „Manoli“.

Strunow schilderte den Verlauf derselben. Die Zigarettenarbeiter der Firma hatten für einige niedrig entlohnte Sorten Lohnforderungen gestellt, ebenso verlangten sie eine Verkürzung der bisherigen Arbeitereinstellung. Durch Verhandlungen mit der Firma sind ein Teil der Forderungen bewilligt worden. Mit den gemachten Zugeständnissen beschäftigten sich die in Frage kommenden Arbeiter obiger Firma in einer Werkstattbesprechung und erklärten sich mit den Zugeständnissen einverstanden. Tschuschner ging auf die Mißstände in der Zigarettenfabrik Garbathy in Panitzsch ein. Die Lohnverhältnisse für die Zigarettenarbeiter wären bei der Firma für einen großen Teil Arbeiter schlechter als in größeren Fabriken. Die Hilfsarbeiterinnen erhalten wahre Hungerlöhne. Auf die Ausnutzung jugendlicher Arbeitskräfte richtete die Firma ihr besonderes Augenmerk. Im Frühjahr und Herbst, wenn die Schule ein Teil Arbeitskräfte entläßt, sucht die Firma in den Zeitungen Arbeiterinnen für dauernde Beschäftigung und zu gutem Lohn. Der gute Lohn beträgt 6,50 M. und 7,50 M. pro Woche. In anderen Zigarettenfabriken wird für dieselbe Arbeit ein Anfangslohn von 11 M. und 12 M. gezahlt. Diese jungen Mädchen unter 16 Jahren haben entgegen den Bestimmungen der Gewerbeordnung keine Frühstück- und Vesperpause. Es ist ihnen aus strengster Verbote, ihren Hunger während der Arbeitszeit zu befriedigen. Die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen läßt in diesem Betriebe alles zu wünschen übrig. Der Geschäftsführer Herr Jung e kommandiert im Kassenkonten. Für geringe Versehen werden Zigarettenarbeiter auf Tage hinaus ausgesperrt. Zu Hause können sie über das Wohlwollen der Firma nachdenken. Solch hohe Löhne zahlt die Firma wirklich nicht, daß ihre Arbeiter es sich erlauben können, tagelang zu feiern. Nur durch die Organisation werden bessere Verhältnisse auch bei dieser Firma Platz greifen.

Heute

verkaufen wir

Seefische

zu nachfolgenden Preisen:

Schellfisch pro Pfd. 24 Pf.	Seelachs ohne Kopf pro Pfd. 26 Pf.
Kabliau (ohne Kopf) 22	Goldbarsch 22
Schollen 22	Farbenzungen 24

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 22/26.

Der Vorstand.

107/112

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Zeitungs-Ausgabe bestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Hilbert Hahnisch, Adlerstr. 174, am Koppenplatz.
 2. Wahlkreis: W.: Gust. Schmidt, Kirchb. 14, hochparterre. S. und SW.: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72.
 3. Wahlkreis: St. Fritz, Brinowstr. 31, Hof rechts part.
 4. Wahlkreis: Osten: Robert Engel, Or. Franzfurterstr. 120. — Richard Hagedorn, Peterburgerplatz 4 (Baden).
 5. Wahlkreis: Südosten: Carl Böhm, Laufferplatz 14/15.
 6. Wahlkreis: See- u. Ost: Immanuelstr. 12 (Ost).
 7. Wahlkreis: West: Karl Hinder, Salzweberstr. 8.
 Wedding: J. Hühlich, Nagersdörferstr. 49.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Kleinbergstr. 67, Baden.
 Gesundbrunnen: Fischer, Gellertstr. 6, Baden.
 Schönhauser Vorstadt: Carl Ratz, Gneisenaustr. 27.
 Adlershof: Carl Schwarze, Bismarckstr. 50.
 Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.
 Raumschulenweg: D. Hornig, Marienb. 13, I.
 Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch: Heinrich Grobe, Wäldchenstr. 5, Baden.
 Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst: Alois Paul, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
 Charlottenburg: Gustav Schanzberg, Felsenheimerstr. 1.
 Eichwalde, Schmöckwitz: Döster Rühle, Stubenrauchstr. 90.
 Erkner, Neu-Zittau: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
 Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: E. Döselbarth, Petershagen.
 Friedmann, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: D. Bernier, Kienstr. 5 in Steglitz.
 Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl. Schönebeck: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.
 Grünau: Franz Klein, Friedr. 10.
 Johannisthal, Rudow: Friede, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
 Karlshorst: Richard Küler, Möbestr. 9, II.
 Königs-Wusterhausen, Wildau: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 11.
 Köpenick: Emil Wähler, Riegestr. 6, Baden.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Marienbergstr. 1 (Baden).
 Mahlsdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: G. Hegberg, Rausdorf, Reinhardtstr. 17.
 Mariendorf: August Leip, Chaussee 296, Hof.
 Marienfelde: Emil Weiser, Berliner Str. 114 II.
 Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Leh, Wolterstraße.
 Neukölln: W. Heintze, Redaust. 2, im Laden; Neukölln, Br. 114 II, Siegfriedstr. 28/29.
 Nieder-Lehme: Karl Freitag.
 Nieder-Schöneweide: Wilhelm Urrub, Brückenstr. 10, II.
 Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedr. 7.
 Ober-Schöneweide: Alfred Sauer, Wilhelmstr. 17, II.
 Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: R. H. H. H., Wäldchenstr. 30.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmruh und Schönholz: H. Gursch, Brodowstr. 66, Baden.
 Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: H. Rosenkrantz, Vill. Boxhagen 66.
 Schenkendorf & Königs-Wusterhausen: Chr. Pantzsch, Dorfstr. 10.
 Schönberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
 Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Stöppen, Breiterstr. 64.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Riehn, Vorkamp, Mühlstr. 10.
 Teltow: Wilhelm Sauer, Teltow, Berliner Str. 16.
 Tempelhof: Joh. Krohn, Bernstr. 62.
 Treptow: Joh. Gramenz, Steinhilfstr. 412, Baden.
 Weißensee, Heinersdorf: R. H. H. H., Sedanstr. 105, part.
 Wilmsdorf, Halensee, Schmöckwitz: Paul Schubert, Bismarckstr. 27.
 Zehlendorf, Biersdorf: Ernst Küllig, Zehlendorf, Biersdorfer Str. 14.
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wünschenswerten Werke werden geliefert.

Den Vorwärts-Lesern gewähre Rabatt.

Wundervoll gestickte ab-gepaßte **Portièren** (Uebergardinen für Fenster und Türen) in Qualität H. pro Fenster:
 Filztuch 3,35 bis 10,50
 Naturleinen 2,85 bis 20,00
 Velvetplüsch 8,85 bis 75,00
 Persisch (doppelt-seitig) 6,75 bis 36,00
 Kochelleinen 6,75 bis 60,00
 Pa. reinw. Tuch 16,50 bis 150,00
 Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre
 Berlin S. Seit 1882 nur **Oranienstr. 158**
 Unterhalte nirgends Filialen!
 Der neue Katalog mit bunten Teppichmustern 750 Abbildungen gratis u. fr.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41**, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Strebsamer Gärtner
 sucht auf 4 Morgen Gärtnereiland in zukaufsfähiger Lage an erster Stelle 3000 Mk. zu 5 Proz. Näheres **Otto Trentepohl, Stolzenhagen** bei Klosterfelde Kreis Nieder-Barnim.

Spezialarzt
 f. Haut, Garm, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weinfrauke jeder Art. **Chrich Gata-Kuren** u. Co. Konz. Laborat. f. Blut-untersuchung. Baden i. Garm usw. **Dr. Homeyer** Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum. Sp. 10-2, 5-8, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Teure Zeiten: Billige Suppen.

Immer größer wird die Zahl der Hausfrauen, die bei den teureren Fleischpreisen regelmäßig Knorr-Suppenwürfel verwenden, aber noch mehr Hausfrauen gibt es, die diese für jeden Haushalt nützlichen und praktischen Suppen noch gar nicht kennen. Warum? Weil viele glauben, der Fabrikant könne unmöglich für 10 Pf. 3 Teller gute Suppe liefern. Und doch ist es so. Warum kann Knorr für wenige Pfennige so viel bieten? Weil in dem großen Fabrikbetrieb alle Vorteile des Einkaufes, der Herstellungsweise und des Betriebes sich vereinigen, so daß jeder, der für 10 Pf. einen Knorr-Suppenwürfel kauft, aus allen diesen Vorteilen Nutzen zieht.

Interessantes über Knorr's Fabrikbetrieb.

Knorr hat eigene Mühle
 Sorgfältig ausgesuchte Rohmaterialien, wie Erbsen, Grünkern, Reis, Gerste usw., werden in großen Mengen gekauft und vermittelt moderner Maschinen nach bewährten, in annähernd 40-jähriger Praxis erprobten Methoden zu Mehl verarbeitet, das für die Suppenwürfel gebraucht wird.

Knorr hat eigene Dörrgemüse-Fabrik
 Ein wesentlicher Bestandteil der Knorr-Suppenwürfel sind getrocknete Gemüse aller Art. Viele Tausende Zentner Karotten, Birsing, Weißkraut, Blumenkohl, Lauch, Zwiebeln usw. werden in der Knorr-Gemüsefabrik getrocknet, um dann für die Knorr-Suppenwürfel Verwendung zu finden.

Knorr hat eigene Eier-Nudelfabrik
 Neben der größten Makaronifabrik Deutschlands besitzt Knorr eine sehr große Eier-Nudelfabrik, in der all die Eierfadennudeln, Eierriebele, Eierstangen usw. hergestellt werden, die man für die Suppenwürfel-Fabrikation braucht.

Knorr hat eigene Würze-Fabrik
 Um den Suppen einen würzigen Fleischbrühe-Geschmack zu geben, werden den Suppenwürfeln verschiedene Arten von Würze beigegeben, die nach eigenem Verfahren in der Knorr-Würzefabrik erzeugt werden.

Kraft-Zentrale
 Einen Begriff von der Größe der Fabrikeinrichtung bekommt man, wenn man hört, daß in der Fabrik von Knorr, Neißebrom, 2 Dampfmaschinen und 1 Dampfmaschine mit zusammen über 2800 Pferdekraften arbeiten, um die vielen Maschinen in Betrieb zu setzen, die in dem weitverzweigten Betrieb notwendig sind.

45 Sorten Knorr-Suppenwürfel
 Knorr macht 45 verschiedene Sorten Suppenwürfel. Jede Sorte hat ihren Eigengeschmack, jede Suppe ist wohlschmeckend, kräftig und nahrhaft. 30 Sorten Suppenwürfel werden à 10 Pf. 6 „ pikante „ „ à 15 „ verkauft und sind in jedem besseren Geschäft erhältlich. Jeder Suppenwürfel genügt für 3 Teller Suppe.

Kochanweisung
Knorr-Suppenwürfel
 Die in den Suppenwürfeln enthaltene Masse wird zerbröckelt, mit etwas kaltem Wasser angerührt und dann mit ¼ Liter Wasser 15 bis 20 Minuten langsam gekocht; weder Gewürz noch Fleischbrühe noch sonst etwas soll zugegeben werden, die Suppe enthält alles, was zu einer kräftigen Fleischbrühsuppe nötig ist.

Bitte, machen Sie einen Versuch und verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann ausdrücklich einen **Knorr-Suppenwürfel** er ist der beste!

Neue Sorten: Blumenkohl, Frankfurter, Pariser, Spargel-Suppe 1 Würfel 3 Teller 10 Pf. Feine Julienne-Suppe 1 Würfel 3 Teller 15 Pf.

Möbel-Lechner
 Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar
 Am Rosenthaler Platz **Brunnenstr. 7** Am Rosenthaler Platz

Eröffne am 1. November cr. ein zweites Geschäft
 Ecke Fennstraße **Müllerstr. 174** Ecke Fennstraße

Liefere nach wie vor mit bequemster An- u. Abzahlung **Größte Kulanz**

Ein guter Rat in teurerer Zeit.

Ohne teures Fleisch kann die Hausfrau wohlgeschmeckende, nahrhafte Suppen herstellen, wenn sie die bekannten Maggis Suppenwürfel zu 10 Pfg. für 2-3 Teller kauft. Maggis Suppen stehen den besten mit Fleischbrühe zubereiteten Suppen in nichts nach. — Mehr als 40 Sorten. — Beim Einkauf achte man aber auf den Namen Maggi und die Schutzmarke „Kreuzstern“.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 31. Oktober 1912.

Schiller-Theater O. Schiller, Charlottenburg. 8 1/2 Uhr: **Der Talsman.**

Schlager-Theater. Schiller, Charlottenburg. 8 1/2 Uhr: **Der Talsman.**

Ag. Opernhaus, Lammhauer. Königl. Schauspielhaus. Der große König. **Römisches Kaiserreich.**

Königsgräber Straße. Herodes und Mariamne.

Sitzes Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Zirkus Busch. Gala-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Anfang 8 Uhr: **Konstruktions-Ingenieur K. Rehner.**

Feeling. Gabriel Schöningh. **Nummerierte.** Mein Freund Teddy.

Schlager-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Flachsman als Erzieher.**

Berliner Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Residenz-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Deutsches Schauspielhaus. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Berliner Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Residenz-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Deutsches Schauspielhaus. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Berliner Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Residenz-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Deutsches Schauspielhaus. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Berliner Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Residenz-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Deutsches Schauspielhaus. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Berliner Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Residenz-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Deutsches Schauspielhaus. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Montis Operetten-Theater. Schiller, Charlottenburg. **Die Kinder der Exzellenz.**

Luisen-Theater. Anfang 8 Uhr. **Donnerstag: Des andern Ehre.** Freitag: **Die gelbe Gefahr.** Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Kinderspiel: König Drosselbart.** Abends 8 Uhr: **Des andern Ehre.**

ROSE-THEATER. Große Granulater Str. 132. Zum ersten Male: **Deutsch-Amerikaner.** Lebensbild in 5 Akten v. Georg Berger. Anfang 8 Uhr. Freitag: **Deutsch-Amerikaner.**

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: **Rauschen gefattet.** **Chauffeur - ins Metropol!** Große Revue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von B. Freund. Musik v. Hub. Nelson. Länge arrang. von Bill Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor H. Schulz.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr. Letzter Tag mit **Bernhard Körbitz.** Freitag, den 1. November: **Fest-Vorstellung.** **Martin Bendix** in **Unsere Marine**, sowie **M. Bendix - Emil Schnabel** als **Droschkenkutscher u. Fiaker.**

Herrnfeld Theater. Die mit beispiellosem Lachertolgo aufgenommene Novität

Die Alpenbrüder. 10 Uhr: **Endlich allein!** Beide Stücke mit den Autoren **Anton und Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen. Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: **Liebesbarometer.**

Schiller-Theater O. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Talsman.** Freitag, abends 8 Uhr: **Die Kinder der Exzellenz.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **Des Pfarrers Tochter von Streladorf.**

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Zopf und Schwert.** Donnerstag, abends 8 Uhr: **Flachsman als Erzieher.** Freitag, abends 8 Uhr: **Flachsman als Erzieher.** Sonnabend, nachmittags 3-10 Uhr: **Bortell des Vereins „Raffi“ Theater: Wallensteins Lager. Die Piccolomini.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **König Lear.**

Berliner Theater. 8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königsgräber Straße. 7 1/2 Uhr: **Herodes und Mariamne.**

Theater am Rollendorfsplatz. Neues Schauspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: **Waispiel des Münchener Künstler-Theaters: Cyphus in der Unterwelt.**

Deutsches Schauspielhaus. (Stomische Oper). In allen Tagen der Woche 8 Uhr: **Der gut sitzende Frack.**

Montis Operetten-Theater. (früher Neues Theater) Abends 8 Uhr: **Der Frauenfreier.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.** Schwank in 3 Akten von Fritz Reichmann-Friedrich. Voran und folgende Tage: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Residenz-Theater. 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**

Freie Volksbühne

Sonnabend, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Konkordia-Festsälen:

Herbst-fest.

Heiterer Konzert-Abend.

Frl. Claire Waldoff vom Passage-Theater. Das Neue Tonkünstlerinnen-Orchester. Dirigent: Herr Iwan Fröbel.

Festmarken in allen Zahlstellen a 60 Pf. inkl. Programm und Zettel.

Lessing-Theater. Vom 15. Dezember ab: **Glaube u. Heimat.** Die Tragödie eines Volkes.

Thalia-Theater. Dreyer: **Des Pfarrers Tochter von Streladorf.** Schauspiel in 3 Aufzügen.

Abendabteilungen. Deutsches Schauspielhaus. 8 Uhr: **Strindberg: Ostern.**

Deutsches Schauspielhaus. Goethe: **Egmont.** 2 1/2 Uhr.

Residenz-Theater. Dumas: **Francillon.** Schauspiel in 3 Aufzügen.

Herrnfeld-Theater. Strindberg: **Der Vater.** Trauerspiel in 3 Aufzügen.

Die Vorstellungen, die bisher im Neuen Schauspielhaus gegeben wurden, finden bis auf weiteres im **Deutschen Schauspielhaus, Friedrichstraße 104** (an der Weidendammer Brücke) statt. Anfang der Vorstellung im Deutschen Schauspielhaus 2 1/2 Uhr.

Clou :: Berliner :: Konzerthaus

Mauerstraße 22. — Zimmerstraße 90/91. Heute!

Doppel-Konzert.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochen-tagen nachmittags: **Großes Konzert** bei freiem Eintritt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Der diesjährige **wissenschaftliche Vortrags-Zyklus** bestehend aus **6 Vorträgen mit Lichtbildern** beginnt am **Freitag, den 1. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr**, in den „**Germania-Prachtsälen**“ (großer Saal), Chausseestr. 110.

Das Thema lautet: **Menschenkunde.** Vortragender: **Genosse Dr. Drucker.**

Die Vorträge finden am **Freitag, den 1., 8., 15., 22., 29. November** und **6. Dezember** statt.

Preis der Teilnehmerkarte für alle 6 Vorträge 60 Pf.

Karten sind noch im **Wahlvereinsbureau, Neue Hoehstr. 23 I**, bei den **Funktionären** sowie am **Eingang des Saales** zu haben. **Der Vorstand.**

9., 10. und 11. Abteilung:

Volkstümlicher Lieder-Abend

am **Sonnabend, den 2. November** in den „**Germania-Prachtsälen**“, Chausseestr. 110.

Mitwirkende: **Herr Emil Thilo**, Einleitender Vortrag. — **Frau Wichmann-Vogt**, Lieder für Sopran. **Herr C. Burchardt**, Lieder für Bariton. **Herr Emil Thilo**, Klavier. **„Sängerehor Wedding“**, Chormeister **Herr Emil Thilo.**

Anfang abends 8 1/4 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Daran teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Nach dem Konzert: **Tanz.**

Achtung! Am **3. Dezember** findet die **Generalversammlung**, welche Stellung zum **Preussischen Parteitag** nimmt, statt. 239/13*

Zirkus Busch. Houdini nochmals gefordert! Nachdem man Herrn Harry Houdini den Vorwurf gemacht hat, daß er bei seinem letzten sensationellen Ausbrechen aus einer vernagelt u. verschnürt Kiste sich einer fertigen Kiste bediente, hat der Genannte u. a. zahlreichen ähnl. Schreiben auch folg. Aufforderung erhalten:

Herrn Houdini, z. Z. Zirk. Busch, Berlin. Die unterzeichneten Fachmänn. Engrospacker fordern Sie hiermit auf, sich aus einer von uns selbst im Beisein des Publikums gefertigten Kiste, welche vernagelt u. verschnürt wird, zu befreien. Die Kiste wird wahr. der Vorstell. von uns in der Manege geschnitten u. fertiggestellt, so daß Ihre irdigen Mächte ausgedehnt sind. Wir stellen die Beding., daß uns wahr. d. Herstell. der Kiste niemand hindern darf. Bretter, Nägel, Hammer, Schnur bringen wir selbst mit. Ihrer sehr geschätzten Nachr. sehen wir entgegen. Hochachtungsvoll gez. **Karl Wilkendorf, Steinmetzstr. 8.** **Albert Antzias, Lychnenstr. 5.** **Reinh. Peck, Raabestr. 13.** **Packer einer d. renom. Engrosfirmen Berl., der Name nicht genannt wird.** Houdini wird heute, 31. Oktober, abends dieser Aufford. nachh. u. das in obig. Form unmögl. erscheinende Exper. der Selbstbefreiung versuchen. Hierzu das gr. Galaprogramm u. d. Pant.-Burleske „**Unter Gorillas**“.

Bierecabaret im Lichtprunksaal der Passage. Jeden Abend 1/2 9 Uhr: **Herman Funke Hany Petra** **Patat Cassani Mizal Drossal** **Werner Goldman Otto Bellmann** 20 Künstlerinnen u. Künstler. **Einheitspreis 1 M.**

Passage-Panoptikum RAPPO der größte Entfesselungskünstler der Zeit. Der Mann mit dem **eisernen Schlund!** die anatom. Unmöglichkeit. **Lebend! Ohne Extra-Entree!**

Voigt-Theater. Donnerstag, den 31. Oktober 1912: **Gaßbühl in Puhlmanns Theater, Schönhofstr. 148.**

Ueber'n großen Teich. Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von H. Philipp. **Rasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.**

Concordia-Festsäle. Inh.: **M. Wendt u. A. Schütze. 64 Andreasstr. 61.** Jeden Donnerstag: **Große Solree** der allgemein beliebten und bekannten **Hoffmanns Sänger.** **Direktion Fr. Panther mit vollständigem neuem Programm** Anfang 8 Uhr. Nach der **Frei-Tanz.** Solree: **Verzugskarten haben Gültigkeit.**

Urania. Taubenstraße 48/49. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: **Aufs Matterhorn!** **Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingen. A. Keßner: Hammerwerke und Proßwerke.**

Zirkus Albert Schumann. Heute Donnerstag, 31. Okt., abends 7 1/2 Uhr: **Große Novitäten-Vorstellung.** U. a.: **Debüt: Vollständig neu für Berlin! Die großartige exotische Tiernummer** **8 dressierte Kamele** betitelt: **In der Wüste der Sahara!** **Debüt: Tilly & Dolly, Diaboloartistinnen.** **Um 9 1/2 Uhr: Der unsichtbare Mensch.** Das größte und schönste Ausstattungsstück der Gegenwart.

Zirkus Barum nebst großer **Raubtierdressurschau.** Erstk. **Kunstkapazitäten** Erstk. **Pferdematerial** **Neukölln Terrain Pflügerstr. Tel. Amt Neukölln No. 1753.** Täglich abends 8 1/2 Uhr: **Vorstellung.** **Großstadtprogramm.** **Zirkus ist geheilt.**

Folies Caprice. Zum **61. Male** **Die drei Schläger: Der feuchte Jockeb. Der Rehdad. Der Einbrecher.**

Theater Königstadt-Casino. Holzmärktstr. 72, Ecke Alexanderstr. **1. Akt u. 2. Akt, Zammontbrücke.** Tägl. abends 8. **Sonnt. 5 Uhr: Das große Novitäten-Programm und** **March auf Ständebühne.** **Große Post in 1 Akt.**

Casino-Theater. Ledeburger Str. 37. Täglich 8 Uhr: **Das sensationelle Oktober-Programm** **Robert Neemann.** **Berlins Lieblingshumorist mit neuen Schlägern. Neuen, Lachertolgo des lustigen** **Der Großfürst.** **Sonntag 4 Uhr: O diese Männer!**

Reichshallen-Theater. **Stettiner Sänger.** **Die Macht der Töne.** **Sonntag-nachm. 3 U.** **Der Kompagnieball**

NiBles Fest-Säle. **Dennewitzstraße 13.** **Jeden Donnerstag: Tanzkränzchen.** **9405 C. NIBLES.**

Cyclamen- und Chrysanthemum-Ausstellung Vom 1. bis 3. November im Reichstags-Gebäude **Eintritt 1 Mark.**

Abgeordnetenhaus.

89. Sitzung. Mittwoch, den 30. Oktober 1912, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwig, Dr. Senke.

Die zweite Beratung des Sparkassengesetzes

wird beim § 1 fortgesetzt.

Abg. Wambhoff (natl.) spricht für einen Teil seiner Freunde gegen die Vorlage. Die Sparkassen sollten eine sichere Niederlage für Spargelder sein, aber nicht ein Institut zur Hebung des Kurfes der Staatspapiere.

Abg. Waldstein (Sp.) wendet sich unter andauernder großer Unruhe des Hauses ebenfalls gegen das Gesetz, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Die Debatte wird geschlossen.

Unter Ablehnung aller anderen Anträge wird der Kompromißantrag Windler angenommen.

Nach § 2 sollen drei Fünftel der mindelsicheren Inhaberpapiere Reichs- oder preussische Staatspapiere sein.

Minister v. Dallwig wendet sich gegen die bei der Beratung des § 1 von verschiedenen Rednern aufgestellte Behauptung, daß die Hauptfahse bei der Vorlage nicht die Liquidität der Sparkassen, sondern die Hebung des Kurfes der Staatspapiere sei.

Die Bestimmung des § 2 liege im Interesse der Sparer selbst, da die Staatspapiere jederzeit realisierbar seien.

Abg. Hoff (Sp.) betont demgegenüber, daß der Finanzminister im Gegenteil immer das fiskalische Interesse in den Vordergrund gehoben habe und protestiert gegen den Zwang, der hier systematisch allen Sparkassen auferlegt werden solle.

Abg. Dr. Krenndt (fl.) bezweifelt, daß im Kriegsfall die Staatspapiere lombardiert werden könnten. Die Kreditnot der kleinen Städte und Landgemeinden wird durch die Bestimmung des § 2 nur erhöht werden.

Finanzminister Dr. Senke: Diese Bestimmung ist nach Annahme des § 1 grundlos. Ob die durch § 1 vorgeschriebenen Inhaberpapiere Staatspapiere sind oder nicht, ist für die Frage der Kreditgewährung an Kommunalverbände ganz unerheblich.

Im übrigen kann ich nur bestätigen, daß auch vom Standpunkt meines Ressorts aus die Liquidität der Sparkassen die Hauptfahse bei diesem Gesetz ist.

§ 2 wird angenommen, ebenso eine Reihe weiterer Paragraphen.

§ 7 handelt von der Verwendung der Ueberschüsse der Sparkassen. Hierzu liegt der schon erwähnte Kompromißantrag Windler vor.

Die Sozialdemokraten beantragen einzufügen: Von den zur Verwendung stehenden Beträgen ist in allen Fällen die Hälfte zur Erhöhung des Zinsfußes der Sparanlagen zu verwenden.

Abg. Tourneau (Z.) begründet einen Antrag, wonach die Sparkassen, wenn ihr Sicherheitsfonds mindestens 5 Proz. der Sparanlagen ausmacht, die ganzen Jahresüberschüsse zu öffentlichen gemeinnützigen Zwecken des Garantierverbandes verwenden dürfen, ohne daß es dazu der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf.

Der Antrag Vorchardt würde zur Folge haben, daß je nach den Jahreserträgen der Zinsfuß herauf- resp. herabgesetzt werden müßte.

Minister v. Dallwig: Nach Annahme der Kommissionsbeschlüsse würden die Sparkassen als städtische Erwerbsquellen angesehen werden. Wir sind bereit, zuzugestehen, daß die staatliche Genehmigung wegfallen soll für alle gemeinnützigen Verwendungszwecke der Ueberschüsse, müssen aber auf der staatlichen Genehmigung bestehen, soweit es sich um auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Ausgaben der Städte handelt.

Abg. Dr. Iderhoff (fl.) befürwortet einen Antrag, wonach für die Garantieverbände günstigeren Vorschriften in Satzungen der Sparkassen auch ferner Gültigkeit haben sollen.

Abg. Dr. Schroeder-Cassel (natl.) spricht für den Kompromißantrag mit dem Antrag Iderhoff. Den Antrag Vorchardt halten auch wir für unbrauchbar; auch ist eine Heraushebung des Zinsfußes bedenklich, weil dann auch die Darlehen höher verzinst werden müssen.

Abg. Wommsen (Sp.) befürwortet den Kompromißantrag. Der Gedanke des Antrages Vorchardt ist an sich ganz läßlich. Aber man muß bedenken, daß es auch Leute gibt, die 50 000 und 100 000 Mark in Sparkassen einlegen. Sollen die auch begünstigt werden? Auch ist der Antrag praktisch unbrauchbar. Der erhöhte Zinsfuß müßte denselben gezahlt werden, die im Jahre vorher Einlagen gehabt haben. Wie die Legitimation dieser Empfänger der mandmal ganz geringen Beträge geprüft werden soll, weiß ich nicht; zumal in solchen Fällen, wo inzwischen das Guthaben wieder abgehoben worden ist.

Abg. Reinhardt (Z.) bedauert, daß die Ertragsüberschüsse der Kommissionsberatung durch den Kompromißantrag wieder beseitigt sind und wendet sich gleichfalls gegen die praktische Durchführung des Antrages Vorchardt.

Abg. Leinert (Soz.): Es fragt sich bei diesem Paragraphen, wer die Schädigungen des Gesetzes tragen soll, der Garantieverband oder die kleinen Sparer. Wir wollen nicht, daß die Sparer unter der Stärkung des Kurfes der Staatspapiere leiden. Dazu kommt, daß die Garantieverbände nach der neuen Fassung die Ueberschüsse zu allen außer zu parteipolitischen Zwecken verwenden können. Der Endeffekt wird sein, daß die Steuern herabgesetzt werden, das heißt nur die reichen Leute Vorteile haben. Die Einwendungen gegen die praktische Durchführbarkeit unseres Antrages können erledigt werden, wenn man nur den guten Willen hat, ihn zu verwirklichen. Man könnte in der Satzung festsetzen: Einlagen bis zu einer gewissen Höhe nehmen an den Ueberschüssen teil. Dann schlägt man den Nutzen für die großen Einleger aus (Sehr richtig!) und fördert außerdem den Spartrieb der kleinen Leute. Wenn Sie unser Ziel billigen, nehmen Sie den Antrag vorläufig an und suchen Sie bis zur dritten Lesung eine andere Fassung. Einen schwankenden Zinsfuß kann man dadurch vermeiden, daß die Hälfte des Ueberschusses den Einlagen zugesprochen wird. Unser Antrag hat große soziale Bedeutung für die Sparer. Er liegt ganz in der Richtung Ihrer Prinzipien, den Spartrieb zu fördern, entspricht nicht einmal ganz unseren Prinzipien. Wir wollen nur, daß das Gesetz so weit wie möglich auch den kleinen Leuten zugute kommt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Hassell (L.) spricht für den Kommissionsantrag. Der Antrag Vorchardt würde praktisch den kleinen Leuten wenig helfen, im Gegenteil, er würde sie indirekt schädigen, denn die Ueberschüsse werden jetzt von den Gemeinden zu sozialen Zwecken, Bau von Krankenhäusern usw. verwendet, die gerade den kleinen Leuten zu gute kommen.

Damit schließt die Debatte. Der Kompromißantrag wird unter Ablehnung aller übrigen Anträge angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

Ein Antrag Waldstein (Sp.), die Regierung zu ersuchen, möglichst noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die öffentlichen Sparkassen gegen das Kursrisiko hinsichtlich ihrer Guthaben geschützt werden, das ihnen der Zwangsbestand an Inhaberpapieren auferlegt, wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die

Interpellation der Polen über die geplante Enteignung verschiedener polnischer Güter.

Abg. Korfanty: In dem Augenblick, wo die kritischen Vorkämpfer durch ihren Ansturm gegen die Partei sich unsere Sympathien erwerben, hält es die christliche preussische Regierung für angebracht,

die Rechte der polnischen Mitbürger mit Füßen zu treten. (Sehr wahr! bei den Polen, Unruhe rechts.) Der Besizer eines der für die Enteignung aussersehen Güter ist der Nachkomme eines Mannes, der auf dem Schlachtfelde von Königgrätz wegen besonderer Tapferkeit befördert worden ist (Lebhaftes Hört! hört! bei den Polen), ein anderes dieser Güter gehört einer Witwe mit unmündigen Kindern. (Hört! hört! bei den Polen.) Seit dem März 1908 hat die Regierung das Nachmittels der Enteignung in der Hand, aber bis heute hat sie sich geigert, in unsere Rechte einzugreifen. Lediglich aus politischen Gründen wird die Enteignung jetzt vorgenommen, man konnte es nicht mehr aushalten vor dem Ansturm der patriotierten Patrioten, der Galantisten, und warf ihnen die vier Güter in den Nachen. Dabei lag ein Bedürfnis zur Enteignung absolut nicht vor, sind doch der Regierung in den letzten Jahren 157 000 Hektar angeboten worden. (Hört! hört! bei den Polen.) Wir leben unter einer Gewalt Herrschaft, man hat uns politisch und national alles genommen, jetzt jagt man uns von Hof und Heimat. In dem Dokument, das unsere Einberleibung in Preußen ansprach, hat uns der König versprochen: „Ihr werdet in die preussische Monarchie einberleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu müssen. (Hört! hört! bei den Polen.) Eure persönlichen Rechte, euer Eigentum kehren wieder unter den Schutz des Gesetzes zurück.“ (Hört! hört! bei den Polen.) Was ist aus diesem Königswort geworden? Welche Achtung sollen wir vor einem Staate haben, in dem Königsworte einen solchen Wert haben? (Lebhaftes Zustimmung bei den Polen.) Ich stelle weiter fest, daß uns Fürst Bälow feinerzeit versichert hat, das Enteignungsgesetz werde niemals zur Anwendung kommen. (Hört! hört! bei den Polen.) Wir halten nach wie vor das Enteignungsgesetz für verfassungswidrig, aber die jüngste Tat der Ansetelungskommission verlißt ja sogar gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes. Das Gesetz läßt die Enteignung nur zu in Gebieten, wo das Deutschtum gefährdet ist und zur Abwendung vorhandener deutscher Ansetelungen. In den betreffenden Gebieten aber ist die Zahl der Polen zurückgegangen und es werden Städte aus rein polnischen Gebieten herausgegriffen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Polen.) Also Sie verböhnen Ihre eigenen Gewaltgesetze. (Sehr wahr! bei den Polen.) Man erzählt sich, daß der Kultusminister, der Landwirtschaftsminister und selbst Herr v. Dallwig im Staatsministerium übereinstimmend seien. Wenn ich aber zu entscheiden hätte, ob die Grundfesten des Staates erschüttert werden sollen, und ich würde überstimmt, so würde ich für ein weiteres Verbleiben in einem derartigen Ministerium danken. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.) Den Galatismus werden Sie auch durch diese Gewalttat nicht zur Ruhe bringen. Die Alldentschen, die immerfort den internationalen Frieden stören, wollen auch die Ruhe im Innern nicht. (Sehr wahr! bei den Polen.) Das Prinzip der Unverleglichkeit des Eigentums hat im preussischen Staate ausgehört, Geltung zu haben. Es können andere Rechte kommen, die die Enteignung über Westpreußen und Posen ausdehnen auf die Großgrundbesitzer überhaupt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Vater des Landwirtschaftsministers, von Schorlemer-Alst, sagte einst, er hätte gewünscht, daß das Wort Enteignung nicht ausgesprochen worden wäre, aber freier von Schorlemer-Vielert verteidigte die Expropriation. Man kann uns von Hand und Fuß treiben, aber unsere Meinung können Sie uns nicht nehmen. Diese neue Gewaltmaßregel kann bei der polnischen Bevölkerung nur Haß, Erbitterung und Verachtung erzeugen. Wir sind ein Volk von 20 Millionen, wir haben unsere eigene Kultur, die Sie nicht vernichten werden. Wir werden den Kampf bis aufs äußerste durchkämpfen und unser Recht der Siegen, denn auf unserer Seite ist die Gerechtigkeit. Gottes Willen mahlen langsam, aber auch unsere Henker wird die gerechte Strafe erteilen. (Lebhaftes Weisfall bei den Polen.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Vielert: Zur Beantwortung der Interpellation habe ich namens der Staatsregierung folgendes zu erklären: Es ist der Regierung bekannt, daß die Ansetelungskommission eine Reihe von Gütern gemäß dem Enteignungsgesetz zu erwerben beschlossen hat. Die gegenwärtigen Eigentümer dieser Güter haben gegen den Beschluß der Kommission, die nach dem Gesetz zulässige Beschwerde innerhalb der gesetzlichen Frist erhoben. Da über diese Beschwerde von den zuständigen Ministern zurzeit noch keine Entscheidung getroffen worden ist, kann seitens der Regierung eine Beantwortung der Frage, inwieweit die Voraussetzungen des Gesetzes von 1908 bei dem Beschluß erfüllt worden sind, nicht erfolgen. Auf jeden Fall kommen nur Güter in Frage, die in letzter Zeit durch Veräußerung ihren Besitzer gewechselt haben. — Die Bedenken gegen das Enteignungsgesetz sind bei der Beratung dieses Gesetzes eingehend widerlegt worden (Stürmisches Gelächter bei den Polen und Sozialdemokraten), die Regierung kann sich daher auf eine nochmalige Erörterung dieser Bedenken nicht einlassen. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen. Andauernde Psitt-Rufe bei den Polen.)

Bräl. Graf Schwerin-Löwis Gittet, derartige Rufe zu unterlassen. Sie können Ihren Widerspruch auf andere Weise kundgeben.

Auf Antrag der Konfessions- und Polen wird die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Abg. v. Götler (L.): Wenn auch Abg. Korfanty die ganze Polenfrage wieder aufgerollt hat, so wünschen wir doch keine neue Polenrede. Wir zweifeln nicht daran, daß die Voraussetzungen für das Vorgehen der Ansetelungskommission gegeben waren, und wollen der Regierung nicht in den Arm fallen. (Weisfall rechts und bei den Nationalliberalen. Gelächter und Psittrufe bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Ein Verlegungsantrag des Abg. Dr. Nizerski (Pole) wird abgelehnt.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Auch wir sehen keinen Anlaß zu einer großen Polenrede. Die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Enteignungsgesetzes ist für uns res judicata (durch Gesetz entschieden). (Weisfall rechts und bei den Nationalliberalen. — Zurufe der äußersten Linken: Eht nationalliberal!)

Abg. Gebr. v. Redlich (fl.): Es ist von Wert, festzustellen, daß in dieser Angelegenheit alle deutschnationalen Parteien einig sind. Wir weisen nicht daran, daß alle hier vorgebrachten Beschwerden dem Gesetz entsprechend geprüft und erledigt werden. (Zuruf des Abg. Korfanty: Preussisches Recht! Preussisches Recht ist das Beste der Welt! Stürmisches Gelächter bei den Polen und Sozialdemokraten. — Großer Weisfall rechts und bei den Nationalliberalen. — Abg. Hoffmann (Soz.): Lud da wollen Sie noch mehr Jesuiten?) Es liegt gar kein Anlaß vor, über die Angelegenheit noch ein Wort weiter zu verlieren. (Weisfall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ein Verlegungsantrag des Zentrums wird nunmehr angenommen.

Bei der Feststellung der Tagesordnung für die morgige Sitzung wird ein Antrag des Abg. Dr. Friedberg (natl.), die Fortsetzung der Enteignungsdebatte erst hinter die Petitionen zu stellen, gegen die Partei des Antragstellers abgelehnt. (Lachen bei den Polen.)

Nächste Sitzung Donnerstag, 10 Uhr: Fortsetzung der Enteignungsdebatte und Petitionen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Angriffe gegen die tariflich-paritätlichen Arbeitsnachweise.

Kürzlich machten wir Mitteilung von einem Eingriff des Ministers des Innern in die Geschäfte des paritätischen Arbeits-

nachweises der Maler in Hannover. Das Statut dieses Arbeitsnachweises enthielt die auf tariflicher Vereinbarung beruhende Bestimmung, daß Mitglieder der Organisationen, welche den Tarif abgeschlossen haben, bei der Arbeitsvermittlung den Vorzug vor unorganisierten erhalten. Der Minister verlangte die Streichung dieser Bestimmung, die denn auch erfolgt ist, weil sich die Arbeitgeber dem Verlangen des Ministers fügten. Die Arbeiter wollten an der Bestimmung festhalten. — Wie der Minister in Hannover, so geht Dr. Freund als Vorsitzender des Zentralvereins für Arbeitsnachweis in Berlin gegen die genannte Bestimmung der paritätischen Facharbeitsnachweise vor.

Dr. Freund will, daß für die Verwaltung der an die öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweise angeschlossenen paritätischen Facharbeitsnachweise folgende Grundfahse gelten:

1. Offene Arbeitsstellen und Arbeitsgesuche müssen allen hierzu geeigneten und sich meldenden Personen zugänglich gemacht werden.

2. Eine grundsätzliche Bevorzugung bestimmter Personenzreise, sei es unter den Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, bei der Durchführung der Arbeitsvermittlung ist unzulässig. Dies schließt nicht aus, daß — nach näheren Bestimmungen des Arbeitsnachweisreglements — bei der Zuweisung von Arbeitskräften die Dauer der Arbeitslosigkeit beziehungsweise der Wartezeit Berücksichtigung findet, daß ferner aus besonderen Anlässen (Risiko auf dem Arbeitsmarkt) — nach näheren Bestimmungen des Arbeitsnachweisreglements — eine Bevorzugung der einheimischen Arbeiter vor den Zugewanderten, der verheirateten vor den unverheirateten stattfindet, daß endlich einheimische Arbeitgeber bei der Zuweisung von Arbeitskräften vor auswärtigen bevorzugt werden.

3. Ist für ein bestimmtes Gewerbe ein allgemeiner das gesamte Gewerbe umfassender Tarifvertrag abgeschlossen worden, so kann durch Beschluß des Kuratoriums bestimmt werden, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den tariflichen Arbeitsbedingungen erfolgt. Ob die Voraussetzungen dieses Beschlusses vorliegen, entscheidet der Träger des allgemeinen Arbeitsnachweises (Zentralverein).

4. An die den Arbeitsnachweis benutzenden Arbeitgeber und Arbeiter darf eine Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht gestellt werden. Die Vermittlung hat unparteiisch und ohne jede Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation zu erfolgen.

Eine besondere Gehührenerhebung von Personen, welche keiner bezw. keiner bestimmten Organisation angehören, ist nicht zulässig.

Wird der Facharbeitsnachweis durch Zuschüsse von seiten bestimmter Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen mit unterhalten, so ist der Träger des allgemeinen Arbeitsnachweises (Zentralverein) verpflichtet, zum Ausgleich für die keiner Organisation angehörenden Personen einen besonderen Zuschuß zu den Kosten zu leisten.

Fach-Arbeitsnachweise, welche die obigen Grundfahse nicht befolgen können, auch wenn sie paritätisch organisiert sind, als „öffentliche“ und „im ausreichenden Umfange bestehende“ im Sinne des Stellenvermittlergesetzes nicht angesehen werden.

In diesem Vorgehen des Herrn Dr. Freund nahm am Dienstag eine

Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und Arbeitsvermittler

Stellung. Der Referent Körsten führte aus: Das Vorgehen gegen den Arbeitsnachweis der Maler in Hannover ist zurückzuführen auf die Tätigkeit Wischnowsky, des bekannten Agenten der gelben Wäcker. Wischnowsky hat sich, gebet durch die Wäckerleitung, an den Polizeipräsidenten gewandt, dieser hat die Sache an den Minister weitergegeben. Der Minister hat mit Dr. Freund Mitsprache genommen und ist dann in der bekannten Weise gegen den Arbeitsnachweis der Maler in Hannover vorgegangen, dem die Alternative gestellt wurde, entweder den besagten Palus aus dem Statut zu streichen oder das Lokal im Gebäude des städtischen Arbeitsnachweises aufzugeben. Auf dem Verbandsstag der Arbeitsnachweiservereine in Hamburg wurde Dr. Freund wegen dieser Angelegenheit interpelliert. Er sagte, der Verband der Arbeitsnachweiservereine habe nicht mit dem Minister konferiert, er selbst könne keine Auskunft geben, aber der Verbandstag werde Stellung nehmen, um eine Aussprache mit dem Minister herbeizuführen. Wir waren nun etwas verärgert, als kurz nach dem Hamburger Verbandstage die Vertreter im Kuratorium des Arbeitsnachweises von Dr. Freund die Grundfahse zugestellt bekamen, die in der Verfolgung der paritätischen Facharbeitsnachweise noch viel weiter gehen als man in Hannover gegangen ist. Bis hier, auch noch auf dem Verbandstage in Hamburg, hat Dr. Freund auf dem Standpunkt gestanden: Was die Gewerkschaften hinsichtlich der Arbeitsvermittlung mit den Arbeitgebern vereinbaren, das geht den Zentralverein nichts an. Der Palus III der Grundfahse widerspricht aber dieser Auffassung. Da heißt es, daß es erst eines Beschlusses des Kuratoriums bedarf, wenn die Arbeitsvermittlung zu den tariflichen Bedingungen erfolgen soll. Das schlimmste ist der letzte Absatz, wo Dr. Freund in Aussicht stellt, daß gegenüber den Arbeitsnachweisen, die sich seinen Grundfahsen nicht fügen, das Stellenvermittlergesetz Anwendung finden soll. — Eine Sitzung des Kuratoriums hat sich kürzlich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Dr. Freund hatte in der Verteidigung seines Vorgehens einen schweren Stand. Ihm wurde vorgehalten, daß er früher die Gewerkschaften bestärkt hat in der Faltung, die er jetzt bekämpft und daß er den Gewerkschaften geraten hat, sich in ihren Grundfahsen der Arbeitsvermittlung nicht durch die Innungen oder außerhalb des Gewerbes Stehende beeinflussen zu lassen. In der Sitzung des Kuratoriums haben sich auch Vertreter des Magistrats und Gewerkschaften gegen Dr. Freund gewandt und betont, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber ein Interesse daran haben, daß den tariflichen Gesetzen ein Vorgehen vor den außerhalb der Tarifgemeinschaft stehenden Arbeitern eingeräumt wird. Die Sitzung des Kuratoriums endete damit, daß der Wunsch ausgesprochen wurde, eine Kommission einzusetzen, welche den Entwurf des Herrn Dr. Freund neu zu bearbeiten hat. — Wenn wir diese Angelegenheit in der heutigen Konferenz zur Sprache bringen, so wollen wir dadurch auf die Gefahr aufmerksam machen, welche den paritätischen Facharbeitsnachweisen droht und wir wollen von Ihnen hören, ob wir uns an der Kommission beteiligen sollen. — Dr. Freund sagte, er habe es Jogh und Tag mit angesehen, ohne etwas zu sagen. Aber jetzt seien so viele Beschwerden über die Arbeitsvermittlung eingelaufen, daß er eingreifen müsse. Nichtig ist ja, daß bestimmte Personen systematisch mit Denunziationen vorgehen. Ein allgemeiner Mißstand ist aber dadurch nicht erwiesen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit, die große Bedeutung für die Gewerkschaften hat und uns deshalb veranlaßt, Stellung zu nehmen.

Den Ausführungen des Referenten folgte eine sehr eingehende Aussprache. Heischold verwies darauf, daß der Verband der Wäcker im Jahre 1904 auf dringenden Anrufen des Dr. Freund einen paritätischen Arbeitsnachweis errichtet hat, bei dem die tariftreuen Arbeitgeber sowohl wie die tariftreuen Arbeiter den Vorzug haben. Diese Bestimmung ist deshalb notwendig, damit wir eine Kontrolle darüber haben, daß die von uns vermittelten Arbeitskräfte dem Arbeitgeber gegenüber durchaus zuverlässig sind. Eine solche Kontrolle können wir nicht ausüben und eine Garantie für die Zuverlässigkeit der Vermittelten können wir nicht geben, wenn wir an jeden Beliebigen, den wir gar nicht kennen, ohne Unterschied Arbeit vermitteln sollen. Dadurch, daß wir die Arbeitgeber in jeder Beziehung zufriedenstellen, haben wir dreiviertel der gesamten Arbeitsvermittlung an uns gezogen. Die Arbeitsvermittlung der Innung hat keine Bedeutung mehr. Die Innung hat aber beschlossen, daß jeder Geselle, auch wenn er von unserem Ar-

Beitrag nachweis genommen wird, dem Nachweis der Innung gemeldet werden und Gebühren bezahlen muß. Dadurch kommt der Arbeitsnachweis der Innung in seiner Statistik zu viel höheren Ziffern als er tatsächlich vermittelte. — Jetzt will uns Dr. Freund Ausnahmegesetze vorschreiben, nachdem er seit Jahren die Art der Vermittlung bestimmter, die unferen Arbeitsnachweise in die Höhe gebracht hat. Dr. Freund, der durch zu weitgehendes Vertrauen von Arbeitern hochgekommen ist, greift jetzt die Tariffreiheit der Gewerkschaften an. Er hat gar kein Recht, in dieser Weise Zensur zu üben.

Zeissler weist darauf hin, daß Dr. Freund in Aussicht gestellt habe, paritätische Arbeitsnachweise mit den Gelben und Christlichen zu machen, wenn die freien Gewerkschaften seine Grundzüge nicht annehmen würden. Der letzte Passus in dem Schreiben des Dr. Freund beziehe sich auf die Bestimmung des Stellenvermittlungsgebühres, wonach in Orten, die eine öffentliche Arbeitsvermittlung in ausreichendem Umfange haben, Stellenvermittler nicht konzessioniert werden dürfen. Dr. Freund will also die gewerkschaftlichen Stellenvermittler gegen die paritätischen Arbeitsnachweise, die sich seinem Willen nicht fügen, ins Feld führen. Hinter dieser Absicht siehe jedenfalls die Polizei.

Gegen Bräuner bezieht sich die Grundzüge Dr. Freund's als unbrauchbar. Im Buchbindergewerbe gebe es eine Reihe von Firmen, die ausschließlich organisierte Arbeiter verlangen. Es sei doch selbstverständlich, daß die Mitglieder der Organisationen, welche die Kosten für den Arbeitsnachweis aufbringen, auch den Vorzug haben. Bei den Buchbindern müssen laut tariflicher Abmachung die Unorganisierten eine Gebühr für die Arbeitsvermittlung zahlen. Das würde unbrauchbar sein, wenn man, wie Dr. Freund will, nicht nach der Zugehörigkeit zur Organisation fragen soll. Mit aller Kraft müsse man sich gegen die Absichten Dr. Freund's wehren.

Schneider bemerkt, daß die Väterinnung nur an solche Stellen Arbeit vermittelt, die bei einem Meister des Innungsverbandes „Germania“ gelernt haben. Das geht noch viel weiter als die angeforderte Bestimmung der paritätischen Arbeitsnachweise. Der Arbeitsnachweis der Väterinnungen sei durchaus nicht unabhängig. Der bekannte Arbeitsvermittler Vogel gebe Anweisung, wer durch den Arbeitsnachweis der Innung eingestellt werden soll. Das sei eine Parität im Sinne Dr. Freund's. Die angeforderte Bestimmung im Statut der paritätischen Arbeitsnachweise müsse bestehen bleiben, weil sie auf tariflichen Abmachungen beruht und besonders die Großbäckereien laut Tarif nur Verbandsmitglieder beschäftigen.

Koch verwies darauf, daß in den Publikationen des Verbandes männlicher Arbeitsnachweise, dem Dr. Freund nahesteht, fortgesetzt unorganisierte Arbeiter durch Unternehmer gesucht werden. Wenn die Unternehmer dies Recht für sich in Anspruch nehmen, dann solle man doch den Arbeitern nicht verbieten wollen, von demselben Recht in ihrem Sinne Gebrauch zu machen. Zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz sei es notwendig, daß der Arbeitsnachweis sich in den Händen der Vertragsparteien befindet.

Bösch: In die vielen Beschwerden, die an Dr. Freund gekommen sein sollen, wird niemand glauben. Es liegt so: Die Gelben und die Christlichen helfen schon lange gegen die paritätischen Arbeitsnachweise, weil diese angeblich die freien Gewerkschaften fördern. Das ist es, was Dr. Freund nach einem Wind von oben zu seinem Vorgehen veranlaßt hat. Die paritätischen Arbeitsnachweise sind das Ergebnis langer Kämpfe. Es ist durchaus berechtigt, daß diejenigen, welche zur Erhaltung dieser Einrichtung beitragen, auch ein Vorkaufsrecht genießen. Wie kann man denn verlangen, daß die Unorganisierten ohne weiteres von den tariflichen Einrichtungen, für die sie nichts getan haben, profitieren sollen. Dr. Freund hat ja, wie Zeissler schon sagte, die zahlreichen Unternehmervereine im Gastwirtsgerwerbe zum Anschluß an den paritätischen Arbeitsnachweis, der jetzt in Vorbereitung begriffen ist, zu bewegen. Der Verband der Gastwirtsgehilfen hat sich bereit erklärt, zu den Kosten dieses Arbeitsnachweises 10 000 M. beizutragen. Der Verband wird diese Absicht wohl nicht aufgeben, wenn Dr. Freund auf der Durchführung seiner Grundzüge beharrt. Mit den Gelben wird er nichts erreichen, wenn er den Verband der Gastwirtsgehilfen, der die meisten Tarifverträge hat, ausschließen will. Es ist ja nicht unbedingt nötig, daß die paritätischen Arbeitsnachweise die städtischen Arbeitsnachweise angeschlossen sind. So gut wie die Buchbinderinnen auch andere Gewerkschaften die Kosten des Arbeitsnachweises tragen und diese Einrichtung ohne Dr. Freund weiter betreiben. Im Interesse der möglichen Weiterentwicklung der paritätischen zu städtischen Arbeitsnachweisen ist das Eingreifen Dr. Freund's zu bedauern. Aber die Entwicklung muß nicht notwendig in dieser Richtung gehen. Entweder Dr. Freund gibt sein Verlangen zurück oder das Licht wird zwischen ihm und uns wieder geschnitten.

Raffini: Wir sehen, daß Dr. Freund eine Einrichtung, die seit langer Zeit existiert und nach schweren Kämpfen ins Leben getreten ist, mit einem Schlag vernichten will, um eine neue Maßnahme zum Schutz der „Arbeitswilligen“ zu schaffen. Dr. Freund macht sich Rechte an, die er nicht besitzt. Er will in die Ausführung der Tarifbestimmungen hineinreden. Wir können nach gar nicht ersehen, welche Absichten Dr. Freund eigentlich hat; aber das hat er gesagt, daß absolute Unparteilichkeit sein Wille ist. Wenn es ihm gelingt, seine Absicht in Berlin durchzuführen, dann werden alle städtischen subventionierten Arbeitsnachweise im Reich seinem Beispiel folgen. Die Vorschläge Dr. Freund's sind nicht annehmbar. Das Mitbestimmungsrecht werden wir uns nicht nehmen lassen.

Nachdem Ekhorn in gleichem Sinne gesprochen hatte, bemerkte Körber im Schlußwort unter anderem: Dr. Freund glaube, die Gewerkschaften, die schon öfter nachgegeben hätten, würden auch in diesem Falle nachgeben. Das sei ein Irrtum Dr. Freund's. In diesem Falle ständen die Gewerkschaften, wie die Aussprache gezeigt habe, geschlossen auf einem ablehnenden Standpunkt.

Der Vorsitzende Raab stellte fest, daß die Konferenz vollkommen einig ist in der Ablehnung der von Dr. Freund aufgestellten Grundzüge für die Arbeitsvermittlung, daß die Gewerkschaften aber ihren Vertretern die Beteiligung an der Kommission, welche diese Grundzüge neu bearbeiten soll, nicht verweigern.

Geschäftliche Verbindungen einzelner Gewerkschaften mit der Berliner Paktfabrikgesellschaft

Bildeten den zweiten Punkt der Verhandlungen der Konferenz. Eine Sektionsversammlung des Transportarbeiterverbandes hat am 22. September eine Resolution angenommen, welche die Gewerkschaften, die ihre Zeitungen durch die Paktfabrikgesellschaft bestellen lassen, des unbilligen Verhaltens beschuldigt. Eine dieser Gewerkschaften hat aus Anlaß dieser Resolution eine Beschwerde an den Ausschuß der Gewerkschaftskommission gerichtet. Dazu hat der Ausschuß folgenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission hat auf Einspruch einzelner Gewerkschaften gegen den Vorwurf der Versammlung der Transportarbeiter vom 22. September, in welcher einzelnen Gewerkschaften unbilliges Verhalten infolge von vorgeworfen wird, daß sie noch immer Verträge mit der Paktfabrikgesellschaft haben, erkannt, daß der Vorwurf ungerechtfertigt erhoben worden ist.

Die Gewerkschaften konnten nach der letzten Vorstandskonferenz vom 22. September 1900 Expeditionsverträge mit der Paktfabrikgesellschaft eingehen, nur war ihnen aufgegeben worden, in Zukunft nur kurzfristige Verträge abzuschließen, damit eventuell diese schnell gelöst werden können.

Ein erneuerter Antrag vom Verband der Transportarbeiter war inzwischen nicht gestellt, mithin konnten auch keine gerechtfertigten Anklagen aus Anlaß solcher Verträge erhoben werden. Diese Angelegenheit rief eine längere Aussprache hervor, deren Ergebnis war, daß der Ausschuß beauftragt wurde, sich nochmals mit der Frage zu beschäftigen, ob den Gewerkschaften die Lösung ihrer geschäftlichen Verbindungen mit der Paktfabrikgesellschaft zur

Pflicht gemacht werden soll. In einer späteren Versammlung soll der Ausschuß über das Ergebnis seiner Beratungen Bericht erstatten.

Zu den bevorstehenden

Gewerbegerichtswahlen

machte Körber folgende Mitteilungen: Es ist ein Flugblatt zur Wahlagitierung fertiggestellt. Die Gewerkschaften werden ersucht, recht bald mitzutheilen, wieviele Exemplare des Flugblattes sie haben wollen und wann sie es wünschen. Ferner möge jede Gewerkschaft zwei ihrer Mitglieder angeben, die wahlberechtigt sind und als Beisitzer im Wahlbureau fungieren können. Da bei dieser Wahl bedeutend mehr Wahlhilfe gebraucht wird als das vorige Mal, so werden die Gewerkschaften ersucht, je nach ihrer Größe dem Bureau der Gewerkschaftskommission 2, 10, 20 und 50 Personen anzugeben, die bereit sind, am Wahltage Helferarbeit zu verrichten. Das Wahlmaterial finden die Betreffenden in den 48 Bezirkslokalen vor. Der Wahllampf wird lebhafter werden wie im vorigen Jahre, darum ist ausgiebige Wahlarbeit notwendig. Es sind sechs Kandidatenlisten aufgestellt. Die Liste der freien Gewerkschaften trägt die Nummer 5. Für Meldungen, die am Wahltage an die Gewerkschaftskommission eingehen, sind die Telefonnummern Moritzplatz 2141, 2207 und 4407 zu benutzen.

Krankheit und soziale Lage.

Der Einfluß der sozialen Lage auf Krankheiten ist auch dem Laien nicht unbekannt. Wer sich auch nur oberflächlich mit diesem Problem beschäftigt hat, der weiß, wie sehr die Entstehung und Entwicklung der meisten Krankheiten durch die soziale Lage beeinflusst wird und wie recht der verstorbene Sozialhygieniker S. Neumann hatte, als er die materielle Not als die gleich fruchtbarste und fürchtbarste Ursache der Krankheiten bezeichnete und hinzufügte, es bedürfe keines Beweises, daß der größte Teil der Krankheiten, welche entweder den vollen Lebensgenuss stören oder gar einen beträchtlichen Teil der Menschen vor dem natürlichen Ziele dahintrassen, nicht auf natürlichen, sondern auf künstlich gezeugten, gesellschaftlichen Verhältnissen beruht.

Gerade in der heutigen Zeit, wo Gemeindeverwaltungen und vereinzelt auch Regierungen unter dem Einfluß der Sozialdemokratie sich mehr und mehr auf ihre Pflichten auf sozialhygienischem Gebiete gestossen werden, wo Millionen aufgewendet werden, um den schlimmsten Volksleiden, der Tuberkulose und der Säuglingssterblichkeit, Einhalt zu gebieten, wo man angesichts des drohenden Gespenstes des Geburtenrückganges und der damit verbundenen Entvölkerung nach Mitteln sucht, um das Menschengeschlecht gesundheitslich widerstandsfähiger zu machen, ist es doppelt und dreifach zu begrüßen, daß eine Reihe hervorragender Ärzte und Hygieniker, darunter Männer wie Blaschko, Gottstein, Lennhoff u. a. sich zusammengefunden haben, um in vollkommener Weise den Anteil zu schildern, der bei Entstehung und Verlauf der Krankheiten dem sozialen Faktorenkomplex zukommt, und zu zeigen, welcher Faktor dieses Komplexes jedesmal von hervorragender Bedeutung ist. Man muß den Lesern des Werkes,*) Herrn Professor Dr. W. Roffe und Herrn Dr. G. Tugendreich zugestehen, daß sie in der Auswahl ihrer Mitarbeiter — nach den bis jetzt vorliegenden beiden ersten Lieferungen zu urteilen — eine glückliche Hand gehabt haben. Selbstredend ist es in dem Rahmen eines Artikels nicht möglich, die Leser auch nur annähernd mit dem reichhaltigen Material bekannt zu machen, das uns hier geboten wird. Wir beschränken uns auf einige wenige Andeutungen und müssen es den Interessenten, vor allem unseren Abgeordneten, Gemeindevertretern, Gewerkschaftsbeamten und nicht zuletzt dem großen Kreise der in den Instituten der sozialen Gesetze tätigen Personen überlassen, sich durch eifriges Studium in den Inhalt des Werkes zu vertiefen. Das wird nicht nur ihnen selbst zum Vorteil gereichen, sondern mehr noch der Gesamtheit, deren Interessen wahrzunehmen sie berufen sind.

Unter dem besonders lehrreichen Abschnitt über die sozialen Ursachen der Krankheiten steht oben eine vorzügliche Darstellung des Geheimrats Dr. E. Bernick-Posen über die Wohnung in ihrem Einfluß auf Krankheit und Sterblichkeit. All das, was von sozialdemokratischer Seite von jeher betont ist, der schädliche Einfluß ungesunder und überfüllter Wohnungen, wird hier wissenschaftlich zusammengefaßt und den Regierungen die Notwendigkeit einer durchgreifenden Wohnungsreform so warm ans Herz gelegt, daß sie, wenn sie nicht die Geschäftsträger der bestehenden Klassen, sondern die Sachwalter der großen Masse der Bevölkerung wären, es als ihre vornehmste patriotische Pflicht betrachten müßten, endlich Hand an Werk zu legen, um dem fürchtbaren Wohnungseisend zu steuern. Aufs neue wird uns bestätigt, wie die Tuberkulose in erster Linie eine Wohnungsfrage ist, daß die schweren, zu Schwindsucht führenden Rindheitsinfektionen hauptsächlich innerhalb der Wohnungen, innerhalb der Familie stattfinden. Bekümmert wird uns das fürchtbare Bild des Wohnungsleides, das u. a. Albert Kohn in seinen Enquêtes vor unseren Augen entrollt hat. Wir erfahren weiter, daß auch die eigentliche Ursache des Bredurchfalls, an dem Tausende von Säuglingen dahingerafft werden, weniger in mangelhafter Ernährung liegt, als in Schädlichkeiten, die in lehrer Anfang in den Wohnungen begründet sind, und daß infolgedessen die Sommersterblichkeit der Säuglinge ebenso wie die Tuberkulose in erster Linie ein Wohnungsproblem ist. Fürwahr: diejenigen, die mit der Sozialdemokratie dafür kämpfen, daß die 400 000 Kinder, die von den etwa zwei Millionen alljährlich in Deutschland geborenen Kindern vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben, am Leben erhalten bleiben, erweisen sich im kleinen Finger tausendmal patriotischer als diejenigen, die fort und fort das Wort Patriotismus im Munde führen, in Wirklichkeit aber durch die Vernachlässigung ihrer sozialen Pflichten, durch die künstliche Verteuerung der Mieten und der Preise für Nahrungsmittel, sich als schlimmste Feinde, als Ausbeuter des Volkes und somit als antinational erweisen. Aber nicht nur mit der Tuberkulose, sondern auch mit den beiden anderen großen Volkskrankheiten unserer Zeit, mit dem Alkoholismus und der Syphilis, hängt die Wohnungsfrage aufs engste zusammen. Mit vollem Recht kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß die Wohnung die Grundfrage für das geistige und körperliche Wohlbefinden eines jeden Menschen ist, und daß somit die Lösung des Wohnungsproblems mit die dringendste soziale Forderung der Gegenwart bildet. Kögen unsere „Staatsmänner“ sich das gefaßt sein lassen!

Nicht minder interessant sind die Arbeiten von Professor Dr. Felix Hirschfeld-Berlin über die Ernährung in ihrem Einfluß auf Krankheit und Sterblichkeit sowie von Dr. Franz Koelsch-München über Arbeit bezw. Beruf in ihrem Einfluß auf Krankheit und Sterblichkeit. Zeigt uns Hirschfeld, ein wie großer Teil des Volkes unterernährt ist, während auf der anderen Seite in den wohlhabenden Klassen durch das Uebermaß an Speisen Krankheiten der verschiedenen Art erzeugt werden, so führt uns der Münchener Landesgewerbezugs Dr. Koelsch in das große Gebiet der Berufskrankheiten, die von der Berufstätigkeit weit mehr beeinflusst werden, als man gewöhnlich annehmen geneigt ist. Wir hören aus autoritärem Munde, was schon ein Marx und Engels immer

und immer wieder betont haben, daß die bewundernswürdigen Fortschritte der Wissenschaften, die Vertiefung unseres Wirtschaftslebens, zwar Intensität und Rhythmus der Arbeit, gleichzeitig damit aber auch die Ermüdung der menschlichen Arbeitskraft außerordentlich gesteigert haben, mit anderen Worten, daß die Arbeiterklasse von den Errungenschaften der Kultur keinen Vorteil, sondern eher Nachteil hat. Wir finden bestätigt unsere Behauptung von der Schädlichkeit der Nacht-, Frauen- und Kinderarbeit, von der zunehmenden Unfallhäufigkeit infolge von Uebermüdung. Wir sehen, wie die Gesundheitsfähigkeit der Mutter sich besonders bei gewerblichen Vergiftungen auch an der Nachkommenschaft rächt, wie Frühgeburten, Totgeburten, lebensschwache oder degenerierte Kinder und große Sterblichkeit im ersten Lebensjahre die Folge sind. Wenn man auf 1000 Geburten im Mittel 33 Totgeburten rechnet, so hat man bei schädlichen Betrieben oft 150 bis 170 zu erwarten. Zu diesen gesundheitsgefährdenden Momenten treten dann noch in den verschiedensten Berufen eine Anzahl spezifischer Schädlichkeiten hinzu, welche Krankheit und Sterblichkeit ganz wesentlich zu beinträchtigen vermögen, Schädlichkeiten, die im einzelnen aufzuzählen, zu weit führen würde, die aber die Notwendigkeit eines wirklich durchgreifenden Arbeiterschutzes klar beweisen. Wenn Koelsch mit Rücksicht darauf, daß für manche Arbeitsbedingungen die achttündige Arbeitszeit schon zu viel ist, während für andere Beschäftigungen die Arbeitskraft selbst in 12 Stunden noch nicht ausgenutzt ist, die Forderung des achttündigen Normalarbeitstages als ein soziales Uding bezeichnet, so vergißt er, daß wir den Achtstundentag ja nicht allein aus gesundheitlichen Rücksichten fordern. Doch wollen wir an dieser Stelle mit ihm nicht darüber rechten, zumal da er selbst zugibt, daß nach dieser Richtung hin unsere Kenntnis von der Physiologie der Arbeit und deren Umsetzung in die Praxis noch weiterer Förderung bedarf. Beispielen können wir ihm in seiner Forderung auf Abschaffung der Nachtarbeit, auf Gewährung mindestens eines vollen Ruhetages in der Woche sowie eines alljährlichen mehrtägigen ununterbrochenen Urlaubs, „um Körper und Geist die gewisse Menge von Spannkraft zu erhalten, ohne welche ein vorzeitiger Energieverbrauch unausbleiblich ist“.

Speziell mit dem Einfluß der sozialen Lage auf Krankheit und Sterblichkeit der Frau befaßt sich Sanitätsrat Dr. Weinberg-Stuttgart. Auch hier wieder dasselbe Bild des mangelnden Arbeiterschutzes. Daß wir keine Anregung auf Einführung einer Mutterschaftsversicherung, namentlich einer besonderen Fürsorge für uneheliche Schwangere und Wöchnerinnen warm befürworten, bedarf ebensowenig einer Betonung, wie, daß wir übereinstimmen mit dem leitenden Arzt einer städtischen Fürsorgestelle in Berlin Dr. Tugendreich, der den Einfluß der sozialen Lage auf Krankheit und Sterblichkeit des Kindes untersucht und dabei in Einklang mit dem Hygieniker Professor Gruber zu dem Ergebnis kommt, daß man nie vergessen darf, daß alle sogenannten sozialen oder Wohlfahrtsvereine nur Surrogate sind für die Sicherung des gesunden Gedeihens des Nachwuchses der Kinder wie der Erwachsenen im Schoße der Familie selbst.

Es ist, wie gesagt, unmöglich, an dieser Stelle den reichen Inhalt des Werkes auch nur annähernd zu erschöpfen. Wohin wir auch blicken, gleichviel, ob wir die Arbeit des Hamburger Schularztes Dr. Fürst über den Einfluß der sozialen Lage auf die Schulausgangsfrage zur Hand nehmen, oder den Artikel von Dr. Woz über den Einfluß der sozialen Lage auf Nerven- und Geisteskrankheiten, Selbstmorde und Verbrechen, allüberall stoßen wir auf die sozialen Verhältnisse als die Hauptursache sowohl von körperlichen und geistigen Gebrechen aller Art, als auch von anderen Uebeln, wie Banditenverbrechen, Prostitution und Verbrechen. Welche Rolle in dieser letzten Beziehung der Beruf spielt, weist Woz überzeugend nach.

Wenn auch vieles von dem Inhalt des Werkes für uns nichts Neues ist, sondern nur die Behauptungen der Sozialdemokraten bestätigt, so wird doch ein jeder, der im öffentlichen Leben steht und sich mit sozialen Fragen befaßt, manche Anregung daraus schöpfen und niemand wird es unbedeutend aus der Hand legen. Hoffen wir, daß sich der dritte und letzte Teil, der die soziale Therapie der Krankheiten umfassen soll, den beiden bisher erschienenen Teilen würdig an die Seite stellt! P. H.

Der Untergang der „Titanic“

vor dem Schöffengericht.

Vor der 145. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte, unter Vorsitz des Amtsratsrats Wollner, stand gestern Termin in einer Privatklage an, in welcher die „Titanic“-Katastrophe zur Erörterung gelangte.

Privatkläger sind Herr Guglielmo Marconi, der bekannte Erfinder der drahtlosen Telegraphie, und der geschäftsführende Direktor der Marconis Telegraph-Compagny, Gobrey Charles Isaac, Angellager ist der verantwortliche Redakteur der „Welt am Montag“, Alfred Scholz.

Die „W. a. M.“ veröffentlichte am 29. April unter der Ueberschrift „Der Gemütsmenschen Marconi“ einen Artikel. In diesem wurde u. a. behauptet, der geniale Erfinder Marconi habe strapaziös bei der „Titanic“-Katastrophe den Schmerz und die Qual Tausender zugunsten seiner Gesellschaft in das Gemüth gesteckt. Er habe bei der Untersuchungskommission in Washington selbst zugegeben, daß mit seinem Wissen und Willen die Gesellschaft zu selbstthätigen Zwecken die Katastrophe ausgebeutet habe. Von der Marconi-Gesellschaft seien, wenn die Berichte der amerikanischen und englischen Presse richtig seien, absichtlich die Folgen des Unglücks verschwiegen worden, sie habe zu diesem Zweck den Telegraphisten des Schiffes „Carpathia“ bestochen und Marconi selbst habe hinter diesem peinlichen Schweigen gestanden, welches tagelang über dem Schicksal der 2500 „Titanic“-Passagiere lag und die vielen Tausende der Angehörigen auf den Gipfel der Verzweiflung trieb. Marconi sei der grauamste aller Profitgierigen, der unbedürftig um die Zweifel über Namen und Schicksal der Verreckten seelentrübend den aus Tod und Verzweiflung herauspringenden Profit heranzuehmen habe. — Letztere Behauptung des Artikels bezieht sich darauf, daß die Marconi-Gesellschaft, wie behauptet wird, angeblich mit der „New York Times“ ein Abkommen getroffen habe, wonach nur diese Zeitung allein Nachrichten über das Unglück erhalten solle und dafür ein kolossales Honorar an die Marconi-Gesellschaft bezahlen müsse.

Angel Scholz erklärt, daß der Artikel nur das wiedergebe, was in zahlreichen anderen deutschen Zeitungen auf Grund der Berichte englischer und amerikanischer Blätter gleichfalls besprochen und mit dem Ausdruck der Empörung kritisiert worden sei. Als Dolmetscher der englischen Sprache ist der vereidete Dolmetscher beim Kammergericht Julius Danks geladen worden. Von seinen Privatklägern ist der Marconi-Telegraphist Harold Sidney Bride zur Stelle gebracht. Dieser war bei der Katastrophe auf der „Titanic“, er befand sich unter den Verreckten, die von dem Dampfer „Carpathia“ aufgenommen worden sind, und hat freiwillig dem Telegraphisten der „Carpathia“ in Ausübung seines Amtes geholfen. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Er wolle alles, was in dem Artikel stehe, als durchaus wahr und zutreffend beweisen und habe solche Beweise schon in seinen Schriftsätzen angeboten. Er beziehe sich auf den Redakteur Awerdt zu New York und den Chefredakteur Adolf Cohn zu New York. Diese würden bekunden, daß nach dem Untergang der „Titanic“ seit drei Tage lang keinerlei bestimmte Nachrichten über das Schicksal der

*) Krankheit und soziale Lage. F. J. Lehmanns Verlag, München 1912. 18 M.

Passagiere zu erlangen war, abgleich die mit Marconi-Apparaten ausgerüstete „Carpathia“ über den Umfang der Katastrophe genau unterrichtet war. Der Telegraphist der „Carpathia“, Cottam, habe schon vor dem Untersuchungsrichter Senator Smith bekundet, daß die Marconi-Gesellschaft mit der „New York Times“ eine Vereinbarung dahin getroffen hatte, daß diese Zeitung allein die Berichte über das Unglück gegen Zahlung eines hohen Honorars erhalten sollte und daß aus diesem Grunde jegliche Auskunft an Angestellte verweigert wurde. Der Telegraphist Cottam werde außerdem bekundet, daß er zu seinem Verhalten durch zwei Depeschen, von denen die eine mit „Marconi“ gezeichnet war, bestimmt worden sei. Die eine Depesche habe gelautet: „Hör mal, alter Junge, Marconi-Gesellschaft nimmt Deine Interessen wahr, halte Mund und halte Bericht zurück, es ist arrangiert, daß Du viel Geld dafür bekommst.“ Die zweite Depesche habe gelautet: „Triff Marconi Strandhotel 14, halte Mund.“ Der Verteidiger verweist darauf, daß es in Amerika eine übliche Sitte sei, daß bei solchen Katastrophen sich eine einzige Zeitung die Berichte sichere.

Von den Vertretern der Privatkläger, Justizrat Leonh. Friedmann und Rechtsanwalt Sachs werden in längeren Ausführungen alle Behauptungen des Artikels als völlig unzutreffend zurückgewiesen. Richtig sei es, daß die beiden erwähnten Depeschen sich in den Akten befinden; sie seien von der Seagate-Station ausgegangen, deren Beamte absolut nicht unter der Oberhoheit Marconis stehen. Sie seien ferner dem Telegraphisten der „Carpathia“ erst zugegangen, nachdem von diesem schon zahlreiche Telegramme über das Unglück, die Geretteten usw. abgefaßt worden waren und die „Carpathia“ nur noch eine Stunde vom New Yorker Hafen entfernt gewesen. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein behauptet dagegen: Cottam habe schon vorher eine entsprechende Anweisung erhalten und habe in Ausführung dieser Anweisung Schiffe, die zur Rettung herbeigeleitet waren, ausweichende Antworten gegeben. Die Verteidigung wolle beweisen, daß Marconi hinter den Telegrammen gestanden habe.

Das Gericht beschließt, zunächst den anwesenden zweiten Telegraphisten der „Titanic“, Bride, der solange telegraphiert hatte, bis ihm das Wasser an der Kehle stand, und dann gerichtet wurde, zu vernehmen. Der Zeuge bekundet u. a.: Er sei im letzten Moment von der sinkenden „Titanic“ ins Meer gesprungen, habe sich schwimmend über Wasser gehalten, bis er von einem Rettungs-

boot aufgenommen und auf die „Carpathia“ gebracht wurde, wo er zunächst einige Stunden im Lazarett sich erholen mußte. Er habe dann dem Telegraphisten Cottam beim Übertragen der Telegramme geholfen, die in großer Zahl — über 300 — von den Überlebenden der Katastrophe aufgegeben wurden. Infolge dieser übermäßigen Beschäftigung mit dem Absenden sei nur ein ganz geringer Prozentsatz von Telegrammen, die an die „Carpathia“ aufgegeben wurden, aufgefunden worden. Bei der Vernehmung Marconis vor der Untersuchungskommission in Washington sei er zugegen gewesen, könne sich aber auf dessen Aussage nicht genau besinnen, doch glaube er nicht, daß — wie behauptet werde — Marconi zugegeben habe, eine solche Verschweigungsanweisung gegeben zu haben. Was die beiden Telegramme betrifft, so handele es sich dabei nicht um eigentliche Telegramme, sondern um Privatgespräche zwischen dem Telegraphisten der Seagate-Station und dem Telegraphisten der „Carpathia“. Das sei aber erst eine Stunde vor dem Einlaufen der „Carpathia“ in den Hafen von New York geschehen, während von der „Carpathia“ aus schon vier Tage vorher die Depeschen über das Unglück und die Geretteten abgegangen seien.

Justizrat Leonh. Friedmann und Rechtsanwalt Sachs bestreiten, daß eine der beiden Anstöß erregenden Depeschen mit dem Namen Marconi unterzeichnet gewesen sei. Justizrat Friedmann hält die Sache durch die Aussage des Zeugen Bride für vollständig geklärt, denn durch den Zeugen sei festgestellt, daß zahlreiche Depeschen über das Unglück und die Geretteten ausgegeben worden sind und es absolut nicht zutrifft, daß Marconi Anweisung gegeben habe, mit Nachrichten über das Unglück zurückzuhalten, weil die „New York Times“ gegen hohes Honorar das Recht erworben habe, allein solche Berichte zu erhalten.

Rechtsanwalt Dr. Löwenstein ist im Gegenteil der Ansicht, daß durch die Vernehmung des Zeugen Bride schon mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit festgestellt sei, daß die Marconi-Gesellschaft hinter den beiden Depeschen stehe, durch welche das Verschweigen aller Nachrichten hervorgerufen worden sei. Die Empörung darüber sei in zahlreichen Organen der Presse zum Ausdruck gebracht worden. Halte das Gericht die Sache noch nicht für genügend geklärt, so werde die Vernehmung des Chefredakteurs Adolf Ochs zu New York beantragt; dieser werde bekunden, daß die Marconi-Gesellschaft hinter den beiden Tele-

grammen stehe und ihr ein Honorar von 5000 Dollar dafür bezahlt worden sei oder bezahlt werden sollte. Wenn das erwiesen werde, so ergebe sich, daß eine der entsetzlichsten Katastrophen, die die Geschichte der Menschheit zu verzeichnen habe, von einer Milliarden-Gesellschaft ausgenützt worden sei, um einen bagatellmäßigen Profit zu erzielen, ferner, daß hier ein Unglück ausgebeutet worden sei auf Kosten der Angst, des Entsetzens und des Mitleids der ganzen Welt. Es werde ferner auf die Akten der Untersuchungskommission Bezug genommen; diese würden ergeben, daß Marconi zugegeben: Das Verbalten des Cottam sei mit seiner Zustimmung erfolgt und das Zurückhalten der Depeschen auf Anweisung der Marconi-Gesellschaft zurückzuführen sei.

Vorsitzender Amtsgerichtsrat Pollner wünscht von dem Zeugen Bride Auskunft darüber, wie es denn zu erklären sei, daß angeblich so viele Einzeldepeschen von Angehörigen der „Titanic“-Passagiere zu erledigen waren und nicht ein einziges Telegramm mit den Namen der Geretteten abgefaßt worden ist. — Zeuge Bride bekundet hierzu: Er habe selbst mit Cottam zwei Telegramme mit den Namen von 700 Geretteten abgefaßt. Das eine Telegramm mit 200 Namen habe drei Stunden in Anspruch genommen. Diese Telegramme seien von einem amerikanischen Kriegsschiff und einem Transportschiff aufgefunden worden.

Rechtsanwalt Dr. Löwenstein: Diese Behauptung sei ganz neu und würde weiterer Nachprüfung bedürfen.

Das Gericht beschließt hierauf, die Sache zu vertagen und dem Angeklagten aufzugeben, sich auf den von den Klägern einzureichenden Bericht der Untersuchungskommission in New York bezw. Washington zu äußern. Im Anschluß daran soll dann in einem neuen Termin über die etwa notwendig werdende Erhebung weiterer Beweise Beschluß gefaßt werden.

Marktbericht von Berlin am 29. Oktober 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speldeböhen, weiße, 35,00—50,00. Linien 35,00—60,00. Rastoffen (Kleinhdl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Sale 1,60—3,20. Jander 1,40—3,60. Gochte 1,40—2,80. Barische 1,00—2,40. Schiele 1,60—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Bredis 2,00—3,00.

Reklame-

Konfektions-Verkauf Donnerstag, Freitag, Sonnabend zu enorm billigen Preisen

- 1 großer Posten **Wister** fesche, sparte Formen aus doppelseitigen, vorzüglichen Stoffen, beste Verarbeitung, offen und geschlossen zu tragen
- 1 großer Posten **Backfisch-Wister** jugendliche, kleidsame Fassons aus modernen Stoffen
- 1 großer Posten **Samt-Mäntel** aus besten Velours du Nord, mod. Fassons, in feinsten Ausführung, zum Teil auf Seide
- 1 großer Posten **Schwarze Paletots** prima Tuch, Kragen mit Seide garniert, ganz gefüttert, zum Teil auf Seide
- 1 großer Posten **Jacken-Kostüme** aus guten Stoffen englischer Art und prima marine Kammgarn

- 17⁵⁰ 24⁰⁰ 29⁵⁰ 35⁰⁰
- 17⁵⁰ 19⁵⁰ 24⁰⁰ 32⁰⁰
- 34⁰⁰ 48⁰⁰ 55⁰⁰ 68⁰⁰
- 17²⁵ 24⁵⁰ 36⁰⁰ 48⁰⁰
- 22⁵⁰ 32⁰⁰ 36⁰⁰ 45⁰⁰

Mädchen-Wister
aus prima flauschartigen Stoffen, sehr kleidsame Fassons, offen und geschlossen zu tragen. Besondere Gelegenheit.
Länge 65—100 cm.
durchweg das Stück
12⁰⁰

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Fr. Hahn Alexanderplatz Landsbergerstr. 6 1/2

Modernes Kaufhaus für Damen, Herren und Kinderkleidung, Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen usw.
Zahlstelle der Freien Volksbühne Nr. 63.

Getragene Monatsgarderobe.

Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen, Maßpaletots, Wister etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in prima Ausführung.

Jackett-Anzüge	M. 12.—	16.—	22.—	etc.
Herrn-Paletots	10.—	14.—	18.—	
Wister	12.—	16.—	24.—	
Rock-Anzüge	12.—	16.—	24.—	
Gehrock-Anzüge	18.—	23.—	29.—	
Frack- u. Smoking-Anzüge	24.—	28.—	33.—	
Herrn-Beinkleider	5.—	7.—		

Frack-Gesellschaftsanzüge werden variiert.

Herren-Garderobenhaus zur Friedrichstr. 127

Sonntags nur v. 12—2 Uhr geöffnet.

Tanz-Schule Richard Heinrich

jetzt Restaur. Fürstenhof, Köpenicker Str. 137.
Unterrichtsstunden: Jeden Sonntag von 3—6 Uhr.
Jed. Donnerstags v. 8—11 Uhr. Jed. Sonntag v. 6—11 Uhr.
Nachübungsritzel. Aufnahme neuer Schüler jederzeit.
Hocharbeitungsvoll.

Richard Heinrich
Weichselstr. 8.
Telephon: Neukölln 406.

Zeugen gesucht.

Am 27. Januar 1912 (Geburtsstag), abends etwa 8 Uhr, ist an der Ecke der Turm- und Oststrasse ein Mann, nachdem er auf einer Apfelsinenschale ausgeglitten und gefallen war, durch einen Autoomnibus angefahren und verletzt worden. Zeugen, welche den Vorfall beobachtet haben, werden gebeten, sich bei dem Untersuchungsrichter unter genauer Angabe ihrer Adresse zu melden. Utwaige Unkosten werden erstattet.

Schulz, Bernwarder, Berlin-Woohlt, Rendsburgerstr. 5, vorn II.

Bekanntmachung.

Den Arbeitgebern und Mitgliedern der Allgemeinen Orts-Krankenkasse der Orts-Krankenkasse der Dandweiser und der Orts-Krankenkasse der Tischler zu Spanbau zur Nachricht, daß die An- und Abmeldungen sowie die Einschaltungen der Beiträge an allen Sonntagen, auch des Sonnabends, vom 1. November 1912 ab stattfinden.

Auch wird vom 1. November 1912 ab das Krankengeld nicht nur des Sonnabends, sondern täglich, d. h. immer mit Ablauf der Krankenscheine oder an dem Tage, an welchem der Kranke gesund geschrieben wird, ausbezahlt.
280/16 Die Vorstände.

Zahnarzt

Dr. med. Wilhelm Klausner
in Wien approb.
:: verzogen nach ::
Flensburger Str. 28
Sprechstunden
für Kassonpatienten 9-10, 3-4.

Reparaturen. Spez.: Un-erlässlich laudere Renjur für Zähler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Konzertstreich ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Patenzahlung für Verordnungsabonnenten. Ungewöhnlich ebrende Knechtungen.
Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgegenbau in Berlin N. 24, St. Hamburgerstr. 17.

Warnung vor Nachahmung

des echten gesetzl. gesch.

Kapitän-Kautabaks

dringend geboten.

Jedes einzelne Stück wird nur verpackt und mit Aufschrift: „Kapitän-Kautabak“ geliefert.

Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 119, Ami Königstadt 3861

Knaben-Anzüge.

Wister — Pyjaks, einfache u. elegante Sachen, jetzt billig direkt in der Fabrik Hoher Steinweg 15, III, gegenüber Rathaus. — Dagegen auf einzelne Herren-Anzüge meist umt. Preis

Vorjährige

feinste Anzüge, Paletots, schicke Wister, Gehrockanzüge, Smokings auf Seide 30—70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel, Bezirk 289.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gastwirt
Otto Brust
(Andreasstr. 77) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Freitag, den 1. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle des
Georgen-Richthofes, Landaberger
Allee, aus statt.
220/14 **Der Vorstand.**

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Straßen-
bahner
August Kuhrt
am 27. d. Mts. im Alter von
40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 31. Oktober, nachm.
8 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Häufigen Friedhofes Seeestraße,
Ede Müllerstraße, aus statt.
188/3 **Die Bezirksverwaltung.**

Zentralverband der Maschinisten
u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Am 24. Oktober verstarb infolge
eines Unfalles bei seiner Arbeit
unser Mitglied, Kollege
Gustav Maiwald.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 31. Oktober, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Kummelsburger Fried-
hofes, Lößstraße, aus statt.
148/12 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverh. d. Handlungsgehilfen
Bezirk Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Ver-
sicherungsbeamte
Alfred Bredow
am 28. d. M. nach schwerem Leiden
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem
Thomas-Kirchhof in Reutlingen,
Dormannstraße, statt.
Uns rege Beteiligung ersucht
298/14 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Gärtner
Otto Lehrfeldt
Kottbuser Damm 39
am 28. d. M. an eitriger Mandel-
entzündung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Richthofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
182/5 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Verband der Töpfer
u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß am 29. Oktober 1912, der
Kollege
Wilhelm Pielack
(Bezirk Gesundbrunnen)
an Lungentuberkulose verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 2. November,
nachmittags 4 Uhr, von der
Leichenhalle des Friedhofes der
Friedensgemeinde in Nordend
aus statt.
Der Vorstand.

Am Montag, morgens 7 Uhr,
entschied nach langem, schwerem,
mit großer Geduld ertragenen
Leiden im 48. Lebensjahre mein
lieber Mann und unser herzens-
guter Vater
August Wiesemann.
Dies zeigen tiefbetäubt an
Emilie Wiesemann geb. Lubnitz
nebst Kindern,
Kopenbagerer Straße 38.
Die Beerdigung findet Donners-
tag, mittags 12 Uhr, vom Trauer-
haus aus statt.

Danksagung.
Für die rege Beteiligung und vielen
Ansprachen bei der Beerdigung
meines lieben Bruders
Rudolf Wilsch
sage ich hiermit allen herzlichsten Dank.
Joseph Wilsch.
72a

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß die Frau des Kollegen
Thäder, Marie
geb. **Pickardt**
Grunstraße 30, Bezirk 4,
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 31. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Richthofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/5 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, Vaters, Bruders,
Onkels, Cousins und Freundes
Wilhelm Hoeck
sagen wir allen Beteiligten, ins-
besondere den Kollegen und Kol-
leginnen der Firma Boffe u. Co.,
dem Sparverein „Tip-Top“, den Be-
amten der Metallarbeiter-Kranken-
kasse von Charlottenburg, dem
Deutschen Metallarbeiter-Verband so-
wie dem Wahlverein unseren herz-
lichsten Dank.
43/4

Witwe Auguste Hoeck
und Tochter.
Danksagung.
Für die rege Beteiligung bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters, des Gastwirts
Georg Stucke
sagen wir allen Bekannten und Be-
nennen des 550. Bezirks unseren
wärmen Dank.
32a
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die Stützspenden bei
der Beerdigung meiner lieben Frau
und guten Mutter sagen wir allen
Freunden und Bekannten sowie un-
seren früheren Gästen aus der Ewige-
münder Straße und Umgegend, ferner
dem freien Gastwirteverband und
dem Friedrichshofverein unseren Her-
zlichsten Dank.
22a
Fritz Becker u. Sohn,
Choriner Straße 9, I.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage ich allen Freunden,
Kollegen und Bekannten meinen her-
zlichsten Dank.
62/4
Witwe Elise Schdenburg
nebst Kindern.

Ortskrankenkasse
der
Schmiede und verw. Berufe
zu Berlin.
Freitag, den 8. November 1912,
abends 8 1/2 Uhr:
Ordentliche
General-Versammlung
bei Fröhlich, Rudolfer Straße 1.
1. Neu- resp. Wiederwahl der aus-
scheidenden Vorstandsmitglieder:
a) ein Arbeitgeber auf 3 Jahre,
b) zwei Arbeitnehmer auf 3 Jahre.
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung
der Jahresrechnung 1912.
3. Antrag wegen weiterer Zulassung
unserer Kollege.
4. Verschiedenes. 280/15
Der Vorstand.
J. H.: Ad. Pilgrim, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse
für das
Bäcker- u. Konditor-
gewerbe zu Berlin.
Die Generalversammlung der
Christenkrankenkasse für das Bäcker-
und Konditorgewerbe zu Berlin
findet am Dienstag, den 5. No-
vember 1912, abends 8 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15,
Saal V, statt, wozu die Herren Kas-
senvertreter hiermit ergebenst eingeladen
werden. 280/14
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorsitzenden. 2. An-
trag auf Zulassung als besondere
Christenkrankenkasse nach den Bestim-
mungen der Reichsversicherungs-
ordnung. 3. Ergänzungswahlen zum
Vorstande. 4. Wahl von drei Revi-
soren zur Abnahme der Jahres-
rechnung für 1912. 5. Kas-
sengeschäftliches.
Der Vorstand.
K. H.: Karl Metzschold, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin
Hauptbureau: Amt Nordend, Nr. 1239. Charitéstraße 3. Amt Nordend, Nr. 1987.
Sonnabend, den 2. November, präzise nachts 12 Uhr:
Branchen-Versammlung
der **Kino-Operateure Groß-Berlins**
in Wwe. Augustins Festsälen, Oranienstraße 103.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen ist erforderlich.
132/4 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Textilarbeiterverband.
Filiale Berlin.
Zentralarbeitsnachweis: Andreasstr. 17, in der Geschäftsstelle.
— Gedöffnet 8-1 und 5-7 Uhr, außer Mittwochsnachmittag. —
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1873.

An die Arbeiterschaft der hiesigen Strickereien und
Wirkereien, Zwirnereien und Gaspelereien!
Am Sonnabend, den 2. November 1912, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
aller in obigen Betrieben beschäftigten Personen.
in den Andreas-Festsälen (oberer Saal), Andreasstr. 21.
Tagesordnung:
1. Was lehrt uns die jetzige Zeit? Vortrag des Kollegen Max
Gruhl. — 2. Diskussion.
197/11 **Die Branchenleitung.**



Putzmännchen fühlt sich
immer wohl,
Denn alle Welt putzt mit
Blendol
Dem besten flüssigen Metallputz.
In Glasfl. zu 10, 15 und 25 Pfg., in Blechfl. aller
Größen überall erhältlich.
FABRIK: URSAN & LEHM - CHARLOTTEBURG

Achtung! Achtung!
Gewerkschaften! Vereine! Komitees!
Hierdurch zur gef. Kenntnis, daß der Gastwirt Max Pavel,
Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m (Wulferstraße), bei Festlichkeiten Nicht-
mitglieder beschäftigt hat, trotzdem seitens der Komitees Mitglieder
unseres Verbandes gewünscht worden sind.
Wir bitten nun, alle Bestellungen an unsere Geschäftsstelle:
Wilhelm Scheel, Brangelstr. 107, Moritzpl. 10 381, gelangen
zu lassen. 200/14
Tanzlehrerverband „Solidarität“ 1892.
Folgende Mitglieder gehören unserem Verband nicht mehr an:
Willi Keller, Otto Klatt und Felix Hoppe.

Sophien-Säle
Inhaber Joseph Heidrich, Sophienstr. 17-18
12 Säle in allen Größen mit Bühne
zu allen Gelegenheiten passend.
An Sonnabenden und Sonntagen noch frei!
Kleine Vereinszimmer und 5 Kegelbahnen noch zu vergeben!

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.
Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.
Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100
Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei
Krankheit und Arbeits-
losigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,
resp. nach Uebereinkunft.
Verzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonnabends 12-2 geöffnet.

Cigaretten
der
Tabakarbeiter-Genossenschaft
Spezialität III
Sie unterstützen uns, wenn Sie
bei Ihrem Cigarrenhändler
unsere Cigaretten fordern.
Vertreter:
P. Horsch, Engelufer 15,
Cigaretten- u. Tabak-Großhandlung.

Die neue Manoli
Kardasch
das Beste für 3 M

Neu eröffnet
Café Leitmeyer
Petersburger Straße, Ecke der Frankfurter Allee.
Auf das modernste ausgebaut und vergrößert. — Parterre, I. Etage. —
Gesellschaftszimmer für 100 Personen • Erstklassiges Künstler-Konzert • Tag und Nacht geöffnet.

Wollen Sie elegante gut sitzende Kleidung tragen?
Die Firma Heinrich offeriert Ihnen:
Vornehme Herren-Anzüge nach Maß zum Preise M. 60.—
Herren-Paletots „M. 50.—“
in Stoffe — Beste Zutaten — Verarbeitung nach letzter Mode.
Wenn Sie mit mir noch nicht in Verbindung stehen, versuchen
Sie es jetzt! Ihr erster Bezug wird Sie zu meinem ständigen
Kunden machen.
Ich übernehme volle Garantie für Güte und
Haltbarkeit der Stoffe, wie für den Sitz.
Auf Wunsch günstige Zahlungsbedingungen.
Fordern Sie, wenn Sie nicht selbst kommen
können, den Besuch meines Vertreters.
Heinrich, Charlottenburg, Kantstraße 20.

Eisenbahnzusammenstoß am Bahnhof Jannowitzbrücke.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich gestern morgen am Bahnhof Jannowitzbrücke zugetragen. Dort fuhr ein Nordringzug auf einen in der Bahnhofshalle auf die Ausfahrt wartenden Friedrichshagener Vorortzug. Durch den heftigen Anprall wurden mehrere Wagen beider Züge zertrümmert und ungefähr 50 Personen zum Teil schwer, zum Teil leichter verletzt.

Ueber das schwere Unglück werden uns folgende Einzelheiten gemeldet: Der Friedrichshagener Vorortzug, der um 7.30 Uhr vom Bahnhof Jannowitzbrücke weiter fährt, hielt zur Ausfahrt bereit in der Bahnhofshalle, um auf das Ausfahrtsignal zu warten. Währenddem kam der Nordringzug Nr. 7508 vom Bahnhof Alexanderplatz her, um in den Bahnhof einzufahren. Weil nach Angabe des Lokomotivführers die Einfahrt freigegeben war, fuhr dieser auch mit voller Geschwindigkeit in den Bahnhof ein. Da das Gleis kurz vor dem Bahnhof eine Biegung macht und es um diese Zeit durch das nebelige Wetter noch etwas dunkel war, sah der Lokomotivführer erst kurz vor der Einfahrt, daß noch ein Zug in der Halle hielt. Er versuchte jetzt mit allen Mitteln, den Zug zum Stehen zu bringen. Dies gelang ihm jedoch nicht und so fuhr der Nordringzug mit großer Gewalt auf den noch haltenden Vorortzug. Durch den wuchtigen Zusammenstoß wurden mehrere Wagen beider Züge zusammengedrückt. Von einzelnen Wagen wurden die Seiten- und Rückwände total zertrümmert, während das Untergestell bis auf einige Eisenteile, die glatt durchbrochen wurden, nur etwas verbogen wurde. Die Puffer und die Druckstangen brachen zum größten Teil glatt durch. Besonders schwer mitgenommen wurden die Wagen, die mit Puffern zusammengelockert waren, während die anderen Wagen weniger schwer beschädigt wurden. Im Augenblick des Zusammenstoßes ertönte ein wildes Geschrei. Frauen, Kinder und Männer riefen um Hilfe. Aus den Abteilen kamen immerfort Personen herausgelaufen, die an verschiedenen Stellen bluteten. Eine große Panik bemächtigte sich auch der umherstehenden gebliebenen Fahrgäste. Beide Züge waren voll von Arbeitern und Angestellten, die ihre Arbeitsstellen und Geschäfte aufsuchen wollten. Eine große Anzahl Fahrgäste wurde durch Glassplitter verletzt. Bei dem Zusammenstoß zerflogen sofort alle Scheiben. Große Glassplitter flogen in die Abteile und verletzten die an den Fenstern sitzenden Personen zum Teil sehr schwer am Kopfe. Viele anderen wurden durch die in die Abteile eindringenden Eisen- und Holzteile eingeleimt. Mehrere erlitten dadurch Beinbrüche. Die meisten Verletzungen entstanden dadurch, daß die Fahrgäste bei dem Anprall mit großer Wucht zusammenstießen und sich dadurch gegenseitig verletzten. Von dem Friedrichshagener Zug wurden die Wagen 3. Klasse 4527, 4769 und 4836 besonders schwer beschädigt, während bei dem Nordringzug die Wagen 2957, 2978 und 3471, ebenfalls mit Abteilen dritter Klasse, am argsten mitgenommen wurden.

Die Verletzten Personen wurden auf dem Bahnhof gleich von Beamten und Samaritern der Feuerweh, die sofort herbeigerufen wurden, in Empfang genommen, verbunden und nach der Hilfswache am Grünen Weg gebracht, um von hier aus, soweit es nötig war, nach den Krankenhäusern geschafft zu werden. Lebensgefährlich ist, soweit sich bis jetzt feststellen ließ, niemand verwundet. Leichtere Verletzte suchten zum Teil die Hilfswachen in der Reibelfstraße und am Grünen Weg direkt auf.

Gemeldet haben sich 47 Personen, von denen jedoch nur neun ernstere Verletzungen davongetragen haben.

Nachdem der erste Schrecken überwunden war, wurde sofort ein Hilfszug vom Schleifischen Bahnhof nach der Unfallstelle geschickt und mit den Aufräumungsarbeiten begonnen. Einzelne Wagen waren aus den Gleisen gesprungen und mühen erst mit großer Mühe wieder auf die Schienen gehoben werden. Als es gelungen war, die beiden Züge auseinander zu ziehen, war das Gleis mit Holzteilen und Eisenstangen ganz bedeckt. Die Ordnung wurde von zahlreichen Schutzleuten aufrecht erhalten. Kom Polizeipräsident waren sofort Geheimrat Friedheim als Vertreter des Polizeipräsidenten und Oberst Hoesl vom Kommando der Schutzmannschaft erschienen.

Der rege Stadtbahn- und Vorortverkehr, der in den Morgenstunden herrscht, war für kurze Zeit gänzlich unterbrochen. Später half sich die Eisenbahnverwaltung dadurch, daß sie, um den Massenverkehr einigermaßen zu bewältigen, die Vorort- und Stadtbahnhöfe über die Ferngleise lenkte. Da aber nur die größeren Stadtbahnhöfe auch Haltestellen für Fernzüge haben, mühen die Züge über die kleineren Bahnhöfe hinwegzufahren. Die Folge war, daß alle Schüler und Schülerinnen, Arbeiter und Angestellte mit erheblichen Verspätungen ihr Ziel erreichten.

Ueber die Schuldfrage

Wie berichtet: Die Ermittlungen haben ergeben, daß der Lokomotivführer die Signale verwechselt haben kann. Das Signal der Rube 5 soll auf Halt gestanden haben und das Einfahrtsignal auf Bahnhof Jannowitzbrücke auf freie Fahrt, weil der Zug 2237, für den dies Signal gestollt hatte, noch nicht abgefahren war. Danach hat sich der Führer des Zuges 1758 gerichtet. Es scheint also ein Versehen vorzuliegen. Es hätte u. S. nach sowohl die Rube 5 als auch der Bahnhof Jannowitzbrücke, solange der Zug nach Friedrichshagen im Bahnhof hielt, das Signal „Halt“ zeigen müssen. Dies war angeblich nicht der Fall. Es wird vielmehr omittäherfests angegeben, daß dies Signal: freie Fahrt auf dem Bahnhof für den ausfahrenden Zug gegeben worden ist. Der Lokomotivführer vom Zuge 2237 behauptet dagegen, daß er nur das Signal: „Freie Fahrt“ bemerkt hat, ein Haltesignal will er auch bei Rube 5 nicht gesehen haben.

Amlich wird folgendes mitgeteilt:

Berlin, 30. Oktober. Heute morgen 7 Uhr 35 Minuten fuhr auf Station Jannowitzbrücke der Nordringzug Nr. 1750 auf den auf Gleis III haltenden, von Station Grunewald nach Friedrichshagen fahrenden Vorortzug Nr. 2277, wahrscheinlich infolge Ueberfahrens des Haltesignals. Es wurden insgesamt 46 Personen verletzt. Die Verletzungen sind bis auf vier leichter Art. Die Lokomotive des Nordringzuges und zahlreiche Wagen der beiden Züge sind erheblich beschädigt. An der Unfallstelle erschienen bald darauf Geh. Raurat Lehmann von der Eisenbahndirektion, Geh. Raurat Wambögen von der Betriebsinspektion, die Feuerweh mit mehreren Zügen unter Führung des Branddirektors Reichel. Vom Schleifischen Bahnhof entsandte man einen Sanitätszug, dessen Personal sich sofort um die Verletzten bemühte. Ebenso leisteten die Unfallstationen aus der Kommandantenstraße und vom Spittelmarkt die erste Hilfe. Der Betrieb auf Gleis III ist vollkommen unterbrochen. Die Aufräumungsarbeiten werden einige Stunden in Anspruch nehmen. Die Züge fahren nur in der Richtung Charlottenburg.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmerdorf-Galense. Freitag abend 8 1/2 Uhr findet im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 116, zu den Stadtverordnetenwahlern ein Volksversammlung statt, in der Stadtverordneter Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin über die Frage „Warum müssen mehr Sozialdemokraten ins Stadtparlament?“ sprechen wird. Es wird ersucht, für zahlreiche Beteiligung an dieser letzten Versammlung vor den Wahlen zu agitieren. Das Wahlkomitee.

Lichtenberg. Heute Donnerstag, abends 1/9 Uhr, findet im Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 5, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Wahlrechtsraub und Stadtverordnetenwahlen. Referent: Genosse W. Dämell. Parteigenossen und Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung. Die Bezirksleitung.

Trebbin. Am 8., 10., 17., 24. November und 1. Dezember, nachmittags 8 Uhr, finden im Lokal von Gleiche die Vorträge des Genossen Julian Vorchardt über das Thema: „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ statt. Die Arbeiterschaft wird ersucht, an diesen Vorträgen rege teilzunehmen.

Tempelhof. Morgen, Freitag: Fortsetzung des Diskussionsabends. Beginn pünktlich 8 Uhr.

Pantow-Schönhausen. Morgen abend beginnt im „Türkischen Zelt“, Breitenstr. 14, pünktlich 8 1/2 Uhr, der Vortragszyklus vom Genossen Julian Vorchardt mit dem Thema: Die ökonomischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Bildungsausschuß.

Adlershof. Heute, Donnerstag 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung vom Jugendheim, Bismarckstr. 11.

Jerndorf. Am Sonnabend abend 8 Uhr in Koblitz im Lokal von Käbe: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Dort wollen gleichzeitig die Genossen das Material zu der am Sonntag, den 8. November, im Lokal von J. Anorr in Jerndorf stattfindenden öffentlichen Volksversammlung in Empfang nehmen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der Verkauf des russischen Fleisches in den Berliner Markthallen nahm gestern einen ruhigen und glatten Verlauf. Es waren 124 Verkaufsstände geöffnet. Die Fleischbestände wurden im Laufe des Vormittags so gut wie ausverkauft.

Die für Dienstagabend angemeldete Fleischsendung von 5 Waggons ist nicht rechtzeitig eingetroffen. Da die Vorräte russischen Fleisches auf dem Schlachthofe an die Fleischer vollständig abgegeben sind, so wird am Donnerstag vormittag kein russisches Fleisch in den Markthallen zum Verkauf gebracht werden können.

Die für Mittwochabend angekündigte Fleischsendung ist indessen nach eingegangener Meldung unterwegs. Dieses Fleisch kommt Donnerstag vormittag zur Verjollung und tierärztlichen Untersuchung und kann deshalb erst Donnerstag nachmittag an die Fleischer verteilt werden. Es ist infolgedessen leider nicht möglich, vor heute Donnerstagabend die neue Fleischsendung in den Markthallen zum Verkauf an das Publikum bereit zu stellen.

Schweinefleisch auf städtischen Gütern. In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtischen Güter wurde über die Errichtung weiterer Schweinezucht auf städtischen Gütern verhandelt. Es bestehen jetzt bereits auf sechs städtischen Gütern Einrichtungen für die Anzucht von jährlich 3-4000 und die Raß von 4-5000 Schweinen. Die Vermehrung der Schweinezucht und -mast soll nach wie vor unter Beachtung der wirtschaftlichen Vorbedingungen erfolgen. Zunächst sollen zwei weitere Schweinezucht auf Stadtgütern errichtet werden.

Sonderbaren Manipulationen bei der Stadthauptkasse in Charlottenburg ist man im Laufe des vorgestrigen Tages auf die Spur gekommen. Nach den bisherigen Untersuchungen ist festgestellt, daß sich der Stadthauptkassenrentant Bartels, der Vorsitzender des Kreisriegerverbandes Charlottenburg ist, vor dem Kassierer Sachleben 37 000 Mark aus der Stadthauptkasse hat zahlen lassen. Bartels hat dem Kassierer zugleich dagegen zwei für ihn als Gläubiger ausgefertigte Hypothekenbriefe über 40 000 und 25 000 Mark als Pfandsicherheit zugunsten der Stadthauptkasse übergeben. Hierbei ist Bartels folgendermaßen vorgegangen: Bartels kam mit den beiden genannten Hypothekenbriefen zu dem Kassierer Sachleben und verlangte den Betrag von 37 000 Mark gegen Hinterlegung der Hypothekenbriefe. Sachleben betweigerte die Zahlung ohne Genehmigung des Kämmers. Der Stadthauptkassenrentant erklärte dem Kassierer, daß er diese Genehmigung einholen werde und entfernte sich aus den Kassenträumen, nach einiger Zeit kam er mit der Erklärung zurück, daß der Vertreter des auf einige Tage beurlaubten Kämmers die Genehmigung zur Zahlung der 37 000 Mark gegen Uebergabe der Hypothekenbriefe erteilt habe. Die Bedenken des Kassierers, daß eine schriftliche Genehmigung fehle, beschwichtigte Bartels, indem er wiederum wahrheitswidrig erklärte, der Vertreter des Kämmers habe ihm erklärt, eine schriftliche Anweisung sei nicht nötig. Hierauf hat der Kassierer der Stadthauptkasse den Betrag an den Stadthauptkassenrentanten ausgezahlt.

Einige Tage später kam Bartels und erklärte, daß er die Hypothekenbriefe gegen einen auf die Commerz- und Diskontobank als Zahlstelle lautenden, von ihm ausgestellten Scheck über 37 000 Mark umtauschen wolle, indem er dem Kämmers die u n w a h r e Richtigstellung machte, daß der Gegenwert des Schecks vorhanden sei, und daß der Scheck eingelöst werden würde. Hierauf wurden die Hypothekenbriefe dem Bartels gegen den Scheck ausgetauscht. Diesen Scheck schickte der Hauptkassenrentant Bartels vor dem am 21. d. Mt. stattfindenden Kassenrevision zur Deutschen Bank, die eine Quittung über den Scheck wies, unter Bezeichnung der Nummer, nicht des Namens des Ausstellers und des Betrages des Schecks der Stadthauptkasse zuzuführen. Diese Quittung lag bei der Kassenrevision am 21. Oktober d. J. vor. Nach Beendigung der Kassenrevision trat der Hauptkassenrentant dem Kämmers davon Mitteilung gemacht, daß er für eine Zahlung des Kreisriegerverbandes den Hauptkassenrentant Sachleben über 37 000 Mark in Zahlung gegeben habe. Auf die Frage des Kämmers, um was für eine Zahlung es sich handele, erklärte er, daß es sich um eine Zahlung zu einem Grundstücksankauf handele, den der Verband mit der Stadtgemeinde getätigt habe. Auf die weitere Frage des Kämmers, wer die Deckung des Schecks zu geben habe, wurde ihm der Name eines als zahlungsfähig bekannten Mannes genannt und der noch nicht erfolgte Eingang der Deckung mit einer Reihe des letzteren erklärt. Unter diesen Umständen genehmigte der Kämmers, daß der Scheck noch einmal nach 24 Stunden und auf Witten des Rentanten erforderlichenfalls nochmals nach 48 Stunden präsentiert werden sollte. Sodann sollte mangels Einlösung seitens des Kreisriegerverbandes zur anderweitigen Zahlung aufgefordert werden. Bei dieser Anweisung war auch der Vertreter des Rentanten zugegen. Als der Scheck auf wiederholte Präsentation nicht eingelöst wurde, erschien der Vertreter des beurlaubten Rentanten beim Kämmers und stellte durch Rückpackung beim Kämmers fest, daß dieser über den Sachverhalt durch Bartels vollständig falsch orientiert war. Eine sofortige Re-

bision der Kasse ergab, daß außer den 37 000 Mark ein Beibetrag nicht vorhanden war.

Aus einer Berliner Mietkassette. Im Hause Gergierstraße 2a befindet sich schon seit längerer Zeit ein recht ungemütliches Verhältnis zwischen der Portierfrau und mehreren Mietern. Das ist bei den Mietkassetten der Großstadt ja nichts Seltenes, aber in dem genannten Hause scheinen sich die Gegensätze ganz besonders scharf ausgespielt zu haben. Die feindselige Stimmung, die hier herrscht, hat bereits dem Gericht zu tun gegeben. Frau Starzedi, die im Hause Gergierstraße 2a den Posten der Portierfrau innehat, wird beschuldigt, aus Haß gegen eine Mieterin eine vorfällige Sachbeschädigung verübt zu haben. Sie soll eine dieser Mieterin gehörende Blume, die am Fenster der Portierwohnung stand, vom Hofe aus zertrümmert haben. Vor dem Amtsgericht Berlin-Weßing bestritt die Angeklagte die Vorfälligkeit und wollte höchstens als möglich zugeben, daß sie vielleicht mit dem Rehrbesen verkehentlich gegen die Blume gekommen sei. Eine Mieterin des Hauses sagte aber unter Eid aus, Frau Starzedi habe, während sie Rehrbesen ausschüttete, sich vorsichtig umgesehen und dann zweimal zufallend die vier Stämme einer Georgine zertrümmert. Die Angeklagte suchte sich vor Gericht auch damit zu verteidigen, daß sie behauptete, die Georgine habe überhaupt ihr gehört, sie selber habe ja früher die Anolle dazu hergegeben. Demgegenüber wurde von derjenigen Mieterin, die sich die Anolle eingekauft und die Pflanze gepflegt hatte, bezeugt, Frau Starzedi habe die Anolle als wertlos in den Müllkasten werfen wollen und sie dann ihr überlassen. Diese Zeugnis schien sich über die Zustände im Hause Gergierstraße 2a noch näher auszulassen zu wollen, aber der Vorsitzende winkte ab. Das Gericht sprach die Angeklagte schuldig und erkannte für die Tat, die in der Urteilsbegründung als ein Akt der M a s s e n a g r e bezeichnet wurde, auf die vom Amtsanwalt beantragte Geldstrafe von 5 Mark.

Das Entlohnungssystem im Berliner Privatbadgewerbe erfährt mit dem 1. November eine Änderung entsprechend einem Schiedsspruch des Einigungsamts des Berliner Gewerbegerichts. Der Verein der Badbesitzer für Berlin und die Vororte ersucht um folgendes mitzuteilen: Während bisher von den Badbesitzern durch die Bademeister ein Bedienungsgeld für jedes benutzte Bad erhoben wird, welches für Warmbäder 10 Pf., für Schweißbäder 50 Pf. beträgt, wird nunmehr dieses Bedienungsgeld an den Kassen der Badanstalten erhoben und täglich zwischen den Bademeistern und den Besitzern verrechnet werden. Eine Verleuerung des Bades findet durch diese Änderung nicht statt. Krankenkassenpatienten haben kein Bedienungsgeld zu zahlen, da dieses in die durch die Kassen gezahlten Bäderpreise eingeschlossen ist. Die Annahme von Trinkgeldern ist dem Badpersonal nicht gestattet.

Ein schwerer Unfall, bei dem zwei Personen nicht unerheblich verletzt wurden, hat sich am Mittwochmittag gegen 2 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee zwischen dem Bahnhof Tiergarten und der Lessingstraße ereignet. Das Privatautomobil der Gräfin Wartenleben passierte die Charlottenburger Chaussee in schneller Fahrt, als an dem Automobil plötzlich der Luftschlauch des rechten Hinterrades platzte. Der Chauffeur wollte den Wagen schnell zum Stehen bringen und zog dabei die Bremse zu scharf an. Dadurch geriet der Kraftwagen in Schlenker und prallte gegen den Vorderperren eines Straßenbahnwagens der Linie N. an. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Chauffeur Walter Loebel von seinem Sitz geschleudert wurde und durch die vor ihm befindliche Windschutzscheibe hindurchfiel. Er erlitt dabei sehr schwere Verletzungen am Hals und im Gesicht. Durch einen Glassplitter wurde ihm das rechte Augenlid, sowie der Schnurr durchschnitten. Der schwerverletzte wurde nach der Unfallstation in der Berliner Straße geschafft und von dort nach Anlegung eines Notverbandes in das Krankenhaus Westend gebracht. Der Diener Griesch, der neben dem Chauffeur saß und der nur leichtere Schnittwunden davongetragen hatte, konnte sich in seine Wohnung begeben. An dem Straßenbahnwagen wurde der Vorderperren eingedrückt, während das Automobil völlig zertrümmert wurde.

Bermittelt wird seit Donnerstag, 24. Oktober, die fünfzehnjährige Anni Wikenhufen, Reußlin, Kaiser-Friedrich-Straße 9, bei den Eltern wohnhaft. Das junge Mädchen trug bei seinem Fortgange vom Hause einen schwarzen Faltenrock und schwarz-weiß karierte Hufe und hatte zu einer Kolliein geäußert, ins Wasser gehen zu wollen. Bei Angaben über den Verbleib des Mädchens geben kann, wird gebeten, diese den Eltern mitteilen zu wollen.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Der Magistrat erklärte in seiner letzten Sitzung die Fortführung des Eiswerksbetriebes auf dem städtischen Grundstücke am Mittelbuschweg 26/27 zur Erhaltung der übernommenen Werte für erforderlich und beschloß, das jetzige Dienst- und Arbeitspersonal unter den bisherigen Bedingungen weiter zu beschäftigen. — Dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 14. Oktober d. J. betreffend die anderweitige Regelung der Dienstbezüge für die Dombusangestellten trat der Magistrat genehmigend bei. — Für die in der Hermannstraße zu errichtende neue Sparkassenzweigstelle sollen die im Hause Hermannstraße, Ecke Reuss Jonasstraße angebotenen Laden- und Kellerräume unter den Bedingungen des Vertragsentwurfes angemietet werden. — Ueber die vorbereitenden Maßnahmen betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch wurde eingehend berichtet. Der Magistrat erklärte sich mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden und beschloß, die vom Magistrat Berlin geforderte Erklärung über die Beteiligung beim Verkauf und die dabei zu übernehmenden Verpflichtungen abzugeben. — Der Magistrat ist damit einverstanden, daß von den Ärzten der Säuglingsfürsorgestelle vier Vorträge über Aufgaben und Leistungen der Säuglingsfürsorgestellen usw. gehalten werden. Die Aula der Gemeindefchule in der Kaiser-Friedrich-Straße soll hierfür unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Schöneberg.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung am Sonntag zeltigten folgendes Ergebnis:

Freie Vereinigung	498 Stimmen = 2 Vertrauensm., 8 Erfahm.
Kaufmännisch. Verband für weibl. Angestellte	384 „ — 2 „ 2 „
Deutschnationale	126 „ — 1 „ 1 „
Reiziger Verband	114 „ — 1 „ 1 „
Verein der deutschen Kaufleute	116 „ — 1 „ 1 „
1888er Verein	70 „ — 1 „ 1 „
Deutsch. Technikerverb.	58 „ — 1 „ 1 „
Versicherungsbeamten	85 „ — 1 „ 1 „
Kathol. lautm. Verband	15 „ — 1 „ 1 „
Verein junger Kaufleute und Bankbeamte	5 „ — 1 „ 1 „

Die Freie Vereinigung kam mit diesem Resultat zufrieden sein, um so mehr als die hohe Stimmzahl der nächsten Liste nur dadurch zustande gekommen ist, daß die Angestellten des Reizevereins truppweise, mit dem Stimmzettel in der Hand, zur Wahlurne geführt wurden.

Ueber die Landarbeiterfrage referierte in der letzten Mitglieder- versammlung des Wahlvereins Genosse Dr. Grunow. In ausführlicher Weise verbreitete sich der Referent über die verschiedenen Kategorien der Landarbeiter sowie deren Verhältnisse und schiedets

die schwere Jugendlücke der Landarbeiter für unsere Ideen. Gleichwohl mußte es im Laufe der Zeit möglich sein, unter dem ländlichen Proletariat festen Fuß zu fassen. Ein Beispiel hierfür bietet der Landarbeiterverband, der es in den drei Jahren seines Bestehens bereits auf 16 000 Mitglieder gebracht hat. Vor allem mußte in der Agitation unter den Landarbeitern mehr als bisher geleistet werden. Die Genossen Gollumik und Chiminski untersuchten die Ausführungen des Referenten und gaben die Erfahrungen aus ihrer praktischen Tätigkeit auf dem Lande zum besten. Aldam machte Genosse Ritter Mitteilung von dem Beschlusse der Zahlabende betreffs Einführung des Hausfließens. Nach einer längeren lebhaften Debatte hierüber wurde beschlossen, die Hausfließung am 1. April einzuführen.

Der „mishandelte“ Eindringling. Ein geriebener Wohnungsbrecher ist am Mittwochmittag festgenommen und der Schöneberger Polizei übergeben worden. Seit langer Zeit machte ein Diebespezialist die Häuser im Westen Berlins sowie Schönebergs und Bismarcksdorfs durch seine raffinierten Einbrüche unsicher. Der Gauner, der nie anders als in hochleganter Kleidung und im Zylinderhut arbeitete, verlegte sich auf „Klingelfahren“. Jetzt aber ereilte ihn das Schicksal in der Gestalt einer sehr resoluten Dame im Hause Monumentenstr. 11. Dort hatte der Gauner, der 26jährige Tischlergeselle Otto Robert, eine Gelegenheit ausgenutzt und stahlte dem Herrn einer Kaufmannsfrau einen Beutel ab. In dem Augenblick, als er mit seiner Beute die Wohnung verließ, hörte er, daß eine Treppe über ihm eine Tür zugemacht und verriegelt wurde. Gleich darauf kam eine Frau mit der Marktlampe am Arm die Treppe herunter. Der Eindringling begab sich nun nach oben, um auch dort zu plündern. Er hatte sich jedoch in der Tür geirrt und die Inhaberin der Wohnung hörte mit Entsetzen, daß jemand sich am Schloß zu schaffen mache. Einige Minuten später hatte die Wohnungstür geöffnet und drang in die Wohnstube ein. Raum hatte er jedoch die Tür hinter sich geschlossen, als ein Hagel von wohlgezielten Hieben auf ihn herabregnete. Ehe er noch recht zu Besinnung kommen konnte, stand die Wohnungsinhaberin vor ihm und hielt den Gauner mit vorgehaltenem Revolver in Schach. Mit der Waffe in der Hand zwang die mutige Dame den Eindringling, sich aus der Wohnung zu entfernen, die Treppe hinabzugeben und rief dann vom Hausflur aus mehrere Passanten zu Hilfe. Bei seiner Verhaftung verlangte er durchaus auf die Infallstation gebracht zu werden, da er „mishandelt“ worden sei und später gegen die Dame Strafandrohung wegen Körperverletzung stellen wollte. Bei dem Verhafteten wurden zahlreiche Pfandscheine von goldenen Damennähren, Ringe usw. gefunden.

Steglitz.

Der Verkauf von russischem Fleisch durch die Gemeinde zeigt auch in unserem Stadtbezirk dieselben Erscheinungen wie in Berlin: einen riesigen Andrang von Kaufleuten. Schon lange vor 8 Uhr, der festgesetzten Verkaufszeit, hatten sich hunderte Frauen und Kinder vor dem Laden in der sonst so stillen Miquelstraße angeammelt, um wieder einmal Fleisch zu erschwinglichen Preisen zu erstehen. Wie fröhlich diese Käuferstare vor dem Fleischverladen, den der frühere Inhaber verlassen mußte, weil ihm niemand das feilgehaltene Fleisch abkaufen wollte oder konnte, da die Preise zu hoch waren. Polizeibeamte überwachen den Verkehr auf der Straße und sorgen am Eingang des Ladens dafür, daß kein Gedränge entstehen kann. Das Straßenbild blieb den ganzen Nachmittag bis in die Abendstunden dasselbe, die abgefertigten Käuferinnen wurden immer wieder durch neu hinzukommende ersetzt. Viele Hausfrauen, die nicht Zeit hatten, stundenlang zu warten, gingen mit leeren Taschen wieder davon. Offensichtlich zieht die Gemeindeverwaltung daraus die Konsequenz und richtet in dem Ortsteil jenseits der Bannewald nach einen Verkauf ein, um eine schnellere Abfertigung zu ermöglichen.

Mariendorf.

Der Fleischverkauf durch die Gemeinde ist nun auch bei uns eingerichtet. Die Verkaufstage werden jedesmal durch rote Anschlagzettel bekannt gegeben. Für den Verkauf ist in der Kurfürstendammstraße 24, Ecke Schützenstraße ein Laden gemietet, in dem jedesmal in der Zeit von 8—11 Uhr vormittags und soweit der Vorrat reicht auch von 4—6 Uhr nachmittags das Fleisch an Gemeindegliedern verkauft wird. Hierzu ist ein Ausweis notwendig, der jedem Gemeindeglied unter Vorzeigung des Steuerzettels werktätig im Rathaus, Zimmer 11, von 8—8 Uhr, ausgestellt wird. Ohne diesen Ausweis wird kein Fleisch verabreicht. Verkauf wird in Quanten von 1/2—3 Pfund. Der Preis ist für Rindfleisch a) Bratfleisch auf 68 Pf. und b) Kochfleisch auf 65 Pf. festgesetzt. Schweinefleisch kostet durchweg 80 Pf. das Pfund. Der Seefischverkauf findet wieder am Donnerstag und Freitag beim Kaufmann Jahn, Königstr. 29 statt. Die Preise sind wie vordem. Hierbei ist keine besondere Legitimation nötig.

Adlershof.

Großfeuer. Gestern nachmittag kam in der Berliner Metallwarenfabrik von H. A. Jäsi u. Co., Aktiengesellschaft, ein Großfeuer zum Ausbruch, und zwar stand bei Ankunft der Ortswehr das oberste Stockwerk des Fabrikgebäudes mit dem Dachstuhl in Flammen. Da die Gefahr immer größer wurde, alarmierte man schließlich auch die Weißbäcker Berufsfeuerwehr, die mit einer Dampf- und Gasbrücke zu Hilfe eilte. Außerdem waren inzwischen auf der Brandstelle auch noch eine ganze Reihe freiwilliger Feuerwehren aus der Umgebung von Adlershof angetrieben. Obgleich ungeheure Wassermengen in die Blut geschleudert wurden, von dem Obergeschoß des Fabrikgebäudes und vom Dachstuhl nichts mehr zu retten. Die vollständige Abklärung und Aufräumarbeiten dauerten bis zum späten Abend. Die Entstehungsurache des Feuers wird auf die Invorsichtigkeit eines Lehrlings zurückgeführt.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Bei der Kostendebatte ging der Leiter des Wohlfahrtsamtes auf den von unseren Genossen gestellten Antrag sowie dessen Behandlung in der Kommission nicht ein, sondern beschränkte sich lediglich auf seine Verhandlungen mit Berlin. Danach hat sich die Gemeindeverwaltung verpflichtet, vom 1. November ab wöchentlich 40 Zentner Fleisch vom Berliner Magistrat zu beziehen; das sind ungefähr 5 Proz. des örtlichen Gesamtverbrauchs. Dieses Quantum, täglich circa 7 Zentner, soll an sechs Schlächter, die sich bereit erklärten, das Fleisch zum Verkauf zu bringen, verteilt werden. Sollten diese sechs Schlächter in letzter Minute noch abbringen, so hat das Wohlfahrtsamt Sorge getroffen, daß der Verkauf in eigene Regie übernommen wird. Ein täglicher Seefischverkauf wird vom Fischhändler Reimann übernommen. Gesehenen ist, daß täglich 1 1/2 Zentner zum Verkauf kommen. Eine Kommission von fünf Personen ist beauftragt, die Preise für Fleisch und Fisch festzusetzen; dieselben sollen in den Verkaufsabenden zum Ausschlag kommen. Zur Deckung der Ausgaben wurde ein Vorschlag von 3000 M. gefordert. Als erster Redner sprach Genosse Schlemminger, der die getroffenen Maßnahmen als unzulänglich bezeichnete. Der mit Berlin getroffene Abbruch sei so gering, daß man sich nach weiteren Hilfsquellen umsehen müßte. Auch die Ansicht des Obermeisters der hiesigen Schlächterinnung, daß die ärmere Bevölkerung sich mit dem Freibankfleisch begnügen solle, sei zu verurteilen. Des weiteren müsse die Zumutung der Schlächter, die ebenfalls für den Zentner des zu beschaffenden Gefrierfleischs mit 5 Mark weniger zahlen wollten als die Gemeinde, außerdem aber noch einen Gewinn von 15—20 Proz. beanspruchen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Schlächtermeister Liesen erklärte, daß das Gefrierfleisch mindestenswertig sei, daher wären die Forderungen gerecht; man müsse anerkennen, daß die Schlächter mit einem verminderten Verdienst arbeiten wollten. Der Bürgermeister will weitergehende Maßnahmen noch durch die Wohlfahrtskommission erledigt wissen. Genosse Fuhrmann rechnete aus, wie gering der für die Einwohner aus der ganzen Aktion herauszufließende Vorteil sei. Genosse Taubmann hob vor allem den schleppenden Gang der Verhandlung im Wohlfahrtsamt hervor, einmal gefasste Beschlüsse habe man in der nächsten Sitzung wieder ver-

worfen. Der geringfügige Vorschlag zeige, daß der ernstliche Wille fehle. Die Feuerungsanlage an die Arbeiter lehne man ab, weil man glaube, daß es diesen besser gehe, wie den übrigen Arbeitern. Die Erhöhung der Armenunterstützungssätze, die schon seit zwanzig Jahren dieselben sind, lasse man unberücksichtigt. Schöffe Weiswe nahm den Gemeindevorstand und das Wohlfahrtsamt in Schutz. Es sei alles bedingt zuwogen und genau, um dem allergrößten Notstand entgegen zu treten. Herr König empfahl im Interesse des kleinen Geschäftsmannes sich nicht wieder auf den Verkauf von Kartoffeln einzulassen. Und dem Kohlrübenbauer Schwarz aus dem alten Dorf vor von einer so großen Feuerungsanlage gar nicht bekannt. Kohl und Kartoffeln wären so billig wie nie. Daß das Kohlrübenessen ganz gesund sei, beweiße doch seine Beliebtheit. Seine Arbeiter bekommen täglich 3,50 M. und seien sehr zufrieden damit. Unsere Genossen Fuhrmann und Frey beschränkten sich noch mit den Ausführungen des letzten Redners. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages des Wohlfahrtsamtes, zur Deckung der Unkosten einen Vorschlag von 3000 M. zu bewilligen. Abgelehnt wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, den Gemeindegliedern eine Feuerungsanlage von zwei Mark pro Woche zu gewähren. Die Erhöhung der Armenunterstützungssätze wurde der Armenkommission überwiesen, jedoch auch hier nichts herauskommen, da, wie der Delegiert Dr. Klamroth betonte, die Sätze keine bestimmte Höhe haben, sondern die Armenvorsteher nach Belieben die Sätze vorzuschreiben können.

Grünau.

Am Sonnabend, den 2. November, feiert der hiesige Arbeiter-Gesangverein „Sanglust“ (M. d. L.-S.-V.) sein 8. Stiftungsfest im Restaurant „Jägerhaus“, Bahnhofsstraße, Ecke Friedrichstraße. Da der Verein sich bei allen Gelegenheiten der Partei zur Verfügung stellt, wäre eine rege Beteiligung der Parteigenossen sehr zu wünschen.

Neu-Zittau (Kreis Weesow).

Der gutbesuchte Versammlung referierte Genosse Groger-Neufeld über die Jungerwerbschaft im Klassenstaat. Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine anregende Diskussion. Eine daran anschließende Mitgliederversammlung des Wahlvereins erledigte geschäftliche Angelegenheiten, worunter auch ein Teil Aufnahmen, hauptsächlich Frauen, verzeichnet wurden.

Von einem Brandstifter wird seit einiger Zeit unser Ort heimgeheftet. Hauptsächlich sind es Häuser mit Strohdächern, die der Vögelwelt in Brand legt. Vor circa acht Wochen brannte das Haus des Schiffers Schuster ab, vor vier Wochen das der Witwe Klumewig und des Kolonisten Löwe; in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag brannten die Häuser des Arbeiters Gräbert und der Witwe Feld, die nur durch einen Giebel getrennt sind. Es läßt sich denken, daß die übrigen 12 Besitzer von Strohdächern ob der fortgesetzten Brände jetzt in ständiger Unruhe leben.

Kallberge-Adlersdorf.

Nieder mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht! Fort mit den Agrarplänen! lautetes Motto, aber das Genosse Eichhorn in einer von etwa 300 Personen besuchten Protestversammlung referierte. Nach Schluß des beifällig aufgenommenen Referats fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der die Versammlung mit aller Entschiedenheit die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts sowie der Fülle auf Lebensmittel fordert. Am Schluß der Resolution wird die sofortige Einberufung des Reichstags verlangt. Hierauf wurde einem Antrag zugestimmt, der die Einführung von russischem Fleisch und die Abgabe desselben zum Selbstkostenpreise von der Gemeinde fordert. Bereits am 15. September hatte sich eine öffentliche Versammlung mit der Feuerung beschäftigt. Maßnahmen hiergegen sind um so notwendiger, als 90 Prozent der Einwohner Arbeiter sind, die die Lebensmittel am Ort noch mit höheren Preisen bezahlen müssen wie in Berlin. Eine später einzuberufende Versammlung wird sich mit der auf den Antrag von der Gemeinde erfolgten Antwort beschäftigen.

Die landespolizeiliche Abnahme der Straßenbahn Kallberge-Schöneiche-Friedrichshagen wird am kommenden Montag erfolgen, so daß wahrscheinlich der Betrieb am darauffolgenden Tage eröffnet werden kann. Inzwischen sind allerdings nur eine Lokomotive und zwei Anhängewagen vorhanden. Aus diesem Grunde kann vorerst nur ein zweiseitiger Verkehr eingeführt werden. Die drei frühesten Züge fahren jedoch in Zwischenräumen von 1 1/2 Stunden. Dies ist aber nur dadurch zu ermöglichen, indem bei den ersten beiden Zügen in Schöneiche umgestiegen wird. Bei den übrigen ist das nicht erforderlich, da diese bis Friedrichshagen durchfahren. Nach Eintreffen der bestellten zwei weiteren Lokomotiven und der sechs Anhängewagen, die im Dezember geliefert werden sollen, werden alle Züge stündlich nach Friedrichshagen abgehen. Die Fahrzeit für die ganze Strecke soll voraussichtlich 50 Minuten, der Fahrpreis 40 Pf. betragen. Die Züge gehen vorerst folgendermaßen ab: Von Kallberge (Wahlplatz) um 5,55, 7,05, 8,30 und dann alle zwei Stunden bis 10,30 abends. Sie haben sämtlich Anschluss an die Züge nach Berlin. Der erste Zug 5,55 verkehrt nur wochentags.

Zegel.

Die Bekämpfung der Teuerung war unter andern Gegenstand der Beratung in der letzten Gemeindevertretersitzung. In der Erwartung, der Erörterung dieses besonders die Hausfrauen interessierenden Themas beizuwohnen zu können, hatten sich rechtzeitig vor Beginn der Sitzung über 50 Frauen im Gemeindehause eingefunden, die trotz ihres Protestes aber nicht in den Hörsaalraum hineingelassen wurden. Der Hörsaalraum wurde vielmehr in Rücksicht auf einen vermeintlichen Ansturm durch den beauftragten Gemeindevorstand zeitweilig unter Verschluss gehalten. Auch das Verlangen, den Vertreter des Bürgermeisters sprechen zu wollen, wurde abgelehnt mit dem Hinweis, daß nur männliche Personen als Zuhörer zulässig seien, was allerdings in § 109 der Landgemeindeordnung ausgeprochen ist. Die ebenfalls zu den Gemeindegliedern zugehörigen abgewiesenen Frauen gaben über diese Verweigerung ihrer Empörung Ausdruck. Zur Sache selbst machte Herr Reichelt als Vorsitzender Mitteilung über die mit dem Berliner Magistrat und den Vorortgemeinden gepflogenen Unterhandlungen. Für Zegel glaube man auf 10 bis 12 Zentner wöchentlich rechnen zu können. Der Gemeindevorstand hat mit den hiesigen Schlächtermeistern über den Verkauf unterhandelt; die Gemeinde stellt den Verkaufsraum, die Meister lösen sich beim Verkauf ab und erhalten 10 Proz. Provision vom Einkaufspreis. Die Preise sollten mit Berlin die gleichen sein. Herr Reichelt warf nach diesen Ausführungen die sonderbare Frage auf, ob die Gemeinde hierbei einen wesentlichen Vorteil zu erwarten habe oder nicht schließlich ein Nachteil heraussprünge; ob es überhaupt einen Zweck habe, von Gemeinde wegen Fleisch einzuführen, das wohl von der Vertretung zur Beurteilung überlassen. Der Gemeindevorstand gab sodann noch eine detaillierte Schilderung über Ein- und Verkaufswert der verschiedenen Teile des geschlachteten Viehes. Genosse Lichtenberg hob darauf zunächst hervor, daß die enorme Höhe der Fleischpreise denn doch wohl allgemein anerkannt werden müsse, und jeder einzelne mitteilen sollte, daß sie herabgedrückt würden. Mindestens zwei bis drei Tage wöchentlich sei der Verkauf nötig; auch wüßte er einen anständigen Verkaufsraum. Gemeindevorstand Dr. Henrich wollte zunächst das ziffermäßige Risiko, das die Gemeinde bei diesem Versuch einginge, erfahren, doch konnte der Vorsitzende diese Wühler nicht besten Willen nicht befriedigen, wie er sagte. Herr Direktor Langer vom Vorort war für den von Berlin verlangten Vertrag, der doch nur ein dreiwöchentliches Risiko bedeute, also für die Gemeinde kaum großen Schaden bringen könnte, aber er befürchtete, daß Zegel leider öfter nichts oder doch zu wenig erhalten dürfte. Genosse Halkes betonte, daß die Gemeindeverwaltung nur ruhig in den Lieferungsvertrag mit Berlin eintreten solle, wenn gutes und billiges Fleisch geliefert wird. Die Vertretung stimmte dem Abschluß des Vertrages zu. Es sollen zunächst 20 Zentner verlangt werden, da ein bestimmtes Tagesquantum nicht gewährt wird. Der Verkauf wird durch Plakate bekannt gegeben. — Unter großer

Erregung wurde später der Punkt Abrechnung des Baues der Humboldt-Oberrealschule verhandelt, von dem einleitend Herr Reichelt bemerkte, daß man „allgemein“ hierüber nicht gerade angenehm berührt sei, es tief schmerzhaft empfinde, aber doch notwendigerweise hineingehören müsse. Bei diesem Bau ist nämlich der Bauleitung ein bedeutender Mangel passiert: sie hat in ihrer Kalkulation nicht weniger wie 2400 Kubikmeter Maurerarbeiten einzustellen vergessen und die Verteilung mit hohen Ueberhöhen des Giebs in Schrägen verlegt, der sich nun in derben Worten Luft machte. Zum Beispiel sind beim Hochbau 126 000 M., beim Innenausbau 20 000 M. mehr verbraucht worden, als veranschlagt war. Wie der Gemeindevorstand Herr Reichelt recht resigniert erläuterte, sind diese enormen Mehrkosten entstanden dadurch, daß entgegen dem Projekt, bedeutend mehr Raum bebaut wurde, die Materialkosten in dem langen Zeitraum, wo der Bau ruhte, gestiegen, auch während des Baues kostspielige Änderungen verlangt wurden, so die Stellung einer Heizgewinnung, die Vergrößerung der Schuldienerwohnung usw., was alles die Differenz von etwa 50 000 Mark ergibt. Es sei eben hier zu wenig gefordert; daß zuviel ausgegeben, sei nicht der Fall.“ Herr Kutzler, der Senior der Gemeindevertretung, wandte sich in einer scharfen, aber berechtigten Anklage gegen diese Wirtschaft beim Bau der Realschule; besonders rügte er die hohen Nebenkosten: die kostspieligen Ausbesserungen, die Aufwendungen für den Aushub und noch vieles andere. „Wie will der Gemeindevorstand diese Wirtschaft rechtfertigen, wie stellt er sich angesichts dessen zur Erhöhung der Gemeindefinanzkraft? Wenn da noch die 125 Proz. ausreichten, dann erst sei er beruhigt“, so eiferte der alte Herr leidenschaftlich, der sonst so leicht mit allem, was er und die Bürgermeisterei treuen sich leisteten, einverstanden war. Herr Reichelt suchte diese Bedenken zu beschwichtigen und sang ein Loblied auf „alle die schönen Einrichtungen, die das Schularatorium geschaffen“. Ja er verstieg sich sogar zu der ungeheuerlichen Aeußerung: „10 000 M. mehr Schulden spielen bei solchem Objekt von ca. einer Million (die Bau- und Vorkosten der Realschule) keine Rolle!“ was aber den lebhaften Widerspruch aller Vertreter hervorrief. Genosse Lichtenberg betonte, daß sich die Gemeindevertretung eben einen höheren Einfluß bei allen derartigen Bauausführungen sichern müsse: die sozialdemokratische Fraktion werde gegen die Abnahme dieser Rechnung stimmen. So wurden denn schließlich ganze 10 000 M. für ein Posthaus abgesetzt und nachträglich die verbleibenden 185 000 M. Mehrausgaben gegen die Stimmen unserer Genossen bewilligt. Die Summe soll aus Anleiheemitteln gedeckt werden.

Herzfelde.

Eine veraltete Drehofenanlage. Von dem Rittergut Rüdersdorf, G. m. b. H., deren Hauptbeteiligter der Großindustrielle August Thähnen ist, ist die Einrichtung einer Drehofenanlage auf einem ihr gehörigen Terrain in Hennidendorf geplant. Gegen diesen Plan der Firma ist nun in dem am 19. d. Mts. im Amtsamt zu Herzfelde stattgehabten Termin von verschiedenen Seiten, hauptsächlich der Gartenstadt und dem Grundbesitzerverein Hennidendorf Protest erhoben worden. Begründet wurden die Einsprüche damit, daß die durch die Drehöfen eintretende Staubplage eine Wertverminderung der Grundstücke herbeiführe. Die Erteilung der Baugenehmigung ist deshalb noch sehr ungewiß. Die Folgen dieses Vorfalls äußern sich in der am letzten Sonnabend von der Firma erfolgten Entlassung von circa 70 Hennidendorfer Bauarbeitern, die mit der Drehofenerrichtung beschäftigt waren.

Zu der am Sonntag stattgefundenen Volksversammlung hatte sich trotz des schlechten Wetters eine stattliche Teilnehmerzahl eingefunden, um Protest einzulegen gegen den Brot- und Fleischwucher, gegen die Ausbeutung und Rechtslosmachung des Volkes. Die vor trefflichen Ausführungen der Referentin, Genossin Käthe Dunder, wurden mit großem Beifall aufgenommen. Ein Beweis dafür, daß der sozialistische Geist auch unter den hiesigen Nageletarbeitern, die bisher selber zum großen Teil infolge der miserablen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse schon so sehr der Gleichgültigkeit verfallen waren, immer mehr Boden gewinnt, ist die Aufnahme von zehn männlichen und sechs weiblichen Personen, die am Schluß der Versammlung erfolgte.

Reinickendorf.

Ein schrecklicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern auf dem Bahnhof Reinickendorf-Rolienthal zugetragen. Der 88 Jahre alte Jagdführer Ferdinand Decker aus der Provinzstraße hatte einen von Reinickendorf nach Liebenwalde abfahrenden Güterzug zu begleiten. D. sprang, während sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt hatte, auf einen Güterwagen, um in das Bremshäuschen zu gelangen. Er glitt aber ab und fiel so unglücklich zu Boden, daß ihm die Räder des Zuges über Brust und Arme hinweggingen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Verunglückte wurde noch eine ganze Strecke mitgeschleift, ehe man den Unfall bemerkte.

Rotawald.

Als eine wirksame Demonstration gegen die Aufhebung des öffentlichen Sonnabendmarktes kann der Besuch des am vorigen Sonnabend zum ersten Male im Singerschen Garten abgehaltenen Privatmarktes gelten. Der Andrang der Besucher war zeitweilig so stark, daß der große Garten einer imposanten Volksversammlung gleich. Obwohl sich auch viele Neugierige eingefunden hatten, war die Kaufkraft eine so roge, daß einzelne Händler wegen völligen Ausverkaufs ihre Stände bereits frühzeitig räumen konnten. Damit dürfte wohl der Beweis erbracht sein, daß die Beibehaltung des Marktes durchaus notwendig und das laufende Publikum nicht gewillt ist, sich der Willkür einiger Konkurrenzneidischer Geschäftsleute bedingungslos preiszugeben.

Mit den örtlichen Fleischpreisen beschäftigten sich in einer gemeinsamen Konferenz im Rathaus die von der Gemeindevertretung eingesetzte Kommission für Beschaffung billiger Lebensmittel und die Markt-Kommission. Scharfe Beurteilung fand das Gebaren der Fleischmeistervereinigung, die ihre Mitglieder unter Androhung wirtschaftlicher Nachteile zur Innehaltung der festgesetzten Preise zwingt und so jede Konkurrenz unter sich ausschließt. Nur für Kalbfleisch soll eine Fleischvorschrift bestehen, auch sollen billigere Lieferungen an Kantinen, Gesellschaften usw. gestattet sein. Von einigen Kommissionsmitgliedern wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Vereinigung im Vorjahre, als die Schweinepreise für längere Zeit eine erhebliche Herabsetzung erlitten, nicht daran gedacht habe, die Bodenpreise gleichfalls zu erniedrigen. Dies Verhalten der vereinigten Fleischmeister habe den lebhaftesten Unwillen der Bevölkerung erregt, die mit Recht eine Verbilligung der Fleischpreise fordere. Da nun selbst einzelnen Mitgliedern der Vereinigung der Preissturz auf die Dauer unannehmlich wird, beschlossen die beiden Kommissionen, an den Vorstand der Vereinigung bezw. der Innung die Anfrage zu richten, ob er gewillt ist, auf eine angemessene Preisherabsetzung hinzuwirken. Sollte sich der Vorstand ablehnend verhalten, dann wird die Gemeindeverwaltung die Einführung ausländischen Fleisches und Wiederaufnahme von Fleisch und Fleischwaren zum Sonnabendnachmittagmarkt beschließen. In der Sitzung wurde noch mitgeteilt, daß an Seefischen seit dem 20. August d. J. rund 10 000 Pfund umgesetzt wurden; der Preis schwankte zwischen 20 und 25 Pf. pro Pfund.

Spandau.

Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung ruft eine lebhafteste Agitation unter den Handelsgewerbetreibenden hervor. Der Hauptandach hat bisher noch keine öffentliche Versammlung abgehalten, läßt dafür aber Flugblätter in großer Anzahl verteilen. Die freie Vereinigung hält am Freitagabend 8 1/2 Uhr in Kochs Bismarckstr. schon die zweite öffentliche Versammlung ab. Ingenieur Viedersfeld wird über das Thema referieren: „Welche Bedeutung haben die Vertrauensmännerwahlen für die Angestelltenversicherung?“ Ein reger Besuch der Versammlung ist sehr zu wünschen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Tempelhof, heute, Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindefestungszimmer, Dorstr. 42. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Bericht der Kommission für die Fleischsteuerung und Antrag auf Bewilligung besonderer Mittel aus Anlaß der Fleischsteuerung.

Stesdorf, heute, Donnerstag, den 31. Oktober, nachmittags 7 Uhr, im 2. Genslerischen Saale, hier, Dorstr. 64.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Brandkatastrophe in Texas.

Ein schweres Brandunglück meldet der Telegraph aus der texanischen Ortschaft Santa Rosa. In dem dortigen Hospital kam ein Brand aus, der sich mit unheimlicher Schnelle verbreitete. Sechs Krankenschwestern und ein Kind sind in den Flammen umgekommen. Mehrere Kinder werden vermisst; es ist wahrscheinlich, daß auch sie dem Brande zum Opfer gefallen sind.

Mugdand's Einzug.

Herr Mugdan, der am Dienstag gewählt worden war, ist am Mittwoch bereits pflichterfüllig im Abgeordnetenhaus erschienen. Nachdem er sein Wahlkreismandat an die Sozialdemokratie übergeben hatte, vermochte ihm der Freisinn wenigstens in dem alten Trager ehemaligen Wahlkreis zu einem Landtagsmandat zu verhelfen. So ist denn jetzt der Mugdan von Gnaden des Dreiklassenwahlrechts preussischer Volksvertreter. Als Platz hat man Herrn Mugdan einen Sitz in der roten Ecke, inmitten der sechs Sozialdemokraten, angewiesen. Und unsere Genossen wußten diese Ehre denn auch zu schätzen. Als höfliche Menschen fühlten sie sich verpflichtet, ihren neuen Nachbar, der bekanntlich orthodoxer Christ ist, durch ein Plakat mit einem frommen Sprüchlein zu bewillkommen. Leider schien Herr Mugdan an die Aufmerksamkeit dieser Bewillkommung nicht zu glauben, wenigstens ließ er sich schleunigst einen anderen Platz anweisen, fern der Bank, auf der die Spötter sitzen. Schade, der Willkomm war doch so gut gemeint gewesen!

Das böse Gewissen.

In einem New Yorker Kinematographentheater spielte sich kürzlich eine höchst ergötzliche Szene ab. An der Kasse erschien ein erregter Mann, der unter bestigen Gestikulativen der Kassiererin mit einem Revolver vor dem Gesicht herumfuchtelte und ihr erklärte, er habe in Erfahrung gebracht, daß sich seine Frau mit einem fremden Mann im Theater befände. „Aber passen Sie nur auf“, schloß er rollenden Auges, „ich warte hier, bis die Ungetreue herauskommt, und, goddam, dann passiert etwas!“ Dabei ließ er den blanken Lauf seines Revolvers im Scheine der elektrischen Lampen spielen. Die verängstigte Kassiererin telephonierte sofort dem Direktor und teilte ihm unter Angabe des Sachverhaltes mit, daß nach dem aufgeregten Gebaren des Mannes durchaus die Wahrscheinlichkeit gegeben sei, daß er seine Frau niederstieße. Der Direktor jedoch, der ein Interesse daran hatte, daß sein Theater nicht der Schauplatz einer Bluttat würde, betrat das Podium und teilte dem Publikum mit, was er von der Kassiererin gehört hatte. „Aber fürchten die betreffenden Herrschaften nichts“, fuhr er fort, „ich habe Vorkehrungen getroffen, daß Sie das Theater durch einen Nebenausgang unaufl-

fällig verlassen können, und nun bitte, folgen Sie mir!“ — Das Resultat dieser Aufforderung war überraschend: es erhoben sich nicht weniger als elf Paare, die alle mit mehr oder weniger Hast den Ausgang zu erreichen suchten.

Unangenehme Folgen.

Unter dieser Überschrift hatten wir in unserer Nummer vom 22. Oktober eine Notiz gebracht, in der die Ergebnisse einer Anzahl Münchener Zimmerleute, die für die Firma Adermann u. Cie. Tischarbeiten auf dem Balkan ausführen sollten, geschildert wurden. Zu der Darstellung der beteiligten Arbeiter erhalten wir folgende Verächtigung:

„Wir führen nicht in Serbien, sondern in Bulgarien umfangreiche Bauten aus. Unrichtig ist, daß diejenigen Münchener Zimmerleute, welche am 8. Oktober von Sofia fortzogen, unter der Leitung zweier Ingenieure unserer Firma standen. Ingenieure oder sonstige Leute, welche auch nur moralisch für die Arbeiter verantwortlich waren, waren nicht dabei. Es ist durchaus unrichtig, daß die Arbeiter von ihren Vorgesetzten verlassen wurden; richtig ist es lediglich, daß es zweien der Arbeiter gelang, durch Bekanntschaft mit dem Speisewagenkellner sich durchzuschuggeln. Unrichtig ist es weiterhin, daß, als Bulgarien nach Ausbruch des Krieges ein dreimonatliches Rotatorium proklamierte, ein Vertreter der Firma erklärt habe, dieses Rotatorium beziehe sich auch auf die Arbeiter und sie hätten zunächst auf drei Monate keinen Anspruch auf Lohn. Richtig ist, daß der Chef der Firma, Herr Regierungsbaumeister Adermann, den Arbeitern erklärte, es könne bei der Schwierigkeit der Geldbeschaffung, da die Banken gesperrt seien, vorkommen, daß sich eine Lohnauszahlung gelegentlich um einige Tage verschieben könne. Selbstverständlich garantierte er für die Lohnzahlungen in vollem Umfang.“

Unzutreffend ist es endlich, daß die Firma versuchte, die Arbeiter abzufinden. Die Firma hat trotz der schwierigen Geldbeschaffung noch in Bulgarien selbst ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllt und weitestgehende Ergänzungsprämien abgesetzt.“

(Unterschrift unleserlich.)

Da über die weiteren Ansprüche, wie wir erfahren, zurzeit zwischen den Anwälten der Firma und der Arbeiter verhandelt wird, wollen wir auf die Angelegenheit nicht weiter eingehen.

Kleine Notizen.

Freiheitsfesseln. Aus dem Hamburger Justizhaus brach gestern vormittag der acht Jahre alte Justizhausverurteilte Schloffer Wisting aus. In einem unbewachten Augenblicke erkletterte er die Umfriedigungsmauer des Gefängnisses und sprang von dort aus auf die Straße und lief davon. Es entspann sich eine Jagd nach dem Verbrecher, an der Polizei und Passanten teilnahmen. Mit Mühe gelang es endlich, den Flüchtling in einem Hausflur festzunehmen.

Todesurteil eines Militärkriegers. In München ist gestern vormittag der der Fliegerabteilung zugehörige Leutnant Hamburger vom 18. Infanterie-Regiment abgeurteilt. Er erlitt einen Schädelbruch, sowie einen Bruch des rechten Oberarms und des linken Unterschenkels. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, ist er nach einigen Stunden im Garnisonlazarett gestorben.

Begnadigung eines Mädchenmörders. Wie die Münchener Blätter melden, hat der Prinzregent den Mörder Speaner, der ein achtjähriges Mädchen umgebracht hatte und infolgedessen zum Tode verurteilt worden, zu lebenslänglichem Justizhaus begnadigt.

Das Urteil gegen Beder. Entsprechend dem Wahrspruch der Geschworenen des New Yorker Schwurgerichts, die den Polizeileutnant Beder des Nordes schuldig sprachen, haben die Richter den Polizeileutnant zum Tode durch Elektrizität verurteilt.

Ehebräuhdie. Im Dorfe Kangeln bei Salgobed erlösch der Ältteste Koloff seine Ehefrau und versuchte sich alsdann zu erhängen. Durch hingutommende Nachbarn wurde aber diese Tat vereitelt. Der Mörder ist hierauf in das Amtsgericht Weesendorf eingeliefert worden. Das Motiv dieser Tragödie konnte noch nicht festgestellt werden.

Briefkasten der Redaktion.

— **Abt. 7. 13. und 9. 2. 36.** Es besteht keine Gefahr. — **Abt. 2. 20.** 1. Ja, sofern dem anderen Teil der Ehebruch erst später bekannt geworden ist und falls bekanntwerden noch nicht 6 Monate verstrichen sind, oder falls der unschuldige Teil vor Ablauf von 6 Monaten nach Bekanntwerden sich getrennt hat. 2. Darüber entscheidet der Prozeßrichter, zulässig ist es. 3. Nicht notwendig. — **O. 6. 22.** Dagegen läßt sich nichts tun. — **Abt. 2. 23.** 1. Ja. 2. Durch die Antwort unter 1. erledigt.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 3. November cr.: I. Briesen-Billramm. Abfahrt: Bahnhof Friedrichstraße 6⁰⁰ Uhr. Schleißer Bahnhof 7¹⁵ Uhr vormittags. II. Kleinfeld-Strandberg. Abfahrt: Schleißer Bahnhof (Biezener Bahn) 6⁰⁰ Uhr vormittags. III. Ritzlarsee-Beche-Spandau. Abfahrt: Bahnhof Friedrichstraße 7¹⁵ vormittags. IV. Pflinggrund-Stolpeudagen-Banditz. Abfahrt: Steintor Fernbahnhof 7⁰⁰ vorm. V. Eichhornstraße (Reinholdsdorf-Bahn)-Pflinggrund. Treffpunkt 2 Uhr nachm., Eichhornstraße, Ecke der Schornstebrücke.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Bezirk Neubln. Sitzung Freitag, den 1. November, abends 8¹⁵ Uhr, in den Bürgerhallen, Bergstr. 147. 1. Vortrag: „Königliche Kaufleute (vom Lamber- und Venzlerhandel deutscher Firmen)“; Referent: Dr. R. Kretschke. 2. Die Wahlen zur Angestelltenversicherung. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1912.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Wilmanns	756,5	SW	3	bedeckt	10	Hageranda	749,0	SW	3	bedeckt	-7
Hamburg	754,5	SW	2	Dunst	11	Vetersburg	744,0	SW	1	bedeckt	-1
Berlin	757,5	SW	1	bedeckt	12	Stoll	743,5	SW	1	bedeckt	9
Frankfurt	754,5	SW	2	Regen	13	Herborn	745,5	SW	1	bedeckt	6
München	758,5	SW	3	bedeckt	12	Paris	753,5	SW	1	bedeckt	12
Wien	762,5	SW	1	bedeckt	4						

Wetterprognose für Donnerstag, den 31. Oktober 1912.

Etwas kühler, zunächst vorwiegend trübe und regnerisch bei lebhaften südlichen Winden; später langsam aufklarend.

Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau:

Wasserstand	am 29. 10.		am 28. 10.		Wasserstand	am 29. 10.		am 28. 10.	
	cm	cm ³	cm	cm ³		cm	cm ³	cm	cm ³
Remel, Mühl	186	-8	186	-8	Saale, Großh.	86	0	86	0
Bregel, Mühlburg	138	+2	138	+2	Saale, Sandau	41	0	41	0
Weichsel, Thon	126	-8	126	-8	Elbe, Rathenow	—	—	—	—
Oder, Rasthof	288	-18	288	-18	Spree, Spremberg	80	-12	80	-12
Krossen	153	+8	153	+8	Weser, Brestlow	84	-1	84	-1
Frankfurt	152	-3	152	-3	Weser, Minden	248	-27	248	-27
Barthe, Schrimm	22	+2	22	+2	Rhein, Rindern	332	+15	332	+15
Landenberg	1	+1	1	+1	Rhein, Wargenhausen	322	+26	322	+26
Rege, Berdamm	-4	+1	-4	+1	Rhein, Rindern	273	+9	273	+9
Sibe, Leitmeritz	21	+1	21	+1	Rhein, Rindern	298	+28	298	+28
Redden	-104	-9	-104	-9	Redar, Dellbronn	112	-11	112	-11
Barby	148	+2	148	+2	Rain, Camau	174	+10	174	+10
Ragdeburg	122	-2	122	-2	Rosel, Eriex	135	+4	135	+4

+ bedeutet Wass. — Fall. — ?) Unterwegel.

Was man für

bei uns bekommt!

Rechnung

- 1 moderner Uleter offen und geschlossen zu tragen. Aus braunem, flauschartigem Stoff, gut verarbeitet. **M. 18.75**
- 1 Kinder-Mantel guter Phantasiestoff, engl. Art mit Saum-Garnierung. **M. 9.75**
- 1 elegant Kostüm-Rock blauer Kammgarn-Cheviot ganz moderner Schnitt. **M. 6.50**
- M. 30.—**

Rechnung

- 1 elegantes Kostüm guter blau-Kammgarn auf Seide, mit sehr sparter Treppen- u. Seiden-Garnierung. **M. 24.—**
- 2 Blusen gute Popeline-Ware verschiedene Farben sehr praktisch & M. 3.— **M. 30.—**

Rechnung

- 1 schlokes Kostüm Stoff engl. Art, vorzügl. St. und sehr sparte Aufmachung. **M. 18.75**
- 1 Samt-Bluse sehr modern, reich mit Paspel und Knöpfen garniert. **M. 10.25**
- M. 30.—**

Rechnung

- 1 eleganter Uleter offen und geschlossen zu tragen, prima flauschartig warmer Stoff, mit schöner Absack, gut verarbeitet. **M. 25.50**
- 1 Kostüm-Rock sehr modern, aus gutem Stoff, engl. Art. **M. 4.50**
- M. 30.—**

Rechnung

- 1 Uleter dunkler Phantasiestoff mit modernem Robespierre Kragen und Saumgarnierung. **M. 8.75**
- 2 Kinder-Mäntel Kleider Art, äußerst praktisch für die Schule. **M. 8.—**
- 1 Salden-Bluse besonders preiswert. **M. 7.—**
- 1 Tüll-Bluse **M. 8.75**
- 1 Kostüm-Rock blau gestreift. **M. 8.50**
- M. 30.—**

König-Str. 33 am Bahnhof Alexanderplatz

C & A

Chaussee-Str. 113 Ecke Invalidenstrasse

BRENNINKMEYER GMBH

Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion

Sonntags geschlossen

Phänomenen-Gold Feinste Cigarette Specialmarke Phänomen-Club 3 Pf.

